Meckets 5 28 Kommunikation in Geschichte und Gegenwart

Themenschwerpunkt: Sozialdemokratie und Medien nach 1945

> Vom Staatskanzler zum Medienkanzler

> > Bruno Kreisky und die Medien

Hugo Portisch zum Rundfunkvolksbegehren

3/77
Jahrgang 14



Medien Journal

Das "Medien Journal" – die "Zeitschrift für Kommunikationskultur" – wird von der ÖGK (Österreichische Gesellschaft für Kommunikationsfragen) herausgegeben und erscheint vierteljährlich. Die Themenpalette der Hefte reicht von aktuellen Fragen der Medien- und Informationsgesellschaft bis hin zu theoretischen Grundlagen der Kommunikationswissenschaft. Das "Medien Journal" wird z.T. auf Basis internationaler und interdisziplinärer Zusammenarbeit vom Vorstand der ÖGK konzipiert und herausgegeben.

Die Zusammenstellung des jeweiligen Heftes leitet ein verantwortlicher Redakteur in Kooperation mit dem Chefredakteur (Dr. Thomas Steinmaurer).

Themen 1997-1999

"Systemtheorie der Medien" (1/97), "Medienkonzentration und Medienpolitik" (2/97), "Fortschritte der Medieninhaltsanalyse" (3/97), "Cultural Studies. Forschung & Rezeption" (4/97), "Jobs@Multimedia"(1/98), "Rundfunkliberalisierung in Österreich" (2/98), "Public Relations. Qualifikationen und Kompetenzen" (3/98), "Publikum heute. Perspektiven und Konzepte" (4/98), "Medial Turn. Die Medialisierung der Welt" (1/99) "Medien und Minderheiten" (2/99), "Wissensgesellschaft" (3/99), "Unterhaltung und Populärkultur" (4/99)

Das Medien Journal erscheint viermal jährlich.

Einzelheft: öS 85,-/DM 11,80/sfr 11,50

Jahresabonnement: öS 315,-/DM 43,-/sfr 39,50

Abonnement für Studierende: öS 210,-/DM 28,80/sfr 26,50

Auslandsabonnement: öS 410,-/DM 56,-/sfr 51,-

STUDIENVerlag Innsbruck-Wien
Amraser Straße 118 • A-6010 Innsbruck • PF 104
Tel: 0512/395045 • Fax: 0512/395045-15
e-mail: studienverlag@netway.at • http://www.studienverlag.at

medien & zeit 3/99

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verein "Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK) A-1014 Wien, Postfach 208

O Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim "Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)"

> Druck: Remaprint 1160 Wien, Neulerchenfelderstr. 35

Korrespondenten: Dr. Hans Bohrmann (Dortmund), Univ. Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin), Prof. PhD. Ed McLuskie (Boise, Idaho), Dr. Robert Knight (London), Univ. Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig), Dr. Edmund Schulz (Leipzig), Prof. emer. Dr. Robert Schwarz (S. Palm Beach, Florida)

Vorstand des AHK: Univ.Doz. Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Obmann), Gisi Icha (Obmann-Stv.), Barbara Pilgram (Obmann-Stv.), Mag. Fritz Randl (Geschäftsführer), Claudia Spitznagel (Schriftführerin), Mag. Michaela Lindinger (Schriftführerin-Stv.), Mag. Wolfgang Monschein (Kassier), Mag. Edith Dörfler, Dr. Norbert P. Feldinger, Gerhard Hajicsek, Herbert Hirner, Silvia Nadjivan, Mag. Wolfgang Pensold, Dr. Thomas Steinmaurer, Dr. Herwig Walitsch

Vorstand des AHK, redaktionelle Leitung dieses Heftes: Mag. Edith Dörfler, Wolfgang Langer, Silvia Nadjivan, Mag. Wolfgang Pensold

> Satz: Herbert Hirner

Erscheinungsweise: Medien & Zeit erscheint vierteljährlich

Bezugsbedingungen: Einzelheft (exkl. Versand): öS 58.-

Jahresabonnement: Österreich (inkl. Versand): öS 195.-Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): öS 270.-

> StudentInnenjahresabonnement: Österreich (inkl. Versand): öS 140.-Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): öS 220.-

> > Bestellung an: Medien & Zeit, A-1014 Wien, PF 208 oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

> > > ISSN 0259-7446

Inhalt

Aufsätze

Vom Staatskanzler zum Medienkanzler ... Drei Dogmen im medienpolitischen Diskurs der SPÖ nach 1945 Wolfgang Pensold "Zampano tritt auf" Bruno Kreisky und die Medien: eine Spurensuche Christian Dickinger

Zeitzeugenbericht

Über das "Rundfunk-Volksbegehren" Hugo Portisch

Sozialdemokratie und Medien, dieses Begriffspaar umschreibt ein - zumindest während der zweiten Republik - nicht ungetrübtes Verhältnis. Die sogenannte "Kampfzeit", da man gegen politische und auch publizistische Unterdrückung ankämpfen hat müssen, ist mit der Einsetzung der provisorischen Regierung Renner im Frühjahr 1945 endgültig vorüber, die sozialdemokratische "Kampfpresse" obsolet. Es bedarf einer neuen Orientierung; im traditionellerweise staatsnah organisierten Rundfunk entsteht ein Breitenmedium, das ebenfalls nach einer gesellschaftspolitischen Verortung verlangt...

Mit diesem diffizilen Verhältnis, das die SPÖ zu verschiedenen Medien pflegt, setzt sich die aktuelle Ausgabe von Medien & Zeit auseinander. Der Aufsatz "Vom Staatskanzler zum Medienkanzler" von Wolfgang Pensold widmet sich dem Paradigmenwechsel, den die sozialdemo-

kratische Medienpolitik zwischen dem "Staatskanzler" Karl Renner und dem "Medienkanzler" Bruno Kreisky vollzieht. Christian Dickinger schließt in seinem Aufsatz nahtlos daran an, indem er sich auf eine Spurensuche nach dem Verhältnis Bruno Kreiskys zu den Medien begibt. Abschließend kommt ein überaus berufener Zeitzeuge und Mitgestalter dieser bewegten Ära zu Wort: Hugo Portisch, seinerzeit Chefredakteur des Kurier und Mitinitiator des "Rundfunk-Volksbegehrens", erinnert sich an diese Initiative der parteiunabhängigen österreichischen Zeitungen, die schließlich das Ende des "Proporz-Rundfunks" brachte.

EDITH DÖRFLER WOLFGANG LANGER SILVIA NADJIVAN WOLFGANG PENSOLD

Vom Staatskanzler zum Medienkanzler...

Drei Dogmen im medienpolitischen Diskurs der SPÖ nach 1945 Wolfgang Pensold

Konzentration, oder: die Zwänge des Staates

Am Anfang war das Nichts", schreibt der sozialistische Journalist Jacques Hannak über die Geburtsstunde der Zweiten Republik:

Als das Dritte Reich im April 1945 in Rauch und Trümmern versank, war der Buchstabe tot, kein Papier, keine Druckerei, kein Hauch von Information, keine Stimme, die sagen hätte können, was uns geschehen war und wie es nun werden sollte. Indem und indes es keine Zeitungen mehr gab, war die menschliche Gesellschaft in Atome zerfallen, lösten sich alle Kontakte, reichten Bindungen und Gemeinschaften kaum noch über die Haustüre hinaus. Höhlenmenschen waren alle wieder geworden, angewiesen auf Gerüchte, Vermutungen, Hoffnungen und Ängste, Phantasieprodukte der Selbstbelügung. In diesen Wochen des Nichtvorhandenseins der Presse spürte man erst ihre ungeheure soziale Bedeutung und Mission.²

Kriegsende, Zusammenbruch des Hitlerstaates, Stunde Null, wie man künftig sagen wird. Das Land liegt darnieder, es herrscht quälende Ungewißheit darüber, was nun kommen wird. Die wiedererscheinenden Zeitungen - die erste ist das sowjetische Besatzerblatt Österreichische Zeitung - finden reißenden Absatz, nicht zuletzt, weil es sonst kaum etwas zu kaufen gibt. Als erste österreichische Zeitung erscheint am 23.

April 1945 das Neue Österreich unter Mitarbeit von Redakteuren aus den "drei demokratischen Parteien" SPÖ, ÖVP und KPÖ. Zum Chefredakteur wird der aus Moskau zurückgekehrte Kommunist Ernst Fischer bestellt, der bereits vor dem Krieg Redakteur der Arbeiter-Zeitung gewesen ist; eine Bestellung, die wohl als Demutsgeste vor der sowjetischen Besatzungsmacht gelesen werden kann.

Die Wiederkunft österreichischer Medien ist nicht losgelöst von den politischen Aktivitäten zu sehen. An besagtem 23. April 1945 - die Deutsche Wehrmacht hat noch nicht kapituliert, außerhalb von Wien wird noch gekämpft - treffen Vertreter der SPÖ, ÖVP und KPÖ bei Karl Renner zusammen und einige Tage danach konstituiert sich die Provisorische Regierung aus Vertretern der drei Parteien unter Renner. Der Staatsakt anläßlich der Bildung dieser Regierung wird von der nach schweren Bombardierungen notdürftig wieder in Gang gesetzten Wiener Radiostation - bis vor kurzem "Reichssender Wien" - übertragen, die ersten musikalischen Klänge, die die Menschen im Radio vernehmen können, sind der Ziehrer-Marsch "O du mein Osterreich"3. Radio Wien, dessen wiedereingerichteter Radiobeirat mit Vertretern der drei Parteien beschickt wird, ist wie die Zeitung Neues Österreich de facto der provisorischen Regierung Renner unterstellt.4

Von Parteiblättern kann wegen des herrschenden Papiermangels noch nicht die Rede sein, sodaß die Konzentration der politischen Kräfte angesichts der Besatzungssituation als Vernunftgebot auch in medienpolitischer Hinsicht gilt. Das politische Klima ist nicht unbedingt einmütig, doch die akuten sozialen Probleme, die Notwendigkeit eines raschen Wiederaufbaus, vor allem aber die Bestrebungen nach einer Art nationaler Opposition gegen die fremden Militärverwaltungen, die alsbald im Alliierten Rat auch in medienpolitischen Belangen die höchste Behörde im besetzten Österreich repräsentieren, 5 diktieren zumindest kurzfristig einen Zusammenhalt über die Lagergrenzen hinweg. Das

Der vorliegende Aufsatz entstand im Jahr 1995 im Rahmen eines vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur geförderten Forschungsprojekts mit dem Titel: Neue Forschungen zur politischen Kultur der Zweiten Republik bis 1966 unter besonderer Berücksichtigung der SPÖ.

² Jacques Hannak: *Die Zeitung - Opium oder Heilmittel?* in: Ders. (Hg.): *Bestandaufnahme Österreich* 1945-1963, Wien - Hannover - Bern 1963, S. 327.

Hermann Stöger: Schwarze Welle - Roter Schirm. Der Proporz am Beispiel Rundfunk, Wien - Melk 1965, S.13.

Norbert P. Feldinger: Nachkriegsrundfunk in Österreich, München - London - New York - Paris 1990, S.39.

Norbert P. Feldinger: Parteien und Parteipresse. Die Tageszeitungen der politischen Parteien in Österreich nach 1945. Forschungsprojekt unter der Leitung von Michael Schmolke, Salzburg 1995, S. 37 (diese noch unveröffentlichte Studie wurde mir vom Autor Norbert P. Feldinger freundlicherweise zur Verfügung gestellt, wofür ihm mein besonderer Dank gilt).

Neue Österreich versteht sich demgemäß als "Blatt der demokratischen Einigung", sein Titel steht für das Programm - soll zumindest dafür stehen. Die nationale Identität Österreichs im Gegensatz zum kompromittierten Deutschnationalismus des vierten Lagers forcierend, bekennen sich alle drei Parteien nach den langen Jahren im "Großdeutschen Reich" zu einem neuen Österreichpatriotismus, hinter dem freilich auch die Mitverantwortung für das Dritte Reich und für den eben beendeten Krieg verschwindet.

Das Selbstverständnis der SPÖ ist, ähnlich dem

der ÖVP, geprägt von der staatspolitischen Verantwortung, die ihr als Regierungspartei in Anbetracht der völlig ungewissen Zukunft des Landes zukommt. Die Teilhabe der Sozialisten an der Regierung und damit auch am Staat wird aus ideologischer Perspektive jedoch ambivalent gesehen. Der sozialistische

Journalist Hermann Mörth wird Jahre später folgende Formulierung für dieses Unbehagen finden: "Der Staat", schreibt er,

ist ein Herrschaftsinstrument über Menschen, er ist eine Institution statisch-konservativer Wesensart. Der Sozialismus hingegen ist eine dynamische Bewegung zur Befreiung des Menschen von allen Fesseln - auch den staatlichen. Die Sozialistische Partei muß sich an der Regierung beteiligen, aber sie darf weder zum Instrument der Regierung werden, noch darf sie sich mit der Staatsgewalt identifizieren.⁷

Derartige Fragen stellen sich im Frühjahr 1945 allerdings kaum; kaum jemand stellt die Regierungsbeteiligung in Frage – aus gutem Grund. Im kollektiven Parteigedächtnis wirkt, wenn man so sagen darf, noch das Trauma der verlorenen Ersten Republik nach, die Angst vor dem eigenen linken Flügel und dessen bedingungsloser Oppositionspolitik, die Angst vor der bürgerlichen Reaktion, die abermals gegen die Arbeiterbewegung regieren könnte, die Angst vor einem neuerlichen "Bürgerkrieg" zwischen Arbeitern und dem Militär. An der Spitze der Zweiten Republik steht Karl Renner, der Pragmatiker, der schon an der Wiege der Ersten Republik ge-

standen ist. Renner will nicht taktieren, er will regieren. Die Folge

Renner will nicht taktieren,

er will regieren. Die Folge davon

ist ein zentralistischer Habitus

davon ist ein zentralistischer Habitus, den sich die Partei gibt, ein Habitus, der sich auch in medienpolitischen Fragen niederschlägt. Basisdemokratische Ideen werden diesem Regierungszentralismus unsentimental geopfert. Gestützt auf die Idee, die relevanten politischen Kräfte in einer starken Regierung zu konzentrieren, tendiert man dazu, jeglicher Opposition auf politischer wie auf publizistischer Ebene ihre Legitimität abzusprechen. Dem neugegründeten Neuen Österreich wird insofern die Funktion eines of-

fiziösen Regierungsorgans⁸ zugeschrieben. Die Tatsache, daß es später versucht, zur Regierung auf kritische Distanz zu gehen, wird

sein Schicksal - genauer gesagt, jenes seines Chefredakteurs Ernst Fischer - besiegeln.

Wie wenig der sozialistische Staatskanzler Renner von einer unabhängigen Publizistik hält, formuliert er schon im Juli 1945 in einem Brief an Fischer:

Ich mache Sie nur noch auf einen Umstand aufmerksam. Das Berufsliteraten- und Publizistentum neigt sehr dazu, zwischen allen Parteien herumzuschaukeln und in dieser politischen Unbestimmtheit geradezu ein Merkmal geistiger Überlegenheit zu sehen. Niemand ist ein ärgerer Verächter des wirtschaftenden und sich um das allgemeine Wohl kümmernden Arbeitsmenschen als diese Klasse. Sie ist auch absolut unzuverlässig. Es ist viel klüger, sie zu wirklicher Parteiarbeit zu erziehen als zu hochmütiger Überheblichkeit.

Unabhängige Medien gelten als verzichtbar. Unter diesen Umständen ist abzusehen, daß das aus der Not der Situation geborene, pluralistische Zeitungsexperiment des *Neuen Österreich* alsbald scheitern muß und man sich um eine Rückkehr zur parteipolitischen Konfrontation und damit zur klassischen Parteipresse bemüht.

⁶ s. Willi Liwanec: *Information. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau,* Wien 1966, S.112.

Hermann Mörth: Trennung von Partei- und Staatsfunktionen; in: Die Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, H. 23, Jg. 1964, S.7.

⁸ s. Liwanec: Information. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau, S. 81.

⁹ Brief Karl Renners an Ernst Fischer; zit. n.: Ernst Fischer: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945 -1955, Wien - München - Zürich 1973, S. 94 f.

medien 8 zeit 3/99

Am 27. Juni 1945 gründen die drei Regierungsparteien SPÖ, ÖVP und

KPÖ ein gemeinsames Presse-Komitee, mit dem Ziel, ihre Interessen zu wahren¹⁰ und bei den Besatzungsmächten die Wiederzulassung der Parteizeitungen zu erwirken. Im August 1945 geben die Besatzer die dazu nötigen Papierkontingente im Verhältnis 1:1:1 an SPÖ, ÖVP und KPÖ sowie entsprechende Druckereikapazitäten für die Herstellung der Parteizeitungen frei.¹¹ Nun erst, mit dem Wiedererscheinen der sozialistischen *Arbeiter-Zeitung* und des *Kleinen Volksblattes* der ÖVP kommt wieder "Leben in den Teich", ¹² so Jacques Hannak über die Wiedergeburt der Parteipresse. Damit nicht genug, bil-

det das proporzmässig mit Oskar Helmer (SPÖ), Edmund Weber (ÖVP) und Erwin Zucker-Schilling (KPÖ) besetzte Dreierkomitee in der Folge selbst einen

6

Man machte sich den herrschenden Papiermangel zunutze, um die Presselandschaft zu kontrollieren

Beirat zur Vergabe von Papierverwendungsgenehmigungen. In der ersten Sitzung am 14. September 1945 erteilt der Beirat die Genehmigung neben den Parteizeitungen diversen amtlichen und Körperschaftsorganen. Ausgeschlossen bleiben unabhängige Zeitungen, die auf privatwirtschaftlicher Grundlage stehen. Man macht sich den herrschenden Papiermangel zunutze, um die Presselandschaft zu kontrollieren. In der Sozialdemokratie erblickt man die Gelegenheit, die seit über einem halben Jahrhundert erbittert bekämpfte Kommerzpresse endgültig zu unterdrücken. Auf der Grundlage eines Beschlusses, wonach zur Herstellung von Zeitungen, Zeit-

schriften, privaten Reklameschriften und Anzeigenblättern eine Bewilligung zur Verwendung von Papier durch das Staatsamt des Inneren nötig sei, wird die Genehmigung, so Unterstaatssekretär Oskar Helmer, nur dann erteilt, "wenn die zur Herausgabe beabsichtigte Druckschrift staatswichtig ist und den Bedürfnissen der österreichischen Presse entspricht." ¹³ Helmer hat bezüglich der künftigen Entwicklung

der Presse in Österreich sehr klare und auch sehr autokratische Vorstellungen:

Zeitungen und Zeitschriften, die ohne Rücksicht auf die Interessen von Volk und Staat von einem verantwortungslosen Herausgeber nur als eine Quelle persönlichen Profits und Gewinnes betrachtet werden, haben in der Zweiten österreichischen Republik keinen Platz mehr.¹⁴

Jene, die sich auf "Schleichwegen" Papier besorgen und ohne die Papierverwendungsgenehmigung Druckwerke auf den Markt bringen, werde man sich "genau ansehen", kündigt er an. Strafbar würde sich aber nicht nur machen, wer illegal Pa-

> pier zur Verfügung stellt, sondern auch die Druckereien, die Druckwerke anfertigen, ohne sich zu vergewissern, ob dafür die Genehmigung erteilt wurde. Diese Vorgehensweise erinnert freilich eher an die absolutistischen Praktiken des Habsburgerstaates, die man jahrzehntelang selbst zu spüren be-

kommen hat, als an die Befreiung von solchen Fesseln, wie man sie immerzu gefordert hat. Die SPÖ beginnt sich mit den Machtmitteln, die der Staat bietet, anzufreunden. Worauf man allerdings nach wie vor keinen Einfluß hat, sind die von den Besatzern herausgegebenen Zeitungen, insbesondere die Blätter der westlichen Besatzer, die als Keimzelle des Nachkriegsboulevards begriffen und als solche im Rahmen des Möglichen bekämpft werden.¹⁵

Als wichtigstes Gegenmittel wird die altbewährte Gesinnungspresse wiederbelebt. Die klassische austromarxistische Volksbildner-Tradition, der sich vor allem die *Arbeiter-Zeitung* verpflichtet fühlt, erfährt durch die fatalen Kriegsfolgen eine gehörige Aufwertung: "Alle geistigen Werte und die Schätzung der Bildung selbst" sieht man als "nahezu vernichtet." ¹⁶ Die sozialistische Medienpolitik steht dadurch kurzfristig wieder im Zeichen der Mobilisierung eines geistig verelendeten Massenproletariats. Die *Arbeiter-Zeitung* steht gleichsam sinnbildlich für diesen Kurs,

s. Sonja Wenger: Der "Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber" 1945 – 1955. Sozialpartnerschaftliche Medienpolitik am Beginn der Zweiten Republik, Wien 1993, S. 31.

s. Liwanec: Information. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau, S. 53.

¹² Hannak: Die Zeitung - Opium oder Heilmittel? a. a. O., S. 328.

Oskar Helmer: Pressefreiheit und Papierverbrauch; in: Neues Österreich, 11. Oktober 1945.

¹⁴ ehd

Liwanec: Information, Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau, S. 118.

Wolfgang Speiser: Wiener Volksbildung - gestern, heute, morgen; in: Zukunft, H. 13/14, Jg. 1966, S. 28.

den sie schon in ihrer ersten Nummer am 5. August 1945 unmißverständlich postuliert hat:

Furchtbar sind die Verwüstungen, die Krieg und Faschismus auf intellektuellem und moralischem Gebiet hinterlassen haben. Eine ganze junge Generation ist geistig unterernährt und verkrüppelt herangewachsen. Eine moralische Verlotterung, wie sie vordem unerhört war, hat breite Volkskreise ohne Unterschied der Klasse erfaßt. Eine gewaltige Erziehungsarbeit harrt unser.17

Die Forderung nach einer gesinnungstreuen Parteipresse klassischen Typs scheint in Anbetracht dessen die einzig richtige zu sein; eine Presse, die sich als Trägerin sozialistischer Bildung versteht und auf möglichst großer Basis wirkt. Die demokratisch-sozialistische Gesellschaftsvision, die man zu realisieren bestrebt ist, werde sich, so glaubt man, durch massenmediale Volkserziehung realisieren lassen.

An der Spitze der Arbeiter-Zeitung steht Oscar Pollak, der das Blatt schon in der Ersten Republik geleitet hat und es seit September 1945 abermals als Chefredakteur führt. Pollak will "die gesamte Pressearbeit der Partei unter seiner Leitung und auf die Arbeiter-Zeitung konzentriert sehen", die "Konzeption des Neuen Österreich als Drei-Parteien-Blatt" 18 ist ihm ein Dorn im Auge...

Nach den ersten Nationalratswahlen der Zweiten Republik am 25. November 1945 formiert sich eine reguläre Konzentrationsregierung aus ÖVP, SPÖ und KPÖ. Der Geist der "demokratischen Einigung" scheint indes verflogen; insbesondere von Seiten der SPÖ wird die KPÖ, der man eine sowjetisch orientierte Volksdemokratie installieren zu wollen unterstellt, bekämpft. Dahinter verbirgt sich der Versuch, einen allfälligen Aufstieg einer zweiten Partei im sozialistischen Lager zu unterbinden. Die Einheit der Arbeiterbewegung ist seit Hainfeld die Losung, eine Losung, die damals freilich gegen die Regierung gerichtet war, nun aber in Richtung eigener Regierungsmehrheit zielt. Vor dem Hintergrund dieses bedingungslosen Willens zur Regierung opfert die SPÖ klassische ideologische Forderungen. Der Vizekanzler Adolf Schärf relativiert am Parteitag des Jahres 1947 das bisher gültige, austromarxistische Linzer Programm von 1926 sowie die Prinzipienerklärung der Revolutionären Sozialisten aus dem Jahr 1934; die Option von der Diktatur des Proletariats sei unter den gegebenen Umständen überholt.¹⁹ Klassenkampf tritt hinter Staatsräson zurück.

ie strikte antikommunistische Haltung der Sozialisten bringt am Vorabend des Kalten Krieges den endgültigen Bruch mit den österreichischen Kommunisten. Von Anfang an als Agenten Stalins mißtrauisch betrachtet, scheidet die KPÖ 1947 aus der Konzentrationsregierung aus. Bezeichnend, daß auch Ernst Fischer als Chefredakteur des Neuen Österreich jetzt, da die Zeit der demokratischen Einigung zu Ende geht, gehen muß. Er klagt öffentlich an:

Jene Parteipolitiker, die meine Abberufung verfügen, sprechen sehr viel von Meinungsfreiheit, von Demokratie. Es hat sich nun gezeigt, wie wenig ernst es ihnen mit diesen Worten ist, wie sehr sie in ihrem Machtbereich die Freiheit der Persönlichkeit mißachten. Sie haben die Freiheit durch den 'Proporz' verdrängt. Sie fordern als Mehrheit, daß ihnen die Minderheit gehorche. Aus dem Kostüm der Demokratie schält sich das autoritäre Gerippe...²⁰

Opposition scheint wenig erwünscht, schon gar nicht in kommunistischem Gewand. Waren die Kommunisten angesichts der sowjetischen Besatzungsmacht anfangs der Schlüssel zur nationalen Konzentration, so gelten sie jetzt, unter den Vorzeichen des Kalten Krieges, als deren Schwachstelle, als Gefahr für die intendierte staatliche Souveränität. Für Jacques Hannak war das Neue Österreich, nachträglich gesehen, "alles eher als österreichisch zuverlässig", 21 nachdem Kommunisten an verantwortlichen Positionen gesessen seien, und für Adolf Schärf war dessen Nachrichtenwert schlichtweg "kommunistisch filtriert".²² Fischer verwehrt sich jedoch gegen die erhobenen Vorwürfe:

Ich habe keineswegs gefordert, daß das 'Neue Österreich' in Opposition zu den Regierungsparteien trete. Ich habe nur verlangt, daß auch die Gedanken, auch

Arbeiter-Zeitung, Nr. 1 vom 5. August 1945, S. 1.

Feldinger: Parteien und Parteipresse, S. 29.

s. Adolf Schärf: Österreichs Erneuerung 1945-1955, Wien 1955, S. 180.

Ernst Fischer in Neues Österreich vom 6. Dezember 1947, zit. n.: Fischer, S. 100.

Hannak: Die Zeitung - Opium oder Heilmittel? a. a. O., S. 328.

Adolf Schärf: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie, Wien 1950, S. 88.

medien & reit 3/99

die Argumente der Opposition in dieser Zeitung zu Worte kommen, daß

diese Zeitung - die einzige in Wien - den Leser sachlich und objektiv über das Für und Wider in entscheidenden Fragen informiere, daß sie nicht mit der Politik der Regierungsparteien gleichgeschaltet sei. 23

Mit dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung schrumpft die Konzentrationsregierung zur Koalitionsregierung. Das *Neue Österreich* reduziert sich, den veränderten Umständen gemäß, zum Koalitionsblatt.²⁴

Im Sinne der herrschenden Vorstellung, wonach Medien lediglich als Foren der staatspolitischen Selbstdarstellung dienten, ist auch der Vorschlag des Sekretärs des sozialistischen Parlamentsklubs und späteren Parteivorsitzenden Bruno Pittermann zu verstehen, den ohnedies schon regierungsnah organisierten Rundfunk für eine Art kontrollierter Parlamentsberichterstattung heranzuziehen: "Ich kann mir vorstellen," sagt er 1947 im Zuge einer Rede vor dem Nationalrat,

daß man auch das moderne Mittel des Rundfunks für die Gesetzgebung und für das Haus der Gesetzgebung mehr in Anspruch nehmen könnte. Ich kann mir ohne weiteres vorstellen, daß man etwa nach einer interessanten Debatte im Parlament die regelmäßige Radiosendung "Echo des Tages" dazu benützt, um den Sprechern der politischen Parteien Gelegenheit zu geben, dort vor dem Mikrophon den in der Debatte im Haus zum Ausdruck gekommenen Standpunkt nochmals in gedrängter, wenn vielleicht auch spitziger oder satirischer Form darzustellen.²⁵

Dieser Vorschlag steht in bescheidener Anlehnung an Brecht'sche Radioutopien, wonach der Rundfunk das Parlamentsplenum für die gesamte Bevölkerung sein könne, wohl aber in stärkerer Anlehnung an jahrhundertealte staatliche Verlautbarungstraditionen, wie sie in Österreich existieren. Man begreift den Rundfunk nicht als Forum des politischen Diskurses - etwa durch Live-Übertragungen aus dem Parlament -, sondern lediglich als Sprachrohr der politischen

Akteure, macht aus dem Brecht'schen Plenum eine Kanzel für die Regierenden.

Wenig erfreut zeigen sich die parteiunabhängigen Zeitungen gegenüber solchen Ambitionen der Regierung, über das politische Procedere hinaus auch dessen Veröffentlichung – ob durch den Rundfunk oder die parteinahen Zeitungen zu kontrollieren. Man verwehrt sich dagegen, aus der politischen Berichterstattung hinausgedrängt zu werden. Auf die Kritik der Zeitungen, die sich, nicht zu Unrecht, von der Regierung unterdrückt fühlen, reagiert Pittermann mit dem Grundsatzpostulat eines Primats der Parteien gegenüber der Presse:

Man möge daher auch einmal in den Kreisen der Presse zur Kenntnis nehmen, daß die Parteien in einer demokratischen Republik nicht ein vorübergehendes, ein bald abzuschaffendes Übel, sondern die Grundlage des demokratischen Lebens sind!²⁶

Freilich richtet sich die Pressekritik in ihrem Kern weniger gegen die Parteien an sich, als gegen das Urheberrecht auf das politische Procedere, das die Regierungsparteien einfordern; es geht um die Monopolisierung der Politik, vielmehr gegen eine solche, wie sie durch die zunehmende Miteinbeziehung abhängiger Medien in die Regierungsaktivität zweifellos droht. Überaus illustrativ für solche Ambitionen ist neben Pittermanns Plänen auch eine Stellungnahme des konservativen Bundeskanzlers Leopold Figl anläßlich einer Ministerratssitzung im Jänner 1948:

Ich habe den Bundespressedienst angewiesen, an der Propaganda für die Regierungsmaßnahmen aktiv mitzuwirken, ich muß aber bitten, daß die beiden in der Regierung vertretenen Parteien auf ihre Presse hinwirken, daß sie den Anregungen des Bundespressedienstes auch tatsächlich Folge leisten. Es soll dies kein Dirigieren der Presse sein, sondern bloß ein Zurverfügungstellen des Materials, wobei allerdings dafür Sorge getragen werden müßte, daß dieses Material auch verwertet wird.²⁷

²³ Ernst Fischer in *Neues Österreich* vom 6. Dezember 1947; zit. n.: Fischer, S. 101.

s. Liwanec: Information. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau, S. 81.

²⁵ Bruno Pittermann: Rede im Nationalrat am 11. Dezember 1947: Das Wesen der Parteien; in: Ders.: Das Zeitalter der Zusammenarbeit. Reden aus zwei Jahrzehnten, Wien 1966, S. 74.

Pittermann: Rede im Nationalrat am 11. Dezember 1947, a. a. O., S. 75.

Leopold Figl: 95. Sitzung des Ministerrates vom 13. Jänner 1948, Beilage A. Bericht des Herrn Bundeskanzlers für den Ministerrat vom 13. Jänner 1948 betreffend Bundespressedienst, S. 2 und S. 5; zit. n.: Feldinger: *Parteien und Parteipresse*, S. 93.

Diese Presselenkung gemahnt ebenfalls an kaiserliche Zeiten, da die Regierung über eigene Regierungsorgane die Öffentlichkeit unterrichtete und die unabhängigen Zeitungen einfach umging. Einen solchen Zustand, in dem sich eine ohnehin oppositionslose Regierung auch auf eine offiziöse und quasi-monopolisierte Medienlandschaft stützen könne, gilt es seitens der parteiunabhängigen Zeitungen natürlich mit allen Mitteln zu verhindern; zum einen, weil ein solcher Zustand die österreichische Demokratie in ein bedenkliches Licht tauchen würde, und zum anderen, weil er den Zeitungen jegliche Existenzgrundlage nähme.

Die intendierte Vereinnahmung der Parteipresse für die Regierungsgeschäfte geht aber ohnehin nicht reibungslos vor sich. Im sozialistischen Lager zeichnet sich ein folgenschwerer Konflikt zwischen dem ideologischen Anspruch

früherer Tage, vertreten durch Pollaks Arbeiter-Zeitung, und den neuen Regierungszwängen ab, der Jahre später noch offen zum Ausbruch kommen wird.

Oscar Pollak macht indessen aus der *Arbeiter-Zeitung* wieder das sozialistische Presseorgan, ein kämpferisch auf-

tretendes Blatt, ideologisch profiliert, vor allem aber aufbegehrend gegen die Willkür der Besatzer, vornehmlich jene sowjetischer Herkunft. Die Unbekannten, die sich diverser Übergriffe auf die Bevölkerung schuldig machten, brandmarkend, gerät Pollaks Arbeiter-Zeitung zur Zeitung, die sich was traut. Abgesehen davon, daß man der verbreiteten antikommunistischen Haltung frönt, scheint es, als knüpfte die Arbeiter-Zeitung an ihre Tradition als Kampfblatt an, wenn sie gegen die übermächtigen (sowjetischen) Besatzer Stellung bezieht und insofern für die junge Republik eintritt. Insoweit ist ihr die Zustimmung der sozialistischen Staatspolitiker auch gewiß. Anläßlich ihres 60jährigen Bestandsjubiläums im Jänner 1949 wird ihr dies vom sozialistischen Parteivorsitzenden und Vizekanzler Adolf Schärf feierlich honoriert:

Was sie in ihren Anfängen unter Victor Adler auszeichnete, die Unerschrockenheit im Kampf gegen behördliche Willkür und Allmacht, das überbietet sie in der zweiten Republik, unter ungleich schwierigeren Verhältnissen, in der Bekämpfung der Unfreiheit und der Knebelung, die uns ein Regime der Viermächtebesetzung auferlegt.²⁸

Neuerlich tritt die *Arbeiter-Zeitung* für Befreiung ein und gegen Macht-

haber auf. Der einmalige Erfolg, der ihr dadurch beschieden ist, täuscht aber darüber hinweg, daß sich die politische Problemlage in einem prinzipiellen Wandlungsprozeß befindet. Erst nach Ende der Besatzungszeit wird dies offenbar werden, wird sich zeigen, daß der klassische Typ Kampfblatt ausgedient hat.²⁹ Denn längst geht es den politisch Verantwortlichen nicht mehr um Klassenkampf gegen den Staat als Inbegriff der konservativen Gesellschaftsordnung, sondern, ganz im Gegenteil, darum, die Besatzung zu beenden, um einen Staat nach eigenen Vorstellungen aufzubauen. Klassenkampf ist endgültig passé, nachdem man sich seitens der Partei mit dem einstigen Klassenfeind, der ÖVP, im Zeichen der Zweiten Republik politisch arrangiert hat,³⁰ was schließlich den prinzipientreuen Sozialisten Pollak selbst in Bedrängnis bringt:

Die intendierte Vereinnahmung der Parteipresse für die Regierungsgeschäfte geht aber ohnehin nicht reibungslos vor sich "Es war von Anfang an Pollaks Ehrgeiz," schreibt Alois Piperger später über seinen Chef.

9

nicht nur kühn und unerschrocken gegen die Willkür der Besatzungsmächte anzukämpfen, sondern gerade in der Zeit der unerläßlichen Zusammenarbeit der Sozialistischen Partei mit der konservativen Volkspartei, die manches Opfer und manchen Verzicht erforderte, den guten, alten Kampfgeist wachzuhalten und jetzt erst recht immer und immer wieder die sozialistischen Grundsätze zu verfechten. Das hat ihn, bei all dem großen Vertrauen, das er genoß, fallweise in Konflikt mit der Parteiführung gebracht.³¹

Und letztendlich, muß man hinzufügen, ihn selbst als sozialistischen Redakteurs-Archetyp zum Stein des Anstoßes gemacht.³² Denn

Adolf Schärf: Wortführerin der Partei; in: Arbeiter-Zeitung vom 1. Jänner 1949.

²⁹ s. Peter Pelinka/Manfred Scheuch: 100 Jahre AZ. Die Geschichte der Arbeiter-Zeitung, Wien - Zürich 1989, S. 148.

s. Feldinger: Parteien und Parteipresse, S. 136.

³¹ Alois Piperger: Zu meiner Zeit. Ein Leben im Spiegel unseres Jahrhunderts, Wien - Köln - Graz 1988, S. 326.

s. Theodor Venus: "Wir sind wieder da". Eine Dokumentation zur sozialistischen Pressepolitik in Österreich zu Beginn der Zweiten Republik; in: Medien & Zeit 4/1991, S. 17.

medien 8 zeit 3/99

ein Freiheitskampf gegen ein Regime wird vollends obsolet als die

Besatzer abziehen, die Partei hingegen Bestandteil des herrschenden Systems bleibt.

Oscar Pollak wird letztlich abgelöst, weil er für einen klassischen Typ Kampfpresse steht, der nicht nur in der Leserschaft, sondern auch in der Parteiführung zusehends weniger Resonanz findet. Nachdem die Republik wieder souverän und die Sozialdemokratie staatstragend verankert ist, bedarf es eher eines gefügigen Sprachrohrs. Die Folge ist eine Umklammerung durch die Partei, an der die sozialistische Presse zuletzt zu ersticken droht.

Der revolutionäre Anspruch der SPÖ verliert sich zusehends. Von der Parole der Enteignung des Großkapitals bleibt die Formel von der Ver-

staatlichung der Schlüsselindustrien. Zu den sogenannten Schlüsselindustrien zählt man auch Medienunternehmen wie den Österreichischen Rundfunk.

Man ist nicht gewillt, die Medien aus der Hand zu geben bzw. ihnen eine unabhängige Entfaltung zu ermöglichen

Eine Schlüsselrolle kommt dabei dem Sozialisten Karl Waldbrunner zu, der jahrelang in der Sowjetunion gearbeitet, für die Regierung Renner als österreichischer Gesandter in Moskau gewirkt und dort offenbar auch so manche Anregung hinsichtlich eines staatlichen Mediensystems empfangen hat. Wieder im Land, wird Waldbrunner wegen seiner "ausgezeichneten Beziehungen zu sowjetischen Stellen" eine Beraterfunktion im zentralen Parteisekretariat der

SPÖ "in allen Wirtschafts- und Verstaatlichungsangelegenheiten"33 übertragen. Ab 1949 firmiert Waldbrunner als Bundesminister für Verkehr und Verstaatlichte Betriebe, ein Ressort, das auch die Rundfunkentwicklung nachhaltig prägt.

Für Waldbrunner repräsentiert Verstaatlichung nicht bloß eine kurzfristige wirtschaftspolitische Maßnahme, die österreichische Wirtschaft durch die Beistellung unterpreisiger Grundstoffe wiederaufzurichten, sondern ein ideologisches Instrument von grundsätzlicher Bedeutung. Waldbrunner ist von der NotwendigDas haben gerade die Sozialdemokraten immer auf ihr Banner geschrieben. Seine Vermittlung jedoch ist die vielleicht noch größere Macht. Denn sie kann das Wissen lenken, manipulieren.35

> Man ist nicht gewillt, die Instrumente der Wissensvermittlung - die Medien - aus der Hand zu geben bzw. ihnen eine unabhängige Entfaltung zuzugestehen. Die parteieigene Presse, so die Folgerung, sei im Sinne der ei-

genen Regierungsaktivitäten zu führen, die unabhängige zu unterdrücken und die audiovisuellen Medien wie Rundfunk und Wochenschau, die mehr und mehr in den Vordergrund treten, sich aber durch den Widerstand der ÖVP nicht gänzlich unter sozialistische Obhut stellen lassen, sollen organisatorisch zumindest unter großkoalitionärer Regierungskontrolle stehen. 1949 wird die Austria-Wochenschau als Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die zum überwiegenden Teil dem Bund gehört, ins Leben gerufen. Ihre Leitung setzt sich im politischen Proporz zusammen, ihr Auftrag liegt in der "positiven Berichterstattung über Österreich", sie vertritt "staatspolitische Interessen"36 und wird,

keit von systematischer Verstaatlichung und planmäßigem Ausbau als Grundlage der künftigen demokratisch-sozialistischen Gesellschaft überzeugt.34 Ihm wird die Formel vom "Klassenkampf von der Regierungsbank aus" nachgesagt; Sozialismus und Staat scheinen nicht mehr unvereinbar, die Verstaatlichung wird als effektive Möglichkeit begriffen, die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft mittelfristig zu überwinden - und zwar auch mit Hilfe von Medien. Der klassische Erziehungsanspruch der SPÖ fügt sich in die zentralistische Disposition, in die sie sich seit Kriegsende gesetzt sieht. Medienpolitik von oben - von Staats wegen: "Denn Wissen ist Macht", wie Willi Liwanec sagt:

Sozialistische Korrespondenz vom 9. November 1946, S. 1 f.

s. Karl Ausch: Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung; in: Hannak (Hg.): Der Weg ins Heute. Zwanzig Jahre Zweite Republik, Wien 1965, S. 25 ff.

Liwanec: Information. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau, S. 19.

Gesellschaftsvertrag vom 10. Juni 1949, Protokoll der 1. Aufsichtsratssitzung vom 5. April 1950; zit. n.: Herbert Hayduck: Die Organisationsstruktur der Austria-Wochenschau. Das Weltgeschehen in der Kinowelt; in: Hans Petschar/Georg Schmid: Erinnerung & Vision. Die Legitimation Österreichs in Bildern. Eine Analyse der Austria-Wochenschau 1949-1960, Graz 1990, S. 160.

Als Verkehrsminister ist Waldbrunner auch für den Rundfunk zuständig, als Verstaatlichtenminister versucht er jenen im Sinne des sozialistischen Verstaatlichungsdogmas zu organisieren. Er unterbreitet dem Ministerrat den Plan, eine Österreichische Rundfunkverwaltung (ÖRV) ins Leben zu rufen, der seitens der Bundesländer aber seiner zentralistischen Tendenz wegen energisch bekämpft wird. Eine derartige Regelung würde dem Verkehrsministerium einen "geradezu autoritären Einfluß auf das Rundfunkwesen" einräumen, wird argumentiert.³⁸ 1955 legt Waldbrunner einen Gesetzesentwurf vor.³⁹ der als Organisationsform des Rundfunks eine monopolistische Anstalt öffentlichen Rechts vorsieht. Allerdings scheint auch die Motivation dafür nicht die gesellschaftliche Öffnung des Mediums zu sein, denn taktisches Kalkül, mit dem Ziel, den zentralistischen Charakter zu erhalten. Das Monopol erteilt eine klare Absage gegenüber diversen Föderalisierungsbestrebungen der (zumeist von ÖVP-Vertretern regierten) Bundesländer, die als Erbe aus der Besatzungszeit über eigene Rundfunkstudios verfügen.40 Daß man den Rundfunk nicht in die Autonomie zu entlassen gedenkt, zeigt sich auch daran, daß es diesem Entwurf zufolge dem Verkehrsminister

Von Gottfried Heindl wird der sozialistische Standpunkt Jahre später in den Österreichischen Monatsheften folgendermaßen charakterisiert:

persönlich obliegen soll, die Mitglieder des höch-

sten Organs, der Rundfunkkommission, als deren Vorsitzender er zugleich fungieren will, zu

ernennen und auch abzuberufen.41 Der Verstaat-

lichtenminister als Schirmherr des Rundfunks!

Die Rundfunkvorschläge der SPÖ (und nicht nur ihre Rundfunkvorschläge, sondern auch ihre Vorschläge für die verstaatlichte Industrie, das Budgetrecht usw.) beruhen auf der These, daß Partei und Staat identisch sind, und daß die Politik daher das Recht hat, alle Bereiche des öffentlichen Lebens zu durchdringen.

Angestrebt wird die 100%ige Durchdringung; wo dies nicht möglich ist, will man zumindest die 50%ige Durchdringung, d.h. die Teilung des Einflusses mit der ÖVP; für die dritte Möglichkeit, daß es einen politiklosen Raum gibt, in dem weder ÖVP noch SPÖ präsent sind, ist in der sozialistischen Vorstellungswelt kein Platz. 42

Koalition und Gegenöffentlichkeit

edingt durch Wahlergebnisse, die keiner der beiden großen Parteien eine Alleinregierung ermöglichen, entwickelt sich die Große Koalition zwischen ÖVP und SPÖ zu einem bestimmenden Merkmal der politischen Landschaft im Nachkriegs-Österreich. Die Motivation für die Proporzdemokratie, wie das österreichische Zweiparteiensystem auch genannt wird, ist es, die historische Polarität zwischen den beiden großen Lagern zu überwinden. Nicht, wie in der Ersten Republik, gegeneinander, sondern nur miteinander, unter Erhaltung der politischen Initiative, könne Fortschritt entstehen, lautet auch und vor allem die Maxime der SPÖ. Wobei unter Miteinander bis auf weiteres eine proportionale Besetzung leitender Stellen verstanden wird. Man will in allen öffentlichen Einrichtungen, worunter auch Medienunternehmen wie der Österreichische Rundfunk fallen, "ein der politischen Stärke der Arbeiterbewegung entsprechendes Gewicht⁴³ erlangen, auch wenn man dafür von der parteiunabhängigen Presse des "persönlichen Machthungers", der "Parteidienerei", des "Postenhandels" oder der "Parteiprotektion" geziehen wird.

Der Proporz prägt - nicht als einmütige ultima ratio, aber als funktionaler Ausweg aus der politischen Pattstellung - bald auch den Mediensektor. Das Neue Österreich mutiert nicht allzu lang nach Kriegsende zum Blatt einer koalitionären Einigung, und auch der Versuch, die Parteipresse beider Lager sowie die ins Leben gerufene Austria-Wochenschau für den Wiederaufbau zu instrumentalisieren, zeugt von diesem pragmatischen Kompromiß. Am stärksten, jedenfalls am nachhaltigsten, tritt das koali-

Protokoll der 5. Aufsichtsratssitzung vom 10. Juli 1951; zit. n.: Hayduck, a. a. O., S. 160.

³⁸ Die Radio-Woche, H. 24/1952, S. 4.

s. Feldinger: Nachkriegsrundfunk in Österreich, S. 174 f.

s. Josef Kaut: Der Rundfunk und die Bundesländer; in: Zukunft, H. 4, Jg. 1964, S. 14.

s. Feldinger: Nachkriegsrundfunk in Österreich, S. 174.

Gottfried Heindl: Rundfunk und Partei; in: Österreichische Monatshefte, September 1964, H. 9, 20. Jg., S. 25.

⁴³ Rupert Zimmermann, Leiter der Personalabteilung im Bundeskanzleramt, Sektion IV - Verstaatlichte Unternehmungen; zit.n.: *Totaler Proporz?* in: *Österreichische Monatshafte*, H. 3, März 1966, 22. Jg., S. 37.

tionäre Organisationsprinzip im wechselvollen Werdegang des

Österreichischen Rundfunks zutage. Nachdem man regierungsintern zu keinem Konsens hinsichtlich der künftigen Rechtsgrundlage des Rundfunks findet, bleibt er lange Zeit hindurch provisorisch unter Öffentlicher Verwaltung ausgesprochen staatsnah organisiert, wobei der Proporz schon in das Provisorium eindringt, als 1952 ein zweiter öffentlicher Verwalter bestellt wird;⁴⁴ eine Premiere im übrigen, der noch vielfach Doppelbesetzungen folgen.

Auf konservativer Seite sieht man die sozialistischen Ambitionen mit Sorge, plädiert alsbald für "Unabhängigkeit" des Rundfunks und ruft nach "Entpolitisierung". Gerhard Freund, der sozialistische Fernsehdirektor, weist diese Forderung jedoch als fadenscheiniges Argument energisch zurück:

Der Rundfunk war seit seiner Geburtsstunde, in welcher Form auch immer, eine Domäne der Konservativen, in der der CV die gleiche Rolle spielte wie im Staatsdienst. Es gab darüber keine Diskussion, es war wie in allen konservativen Reservaten selbstverständlich, daß es sich überall nur um Fachleute handelte. Als späterhin die Arbeiterbewegung in der Lage war, Fachleute hervorzubringen (...), entstand das Schlagwort von der Verpolitisierung, vom totalen Proporz: Wenn daher mit viel Mühe und Ausdauer und natürlich nur immer auf der Basis der jeweiligen Wahlerfolge - Breschen in die konservativen Domänen geschlagen wurden, dann war plötzlich die Unabhängigkeit gefährdet, die Demokratie wurde verletzt und man rief nach Entpolitisierung. 45

Anders als es die nach außen hin zur Schau getragene koalitionäre Einigkeit vermuten ließe, toben hinter den Kulissen erbitterte Machtkämpfe. Es vollzieht sich ein andauerndes "Kopf-an-Kopf-Rennen" der beiden Koalitionspartner um die Vorherrschaft im Rundfunk.⁴⁶

Nach den Nationalratswahlen des Jahres 1956, aus der die ÖVP als Gewinnerin hervorgeht, werden die Verstaatlichungsagenden und somit auch der Rundfunk aus der Zuständigkeit des sozialistisch besetzten Verkehrsministeriums gelöst und dem Bundeskanzleramt Julius Raabs unterstellt.47 Eine endgültige Entscheidung ist damit aber noch nicht gefallen; ein proporzmäßig besetztes Minister-Komitee berät, wie es weitergehen soll. 1958 erfolgt als koalitionärer Kompromiß die Gründung einer vordergründig privatrechtlichen Rundfunk Ges.m.b.H., über die Hermann Stöger, seines Zeichens Kurier-Redakteur und Mitinitiator des nachmaligen "Rundfunk-Volksbegehrens", resümiert: "Praktisch ist also die Republik der Inhaber der Gesellschaft, allerdings als "Privatunternehmer"."48 Günther Nenning spricht hinsichtlich dieser Form von Rundfunkorganisation von "Verstaatlichung mit privatrechtlichem Feigenblatt".49

Die Regierung zeigt sich nach wie vor bestrebt, den Rundfunk zu kontrollieren und seine Entlassung in echte Unabhängigkeit zu verhindern. Stöger nennt die Rundfunk-Ges.m.b.H. dann auch ein "Danaergeschenk des Proporzgeistes".⁵⁰ Ein Minister-Komitee, bestehend aus dem Kanzler, dem Vizekanzler, dem Verkehrs- und dem Unterrichtsminister vertritt die Republik in der Generalversammlung; Beschlüsse werden einstimmig gefaßt: damit, so Stöger, wird "der Proporz Herr der Generalversammlung".⁵¹

Den außenstehenden Kritikern wie dem Kurier-Redakteur Stöger stehen intern natürlich vehemente Verfechter des großkoalitionären Kontrollsystems gegenüber.

"Der Proporz", schreibt etwa Ellinor Langer in der Zukunft,

ist eine Form der Zweiparteienregierung, die in Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geübt wird. Es ist unverständlich, warum es ausgerechnet den im Rundfunk tätigen Angestellten und freien Mitarbeitern verwehrt sein soll, einer der beiden Regierungsparteien als Mitglied anzugehören, beziehungsweise, warum man diese Tatsache so übel vermerkt.⁵²

⁴⁴ s. Feldinger: Nachkriegsrundfunk in Österreich, S. 166.

⁴⁵ Gerhard Freund: *Schmutz im eigenen Nest;* in: *Zukunft,* H. 3, S. 10, Jg. 1964, S. 13.

⁴⁶ Stöger: Schwarze Welle - Roter Schirm, S. 9.

s. Feldinger: Nachkriegsrundfunk in Österreich, S. 171.

⁴⁸ Stöger: Schwarze Welle - Roter Schirm, S. 33.

Günther Nenning: Rundfunk in demokratischer Selbstverwaltung; in: Zukunft, H. 3, Jg. 1964, S. 15.

Stöger; Schwarze Welle - Roter Schirm, S. 32.

⁵¹ Stöger: Schwarze Welle - Roter Schirm, S. 33.

Ellinor Langer: *Der Rundfunk ist schon etwas*; in: *Zukunft*, H. 3, Jg. 1964, S. 16.

medien &zeit 3/99

Der Rundfunk ist ein viel zu bedeutendes Massenbeeinflussungsmittel, als daß man die politische Zugehörigkeit der leitenden Angestellten dem Zufall überlassen dürfte. 53

Allerdings geht es den Kritikern nicht bloß um etwaige Parteizugehörigkeit der Mitarbeiter, sondern auch darum, zu verhindern, daß der Rundfunk, dieses "wichtigste aller modernen Massenbeeinflussungsmittel", wie es heißt, zur monopolistischen Propagandamaschinerie der Regierung würde, einer Regierung, die, insbesondere von sozialistischer Seite, nur wenig Interesse an parlamentarischer Opposition sowie

der Entfaltung einer freien Medienlandschaft gezeigt hat. Es geht ihnen um die Rolle der unabhängigen Presse als Gegenpol der Regierung im politischen Prozeß und nicht zuletzt auch um ihr eigenes wirtschaftliches Überleben in einer zusehends in Regierungsabhängigkeit geratenden Medienlandschaft. Die Kri-

tiker drängen schließlich auch deshalb nach Reform, weil sich die Bedingungen am Werbemarkt durch das expandierende Fernsehen verschärfen; eine ihrer Forderungen im "Rundfunk-Volksbegehren" wird die Beschränkung der Fernseh-Werbezeit sein.

Zum Inbegriff der Koalitionsidee geworden, gerät der Österreichische Rundfunk ins Zentrum der Kritik. Hugo Portisch, Chefredakteur des Kurier, profiliert sich als Galionsfigur:

Drei österreichische Zeitungen - die "Kleine Zeitung", Graz, die "Wochenpresse", Wien und der "Kurier", Wien - haben im Vorjahr (1963; Anm.) eine Unterschriftensammlung durchgeführt, bei der jeder Teilnehmer seinen vollen Namen und seine Adresse angeben mußte. Obwohl dies für jene, die sich an der Protestaktion beteiligten, starke politische Nachteile mit sich bringen konnte (zumindest hätte jeder einzelne solche Nachteile befürchten können), wurden mehr als 370.000 solcher Unterschriften aufgebracht. Der Protest richtete sich gegen eine noch stärkere Verpolitisierung von Rundfunk und Fernsehen durch die beiden großen Parteien. 54

Diese Aktivitäten der Zeitungsleute gelten zwar dem Rundfunk,

weisen in ihrer Bedeutung aber weit darüber hinaus. Der Protest beinhaltet ein grundsätzliches Plädoyer für eine partei- und regierungsunabhängige Medienlandschaft. Der klassischen Parteipresse als bislang wichtigster Übermittlerin des politischen Prozesses gegenüber, etabliert sich in der unabhängigen Presse ein Kontrahent, der für sich im Sinne einer pluralistischen Medienlandschaft ebenfalls demokratische Bedeutung reklamiert und die herrschende Autokratie und mit ihr bisweilen die beiden Koalitionsparteien selbst scharf kritisiert. Die großkoalitionäre Medienpolitik habe, laut direkt Betroffenen wie Fritz Molden oder Hans Dichand,

lange Zeit hindurch die Entstehung einer freien Presselandschaft unterbunden:

"Es hat sich gezeigt," so der

Presse-Herausgeber Molden,

Der Protest beinhaltet ein

grundsätzliches Plädoyer für

eine partei- und regierungs-

unabhängige Medienlandschaft

daß in den vergangenen Jahren die Vertreter der politischen Parteien immer wieder alles getan haben, um die Entwicklung einer freien, nicht parteigebundenen Presse zu hemmen, vor allem dadurch, daß man ihr a priori den guten Glauben abspricht.⁵⁵

Und der Chefredakteur der Kronen Zeitung Dichand:

Die schwarz-rote Koalition regierte, manchmal diktierte sie auch. Was nicht in ihr Proporzschema paßte, wurde abgelehnt. Unabhängige Zeitungen gingen ihr absolut gegen den Strich. 56

Vorwürfe, die, so subjektiv sie auch sein mögen, an Karl Renners Absage an das Berufspublizistentum und an seine Forderung nach wirklicher Parteiarbeit erinnern; Vorwürfe, die Jacques Hannak indirekt noch stützt, wenn er über die freie Presse, die aus sozialistischer Sicht als unter bürgerlicher Hegemonie stehend begriffen wird, lapidar formuliert:

⁵³ ebd

Hugo Portisch: Das Übel heißt Proporz; in: Zukunft, H. 4, Jg. 1964, S. 10.

⁵⁵ Fritz Molden: Stellungnahme zur "Selbstkontrolle der Presse"; in: Forum. Österreichische Monatsblätter für kulturelle Freiheit, H. 13, Januar 1955, S. 12.

⁵⁶ Hans Dichand: Kronen-Zeitung. Die Geschichte eines Erfolgs, Wien 1977, S. 186.

medien & zeit 3/99

Machen wir uns keine Illusionen: mit der Notwendigkeit einer freien Presse läuft parallel die Notwendigkeit und

Unvermeidlichkeit ihr anhaftender Übel. 57

Gegen diese Haltung verwehren sich die Journalisten, die immer vehementer die Beseitigung der unhaltbaren Zustände fordern:

"Das Verhältnis zwischen der Regierung und den politischen Parteien einerseits und der Presse andererseits, zwischen Politikern und Journalisten", schreibt der sozialistische Landesrat Josef Kaut,

ist in Österreich nicht ungetrübt. Seit Jahren fordern die Journalisten mit guten Gründen ein neues, modernes Pressegesetz, das aber von den Politikern auf die langen Bänke des Parlaments geschoben wird. Man hört

von den Zeitungsleuten auch immer wieder die Klage, daß die Information der Presse dürftig ist, daß es den Politikern bei uns an Informationsfreude, an

Vielmehr fürchtet man, daß sich eine unabhängige Rundfunkgesellschaft zu einem Staat im Staate entwickeln könne

Offenherzigkeit, an Vertrauen zur Presse fehle. Die Politiker zeigten sich an einer ausreichenden Unterrichtung der Presse wenig interessiert, sie möchten eher den Journalisten einen Maulkorb umhängen. Viele Politiker huldigten der Ansicht, daß es auch die Leser gar nicht so genau wissen wollen wie die neugierigen Journalisten und daß die Leser sich lieber an das alte Sprichwort halten: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. ⁵⁸

Überaus bezeichnend für diese Kontroverse ist der Werdegang des angesprochenen Pressegesetzes. Der Gesetzesentwurf des sozialistischen

Justizministers Christian Broda zielt darauf ab, die Aufhebung der Zensur, das Recht auf Informationsfreiheit, sowie die öffentliche Aufgabe der Presse in Verfassungsrang zu erheben. 59 Die Presse solchermaßen als unabhängige Institution aufzuwerten widerspricht aber offenbar der Interessenslage der Regierung sosehr, daß sie diesem Vorhaben die politische Unterstützung so lange wie möglich vorenthält. Man vermeidet es, den Zeitungen eine gesetzliche Grundlage für (Regierungs-)Kritik zu ge-

ben. Broda richtet 1961 vorsichtig mahnende Worte an die Koalition und damit auch an die eigene Parteiführung:

In einem Land, das seit mehr als 16 Jahren von einer Koalition von Parteien regiert wird, die 90 Prozent der Wähler vertreten, ist das parlamentarische Interesse an einem Gesetzentwurf wie dem vorliegenden nicht so groß, wie das in Parlamenten mit einer starken Opposition selbstverständlich wäre. Pressefreiheit bedeutet immer Freiheit der Kritik. Wer läßt sich aber gerne kritisieren, besonders wenn Art und Weise der Kritik selbst genug Anlaß zur Kritik bieten!

Jede Regierungspartei sollte aber doch bedenken, daß sie nicht immer Regierungspartei bleiben muß. Die demokratische Grundeinstellung einer großen politischen

> Partei mag aber nicht zuletzt daran gemessen werden, ob sie es vermeidet, mit zweierlei Maß zu messen, je nachdem, ob ihre führenden Exponenten auf der Regierungsbank oder auf den Bänken der parlamentarischen Opposition ihren Platz haben. 60

Widerstand regt sich auch in den Parteiblättern. Die Zeiten, da man sich als Verlautbarungsorgane einer verschlossenen Kabinettspolitik benutzen hat lassen, gehen zu Ende. Die Presse sei eben kein bloßes Instrument der Politiker, eine Kritik, die angesichts des sich abzeichnenden Niedergangs der Parteipresse zusehends eindringlicher erhoben wird. Unter der reduktiven Informationspolitik leiden schließlich gerade die Parteizeitungen, da man ihnen den unverzichtbaren ideologischen Gegner nimmt. Zwei Jahre nach Broda kritisiert der stellvertretende Chefredakteur des sozialistischen Express, Kurt Frischler, die Starre der Koalition in diesem Sinn:

Achtzehn Jahre Koalition und Proporz haben es mit sich gebracht, daß sich eine ganz neue Form des politischen 'Anstandes' herauszubilden begonnen hat, die wie alle Tabus nur mit Aufbietung aller Kräfte überwunden werden kann. Die offiziellen Parteizeitungen können das Hindernis des Koalitions-Tabus überhaupt nicht nehmen. Man mißt dem, was sie zu schreiben, dem, was sie zu vertreten, und dem, was sie darzustellen haben (um so mehr, als aus Tagesgeplänkel sogleich eine Koalitionskrise entstehen könnte) vielzuviel Bedeutung bei und hütet sich daher, heikelste Themen aufzugreifen. 61

⁵⁷ Jacques Hannak: Stellungnahme zur "Selbstkontrolle der Presse"; in: Forum, H. 13, Januar 1955, S. 10.

Josef Kaut: *Politiker und Journalisten*; in: *Zukunft*, H. 8, Jg. 1965, S. 17.

s. Liwanec: Information. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau, S. 63.

⁶⁰ Christian Broda: *Das Pressegesetz der Zweiten Republik*; in: *Zukunft*, H. 9, Jg. 1961, S. 253.

Kurt Frischler: Massenpresse und Massenbeeinflussung; in: Zukunft, H. 23, Jg. 1963, S. 26.

15

Als regierungsverbundene und somit durch die Koalition in gewisser Weise aneinandergekettete Organe verlieren die Parteiblätter beider Lager an Profil, ihre Bedeutung sinkt mit dem Verschwinden politischer Kontroversialität. Mit ihrer ureigensten Aufgabe aber verlieren sie langsam auch ihre Leserschaft, die, des offiziösen Sprachrohrcharakters überdrüssig, nach attraktiveren Alternativen am sogenannten Boulevard zu suchen beginnt.

Tiderstand erwächst der Regierung auch hinsichtlich der praktizierten Rundfunkpolitik. Für die SPÖ besteht kein Zweifel daran, daß Medieninstitutionen wie der Rundfunk möglichst regierungsnah einzurichten sind, um kontrollierbar zu bleiben. 62 Die dahinterstehende Intention ist natürlich nicht, ein Medienimperium mit dem Fluchtpunkt eines Meinungsmonopols à la Joseph Goebbels zu errichten, vielmehr fürchtet man, daß sich eine unabhängige Rundfunkgesellschaft zu einem Staat im Staate entwickeln und sich letztlich gegen die Demokratie - die freilich mitunter mit sozialistischer Regierungsbeteiligung verwechselt zu werden scheint - richten könne. Diese Furcht hat am Rundfunksektor dazu geführt, daß Radio und Fernsehen eine freie Parlamentsberichterstattung - der wohl wichtigste Schnittpunkt zwischen politischer und publizistischer Sphäre versagt geblieben ist. Im Unterschied zum Printsektor konnten die Parteien am Rundfunksektor ihr Urheberrecht auf den politischen Prozeß richtiggehend zementieren. Im Zuge einer Präsidialsitzung des Nationalrates vom 10. April 1953 wurde den Parlamentsklubs das Recht eingeräumt, zu bestimmen, was der Rundfunk senden dürfe. Die Folge davon ist, daß sich die Parlamentsberichterstattung auf Belangsendungen nach dem Proporz reduziert. Die Kritik am politischen Procedere bleibt den Zeitungen vorbehalten, Radio und Fernsehen stehen unter ständiger Kontrolle. Man fürchtet, daß die eingeschalteten Mikrofone die Abgeordneten dazu verleiten würden, "nur noch zum Fenster hinaus zu reden", daß ein halbleeres Plenum, zeitunglesende Mandatare oder die Abwesenheit von Ministern auf der Regierungsbank bei so manchem Fernseher antidemokratische Ressentiments wecken könnten. Doch, anstatt sich so zu verhalten, wie man es vor der Öffentlich-

keit verantworten kann, greift man zur Kontrolle.63 Franz Kreuzer, nach seinem Abgang als Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung von Gerd Bacher zum ORF geholt und mit der Leitung des Aktuellen Dienstes betraut, wird deswegen noch Ende des Jahres 1967 resignierend feststellen: "Wir sind Parlamentsangestellte ohne Amtskappel."64

Die Parlamentsberichterstattung ist freilich nur als Symptom für die grundsätzliche Situation des Rundfunks anzusehen. Seitens der Gewerkschaft werden angesichts dieser Situation Stimmen laut, die eine Herauslösung des Rundfunks aus der unmittelbaren Regierungshoheit fordern, um ihn, seinem öffentlichen Auftrag gemäß, als gesellschaftliche Institution zu verankern. Der sozialistische ÖGB-Präsident Franz Olah schreibt im Jänner 1963:

Wir wollen nicht, daß aus Rundfunk und Fernsehen staatliche Lenkungsinstrumente werden. Diese Einrichtungen sollen vielmehr die demokratische Meinungsbildung nicht durch mangelhafte und einseitige Informationen behindern, sondern sie durch umfassende, objektive und nach allen Seiten faire Berichterstattung unterstützen.65

Kurz darauf wendet sich die Gewerkschaft Kunst und Freie Berufe mit einer scharfen Attacke an die Öffentlichkeit, wonach der "Zustand des Österreichischen Rundfunks eine nationale Schande"66 sei. Nachdem bislang weder dessen Leitung noch die Bundesregierung in der Lage gewesen wären, Abhilfe zu schaffen, kündigt sie die Einsetzung einer Rundfunkkommission an, die einen Reformplan ausarbeiten soll. Nur einige Wochen danach wird sich der Gewerkschaftschef Franz Olah jedoch in treuer Parteidisziplin den im Zuge der koalitionären Regierungsbildung nach den Nationalratswahlen vom Herbst 1962 ausgearbeiteten, seinen Forderungen geradezu entgegenstehenden Vereinbarungen beugen.⁶⁷

s. Ernst Glaser: Die Krise des Rundfunks; in: Zukunft, H. 2, Jg. 1959, S. 48.

Hellmut Andics/Viktor Ergert/Robert Kriechbaumer: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd. IV, 1967-1974, Salzburg - Wien 1985, S. 65 f.

Franz Kreuzer in der Wochenpresse vom 6. Dezember 1967, S. 19.

Franz Olah im Forum H. 10, Jänner 1963, S. 7 f.

Stöger: Schwarze Welle - Roter Schirm, S. 104.

s. Stöger: Schwarze Welle - Roter Schirm, S. 105.

Der Vorsitzende der Journalistengewerkschaft, Günther Nenning, führt den Reformkurs jedoch weiter und weist 1964 einen Weg in die österreichische Rundfunkzukunft unter "demokratischer Selbstverwaltung":

Die rein privatrechtliche Organisationsform ist überhaupt für den Rundfunk - das wichtigste Massenmedium, und dies in Monopolstellung - ungeeignet, desgleichen, aus den gleichen Gründen, die nackte Verstaatlichung, das heißt, die Verwandlung des Rundfunks in ein Anhängsel des staatlichen Exekutivapparates. (...) Geeignet wäre vielmehr die öffentlich-rechtliche Organisationsform - eine gut demokratische, gut österreichische Form. 68

Nenning weist dem Rundfunk öffentliche Kultur- und Informationsaufgaben zu und fordert für ihn eine Objektivitäts- und Neutralitätspflicht, eine umfassende Versorgungspflicht, sowie die volle Rundfunkfreiheit, bestehend aus Sendeund Empfangsfreiheit.⁶⁹

Die öffentliche Aufgabenstellung, wie sie Christian Broda für die Presse formuliert hat, rückt damit auch im Rundfunkdiskurs ins Zentrum. Doch die gewerkschaftlichen Vorstöße finden nicht das nötige Gehör in der Parteiführung, ganz im Gegenteil. Ernst Glaser beschreibt rückblickend dieses Unvermögen der Parteileitung, die mediendemokratischen Impulse aufzunehmen und fruchtbar umzusetzen:

Im Schoße der Gewerkschaft, der die Angestellten und die sogenannten freien Mitarbeiter des Rundfunks angehören, entstand ein Gesetzentwurf, der die Rundfunkreform zum Inhalt hatte, wobei man bereits

überlegte, wie es in einer Resolution des Vorstands der Gewerkschaft Kunst und freie Berufe schon im März 1964 hieß, eventuell 'hierüber ein Volksbegehren durchzuführen'. Doch auch hier versagte die Propagandamaschinerie der SPÖ. Obwohl an diesem Entwurf auch sozialistische Gewerkschafter mitarbeiteten, kam es zu keiner positiven Koordination zwischen Partei und sozialistischer Gewerkschaftsfraktion, und die Initiative rutschte in einen noch entfernteren Kreis, der jedoch publizistisch durchschlagskräftig zu agieren vermochte, in die sogenannte 'Unabhängige Presse'. Diese änderte den

ursprünglichen Entwurf in entscheidenden Punkten ab und führte dann das Volksbegehren durch.⁷⁰

Am 5. Oktober 1964 startet das von Vertretern parteiunabhängiger Zeitungen initiierte Rundfunk-Volksbegehren, dessen Entwurf für ein neues Rundfunkgesetz weitaus weniger auf öffentliche Verantwortlichkeit als auf eine Herauslösung des Rundfunks aus der Regierungshoheit durch einen mächtigen Generalintendanten abzielt. Das Volksbegehren findet statt unter großem publizistischem Aufwand seiner Initiatoren, vom Rundfunk selbst per Dienstanweisung totgeschwiegen. Überaus ignorant kommentiert auch die *Arbeiter-Zeitung* nachträglich:

Es ist also klar, was dieses Volksbegehren nicht war: Eine politische Manifestation von bestimmendem Gewicht, die die Parteien im Parlament bindet. Das ist weder verfassungsmäßig (...) noch ist das politisch: So viel demokratischer Druck, wie hinter diesem Gesetzentwurf, steht hinter jedem Anliegen eines größeren Berufsverbandes.⁷²

Es geht um mehr als 800.000 Unterstützungsunterschriften!

Die SPÖ wird Opfer ihrer Unfähigkeit, mit Opposition umzugehen. In die Defensive geraten, wehrt man erst einmal ab, da man, wie man sagt, den sozialistischen Fernsehdirektor Gerhard Freund in seiner Position nicht zur Diskussion stellen will. Stattdessen ringt man um die Erhaltung des gesetzlichen Status quo gegen die geäußerten Reformwünsche. Der SPÖ-Parlamentssekretär Heinz Fischer stellt "Fragen an die 832.353":

Die Forderung der österreichischen Bevölkerung nach einem besseren Rundfunk ist eine echte und berechtigte. Der Gesetzgeber hat daher die Aufgabe, diesem Anliegen nachzukommen und ein gutes Rundfunkgesetz zu schaffen; gerade deshalb könnte es nicht verantwortet werden, den verfassungswidrigen, unbrauchbaren Gesetzestext, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, zu beschließen.⁷³

Günther Nenning: Rundfunk in demokratischer Selbstverwaltung; in: Zukunft, H. 3, Jg. 1964, S. 15.

s. Nenning: Rundfunk in demokratischer Selbstverwaltung, a. a. O., S. 14 f.

Ernst Glaser: Am Beispiel des Rundfunks; in: Zukunft, H. 8/9, Jg. 1966, S. 42.

⁵¹ s. Viktor Ergert: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd. III, S. 184.

⁷² Arbeiter-Zeitung vom 14. Dezember 1964.

⁷³ Heinz Fischer: *Fragen an die 832.353*; in: *Zukunft*, H. 5, Jg. 1965, S. 22.

Günther Nenning gibt "Antworten zugunsten von 832.353":

Die Leichtfertigkeit, mit der Fischer über das Volksbegehren sein Urteil spricht, läßt sich nur als Spiegelbild der Leichtfertigkeit verstehen, mit der unsere Partei sich seit Jahren um ein sozialistisches Konzept für den Rundfunk herumdrückt. Der Sozialismus ist eine Kulturbewegung. Der Rundfunk ist ein Kulturproblem: Ihn bloß als tagespolitisches Personalproblem zu behandeln, ist zuwenig.74

Heinz Fischer antwortet Nenning, der sich zum "Trojanischen Pferd" des politischen Gegners mache, wenn er für die unter konservativer Führung stehenden, unabhängigen Zeitungen Partei ergreife:

Die Tatsache, daß es bisher nicht gelungen ist, Rundfunk und Fernsehen unter konservativer Führung gleichzuschalten, wird im bürgerlichen Lager als großes Handicap auf dem Weg zu einem möglichst umfassenden Meinungsmo-

nopol (Presse, Rundfunk, Fernsehen) empfunden. Folglich muß der 'rote' Fernsehdirektor weg, koste es, was es wolle. (...) Gleichzeitig soll an die Spitze von Rundfunk und Fernsehen ein allmächtiger Generalintendant gestellt werden, der auf keinen Fall den Sozialisten nahestehen darf. (...)

Mag sein, daß die Sozialistische Partei einen Fehler begangen hat, als sie nicht von allem Anfang an genügend klar und deutlich zu diesem Rundfunk-Voksbegehren Stellung nahm. Sie würde aber einen noch viel größeren Fehler begehen, würde sie sich jetzt dem Druck einer Pressure Group beugen, die mit dem Volksbegehren klar erkennbare politische Ziele verfolgt - auch wenn es leider Sozialisten gibt, die nicht merken, daß ihnen dabei die Rolle des Trojanischen Pferdes zugedacht ist und die so weit gehen, diese Rolle auch in "Zukunft'-Artikeln zu vertreten.⁷⁵

Damit tritt zutage, daß es im Grunde tatsächlich nur um die Frage der innerkoalitionären Machtverteilung am Mediensektor geht, um den Versuch letztendlich, dem bürgerlichen ein sozialistisches Mediensystem gegenüberzustellen. Das proporzträchtige Selbstverständnis, das man an den Tag legt, läßt ideologische Kategorien hinter sich. Karl Czernetz, obgleich oftmals als

Chefideologe tituliert, läßt dies im Zuge einer Rede vor dem Nationalrat am 15. Juli 1965, wo im Rahmen einer mehrstündigen Debatte neben den Differenzen

bezüglich der Rundfunkreform auch schon Brüche in der Koalition selbst zutage treten, sehr deutlich durchblicken:

Wir wissen ganz genau, daß der damalige Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Bundeskanzler Raab, seinerzeit, als das Fernsehen eingerichtet wurde, folgende Einstellung hatte: Der Rundfunk ist da, darüber haben vorwiegend wir die Kontrolle. Das Fernsehen sollen die anderen nehmen, das hat ja keine Bedeutung. - Jetzt sagen aber die Kollegen der Volkspartei: Es hat sich vieles geändert, das Fernsehen

hat an Bedeutung gewonnen - nicht zuletzt deswegen, weil ein ausgezeichneter Fachmann das Fernsehen aufgebaut hat.

17

Die SPÖ wird Opfer ihrer Unfähigkeit, mit Opposition umzugehen ... die ÖVP stellt sich in weiterer Folge taktisch klug hinter das Volksbegehren

(...)

Hohes Haus! Man sagt, daß sich in der Gewichtsverteilung zwischen Hörfunk und Fernsehen manches geändert hat, darum müßte man das Kontrollsystem revidieren. Darüber soll man reden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß im Arbeitsübereinkommen, im Kapitel über Rundfunk und Fernsehen, im einzelnen Punkte erwähnt sind, die man überlegen, neuerlich diskutieren und ordnen soll. Solche Lösungen soll man im Rahmen der Koalition suchen

Wir haben im Sonderausschuß für die Behandlung des Rundfunk-Volksbegehrens sehr deutlich gehört, daß manche Kollegen der Volkspartei gesagt haben: Ja, so geht's nicht, wir halten es nicht aus, daß die Sozialisten, daß also Freund diese Kontrolle über das Fernsehen hat.

Ich kann dazu nur wiederholend sagen: Verhandeln wir über eine entsprechende Verteilung der gegenseitigen Kontrollen.76

Doch die Würfel sind gefallen, die ÖVP stellt sich in weiterer Folge taktisch klug hinter das Volksbegehren und eine innerkoalitionäre Einigung kommt nicht mehr zustande. Das vom Parteivorsitzenden Bruno Pittermann am Parteitag im Juni 1965 abgegebene, kampfbetonte Versprechen, die

Günther Nenning: Antworten zugunsten 832.353; in: Zukunft, H. 10, Jg. 1965, S. 23.

Heinz Fischer: Das Volksbegehren und das Trojanische Pferd; in: Zukunft, H. 10, Jg. 1965, S. 25.

Karl Czernetz; Stenographisches Protokoll, 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, X.Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 15. Juli 1965.

(...) SPÖ würde es nicht zulassen, daß mit den Vorschlägen des Rundfunkvolksbegehrens eine einseitige Erwei-

terung des an sich schon übergroßen Einflusses der ÖVP in der Rundfunkgesellschaft durch ein Hintertürl herbeigeführt würde,⁷⁷

verhallt folgenlos. Ebenso bleiben die Zugeständnisse im Kompromißvorschlag, zu dem sich die SPÖ noch durchringt, der die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts nach den Vorschlägen der Gewerkschaft, aber auch das Intendanturprinzip, wie es von den Initiatoren des Volksbegehrens gefordert wird, 78 vorsieht, ungehört. Erst nach 1970, als der SPÖ alleinige Regierungsverantwortung zukommt, wird Bruno Kreisky diese Ansätze wieder aufgreifen können 79

Aus der Nationalratswahl vom 6. März 1966 geht die ÖVP mit absoluter Mehrheit hervor und am 8. Juli 1966 wird "Mündig sind nur informierte Staatsbürger. In Österreich herrscht ein geradezu traditioneller Informationsnotstand"

mit den Stimmen der ÖVP- und FPÖ-Abgeordneten das neue Rundfunkgesetz beschlossen. Mit dem Bruch der Koalition wird auch das bislang von der Regierung kontrollierte Rundfunkrefugium aufgebrochen, wenn auch durch das nunmehrige Gesetz die Frage nach der öffentlichen Kontrolle des Rundfunks weitgehend ungeklärt bleibt. Am 1. Jänner 1967 tritt ein neues Rundfunkgesetz in Kraft, beschlossen gegen die Stimmen der SPÖ-Mandatare, und am 9. März 1967 wird der Zeitungsjournalist Gerd Bacher durch den ORF-Aufsichtsrat⁸¹ in die neu geschaffene und überaus machtvoll ausgestattete

Funktion des Generalintendanten gewählt. Mit dem Anbrechen dieser neuen medienpolitischen Ära findet sich der einstmals staatsnahe Rundfunk weitgehend autonom – um nicht zu sagen autokratisch – organisiert und die einstmals staatstragende SPÖ auf der Oppositionsbank wieder. Eine kritische Selbstreflexion aus sozialistischer Sicht folgt unmittel-

bar, wenn auch zu spät, nachdem man neben dem Rundfunk die Wahl und damit auch die Regierungsbeteiligung verloren hat. Die SPÖ bezahlt die Zeche für die langjährige koalitionäre Medienpolitik:

"Wer sachlich etwas falsch gemacht hat," schreibt Ernst Glaser,

muß deshalb noch nicht das Vertrauen der Wähler verlieren; er kann diese propagandistisch geschickt über Fehlhaltungen, die er begangen hat, hinwegtäuschen und sie dennoch für sich gewinnen. Das hat uns die ÖVP gezeigt. Wer in der Beeinflussung und Einschätzung der sogenannten öffentlichen Meinung versagt, hat vielleicht im Sachlichen alles richtig ge-

macht; dies wird ihm jedoch von den Wählern nicht honoriert. Wenn aber sachliche Fehler Hand in Hand gehen mit Instinktlosigkeit hinsichtlich der Wirkung des eigenen Verhaltens auf die Wählerschaft, dann ist ein Debakel unausweichlich.

Obwohl sich leider auch andere Beispiele finden lassen, kann gerade am Beispiel der Rundfunkpolitik der SPÖ diese Kombination von Unzulänglichkeiten demonstriert werden, also die Nichtbewältigung von sachlichen Problemen und Aufgaben und die Vernachlässigung von Ansichten und Meinungen in der Öffentlichkeit.⁸²

Gerd Bacher wird Generalintendant. Bacher, der Jahre zuvor als Chefredakteur des *Bildtelegraf* bereits Versuche gravierender politischer Einflußnahme seitens der ÖVP⁸³ und danach als Chefredakteur des Nachfolgeblattes *Express* auch solche durch die SPÖ⁸⁴ erfahren mußte, beginnt seine Tätigkeit mit einer radikalen Depolitisierung, er lehnt die Weiterarbeit mit den bislang aktiven vier Direktoren – Josef Scheidl und Alfons Übelhör von der ÖVP und Gerhard Freund und Wilhelm Füchsl von der SPÖ – kategorisch ab.⁸⁵ "Man kann", so Bacher, "eine Reform nicht mit Leuten durchführen, die für

Bruno Pittermann; zit.n.: Viktor Ergert; 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd. III, S. 196 f.

⁷⁸ s. Ergert: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd. III, S. 209.

⁷⁹ Rede von Bruno Kreisky am Parteitag der SPÖ, 12. Juni 1970; in: Zukunft, H. 13, Jg. 1970, S. 1.

⁸⁰ s. Ergert: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd. III, S. 216.

s. Andics/Ergert/Kriechbaumer: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd. IV, Salzburg - Wien 1985, S. 7ff.

Glaser: Am Beispiel des Rundfunks, a. a. O., S. 40.

⁸³ s. Fritz Molden: Besetzer, Toren, Biedermänner. Ein Bericht aus Österreich 1945-1962, Wien - München -Zürich - New York 1980. S. 260.

s. Molden: Besetzer, Toren, Biedermänner, S. 322.

Andics/Ergert/Kriechbaumer: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd. IV, S. 14.

19

den reformbedürftigen Zustand verantwortlich sind";86 eine überaus drastische Absage, nicht so sehr an die beiden Parteien als an ihre Medienpolitik, an die bisher gepflogene Regierungsnähe:

Der demokratische Standard eines Landes hängt vom Ausmaß der öffentlichen Kontrolle ab. Öffentliche Kontrolle vermögen nur mündige Staatsbürger auszuüben. Mündig sind nur informierte Staatsbürger. In Österreich herrscht ein geradezu traditioneller Informationsnotstand. Von der informationsfeindlichen Monarchie führte der Weg über das Bürgerkriegsklima der Ersten Republik in die Diktatur österreichischer und importierter Machart. Die darauffolgende Koalition tat zwar vieles zum Wohle des Landes, aber wenig zur Aufklärung seiner Bürger. Sie war wie ein Landesfürst, der selbst am besten weiß, was für die Untertanen gut ist. 87

Konstitution zwischen Parteidogmatik und öffentlicher Aufgabe

Diese Niederlage der zentralistischen Medienpolitik hat sich indessen auch schon im Rahmen einer langjährigen Grundsatzdebatte am sozialistischen Pressesektor abgezeichnet. Auch hier hat man manche Signale überhört und falsche Dogmen gepflegt.

Mit voranschreitendem Wiederaufbau, dem sich entfaltenden Wirtschaftswunder und zunehmendem Wohlstand in der österreichischen Bevölkerung tritt die sozialistische Gesellschaftsvision zusehends in den Hintergrund; auch der Erziehungsanspruch büßt im Zeitalter der anbrechenden Konsumgesellschaft seine Fundamente ein. Das sozialistische Ideal - nach dem Bruch mit der Linken ohnehin nur noch ein Rudiment - gerät unter die Räder der marktwirtschaftlichen Wirtschaftskraft. Das Parteiprogramm der SPÖ aus dem Jahr 1958 bringt eine definitive Absage an Marx. Wohlstand heißt das neue Schlagwort, hinter dem sich eine schleichende Verwestlichung verbirgt, Modernisierung der Mythos, dessen man sich als Motor des Wirtschaftswunders bedient. Pragmatismus diktiert die Politik auch der SPÖ, der ideologische

Gesellschaftsordnung entpuppt sich als unumgehbar. Die Folgen sind Entideologisierung und Verbürgerlichung, wie Hermann Mörth sagt. Die langjährige Koalitionsregierung, aber auch die taktische Absicht der SPÖ, sich zu einer sozialistischen Volkspartei zu erweitern, ⁸⁸ um über eine demokratische Mehrheit zur ungeteilten Regierungsverantwortung

Kompromiß mit der bürgerlichen

"Während solche Fragen früher meist aus dem gegnerischen Lager kamen," schreibt Karl Czernetz,

zu gelangen, führen dazu, daß das ideologische

Erbe nun offen in Frage gestellt wird:

tauchen sie jetzt doch auch in den eigenen Reihen auf. Da gibt es Kritiker, die finden, daß Inhalt und Methoden der Arbeiterbildung, Theorien und Programme der Arbeiterbewegung längst von der Wirklichkeit überholt worden sind und eine allgemeine Veränderung dringend erforderlich wäre. So rät man uns, die Eierschalen der utopisch-revolutionären Frühzeit abzustreifen, die überholten sozialistischen Grundsätze abzuwerfen, den sozialistischen Charakter unserer Partei aufzuheben. Man empfiehlt uns die Entideologisierung, die Beschränkung auf die tagespolitische Realität, die Anpassung an die gegenwärtige, von uns doch ohnehin schon so stark beeinflußte Gesellschaft. "89

Mit der ideologischen Defensive geraten auch die klassischen Medienkonzepte ins Hintertreffen. Die von den westlichen Besatzern gegründeten Zeitungen sind als Basis einer unabhängigen Presselandschaft aufgebaut worden, welche sich nun entfaltet und die bislang protektionierte Parteipublizistik gehörig unter Druck setzt. Ideologischer Anspruch oder Reichweite, lautet die zentrale Frage. Infolgedessen entspinnt sich ein Grundsatzdiskurs über die Legitimität der Parteipresse. Oscar Pollak beharrt auf dem ideologischen Anspruch, obgleich er die Zeichen der neuen Zeit in der fortschreitenden Entideologisierung sieht:

"Aber es wäre ganz falsch, daraus den Schluß zu ziehen", schreibt er hinsichtlich der sozialistischen Presse,

⁸⁶ Gerd Bacher; zit. n.: Andics/Ergert/Kriechbaumer: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd. IV, S. 15.

Bacher; zit. n.: Andics/Ergert/Kriechbaumer: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd. IV, S. 61 f.

⁸⁸ s. Hans Werbik: Den Dingen auf den Grund gehen; in: Zukunft, H. 23, Jg. 1964, S. 8.

Karl Czernetz: *Hundert Jahre Arbeiterbildung*; in: *Zukunft*, H. 23/24, Jg. 1967, S. 3.

medien 8 zeit 3/99

daß sie etwa selber ihre Politik, ihre sozialistische Betrachtungsweise als eine

bittere Medizin empfinden soll, die man dem Leser womöglich unbemerkt, in kleinen Dosen und sehr verzuckert beibringen müsse. Die sozialistische Presse soll sich ihrer politischen Funktion nicht schämen und nicht versuchen, den Sozialismus heimlich zu vertreten.⁹⁰

er stete Reichweitenverlust der klassischen Parteipresse beginnt jedoch innerhalb der Partei einen Umdenkprozeß hinsichtlich pressepolitischer Konzepte in Gang zu setzen. Anstelle der im Sterben begriffenen, gesinnungstreuen Parteipresse sollen vordergründig unabhängige Boulevardblätter den verlorengehenden Einfluß zurückgewinnen. Einen Gutteil der Redaktion des Bildtelegraf beerbend, erfolgt 1958 die Gründung des Express, eines Boulevardblatts, das von Gerd Bacher relativ unabhängig geführt wird.91 zur Hälfte aber im Besitz der SPÖ ist. Die Partei kauft sich am Boulevard ein; man gibt dem Zeitgeist nach, verfolgt eine Entideologisierung, um wieder an Reichweite zu gewinnen.

1959 beginnt der Aufstieg der Kronen Zeitung, der nicht getrennt vom Schicksal der parteieigenen Zeitungen zu sehen ist, ja vielmehr auf deren Niedergang zurückzuführen ist. Ihr Chefredakteur Hans Dichand zitiert genüßlich einen der ersten Leserbriefe, der die herrschende Abneigung gegenüber der zeitgenössischen Parteipresse - wohl auch seine eigene - sehr bezeichnend illustriert. Poldi W. aus Wien II habe demnach über die wiedererscheinende Kronen Zeitung gedichtet:

Wir hoffen, daß sie fortsetzt die Tradition und nicht schreibt nach der schwarz-roten Koalition! Wir wollen sie streng, gerecht und wahr!⁹²

Gleichgültig, ob wahr oder nur gut erfunden, liegt darin vielleicht doch das sprichwörtliche Körnchen Wahrheit. Der Leserschaft Suche nach der Wahrheit mag als Absage an die Wahrheit der Machthabenden gelesen werden. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, doch die *Kronen Zeitung* scheint durch ihre deklarierte (Partei-)

90 Oscar Pollak: Meinungspresse und Massenpresse; in: Zukunft, H. 7, Jg. 1957, S. 191.

20

Unabhängigkeit so manches Parteiblatt als Sprachrohr des Volkes zu beerben:

Natürlich ist eine solche Publikation nach außen hin "unabhängig", " schreibt Josef Hindels, "frei von Parteisekretariaten und Parteidoktrinen. Diese Freiheit erinnert - man verzeihe den Vergleich - an die Freiheit einer Prostituierten, die den Ehefrauen spöttisch zuruft: "Seht mich an, wie frei, wie unabhängig ich auf den Strich gehe. Schämt ihr euch nicht, an einen Mann gebunden zu sein?" Zu den besonderen Merkmalen dieser Prostituiertenfreiheit gehört es, daß man nie genau weiß, mit wem sie es eigentlich treibt.

Der Boulevard entwickelt sich bei den Vertretern der Partei, die sich der überkommenen Arbeiterbildung verpflichtet fühlen, wie eben Josef Hindels, zum zentralen Objekt der Kritik, bewirke er doch - ähnlich diversen anderen destruktiven Vergnügungen - eine dem sozialistischen Erziehungsanspruch gegenläufige Entwicklung, nämlich die geistige Verelendung der Leserschaft:

"Aufgabe der sozialistischen Presse ist es," fordert Hindels streng,

diesen geistigen Pauperismus schonungslos zu bekämpfen, und nicht etwa den Versuch zu machen, sich den "modernen" Boulevardblättern anzupassen. Das bedeutet: Die sozialistische Presse muß sauber, anständig, grundsatztreu bleiben - auch wenn das von jenen, die nur mehr kommerziell denken können, mit altmodisch, mit geschäftsuntüchtig verwechselt wird.⁹⁴

Was aber nützt die beste Parteizeitung, wenn sie mangels Leserschaft zum bloßen Funktionäreblatt herabsinkt? Diese Frage hängt wie ein Damoklesschwert über der Partei. Reichweite bedeutet schließlich Werbeeinnahmen und damit wirtschaftliche Überlebensfähigkeit; ein Marktgesetz, das für so manchen klassisch orientierten Theoretiker einen unauflöslichen Widerspruch zum originären sozialistischen Auftrag darstellt. Die Presse sei - laut Liwanec - dadurch in Gefahr, "weniger Wissens- als Werbeträger" zu werden. Durchaus bezeichnend, die Anekdote

s. Molden: Besetzer, Toren, Biedermänner, S. 270.

s. Dichand: Kronen Zeitung, S. 204.

Josef Hindels: *Marx und die Geschäftspresse*; in: *Zukunft*, H. 6/7, Jg. 1961, S. 183.

⁹⁴ Hindels: Marx und die Geschäftspresse, a. a. O., S. 185.

⁹⁵ Liwanec: Information. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau, S. 65.

21

um Oscar Pollak, der sich, diesem Zwang der Zeit widersetzend, gegen ein in der Arbeiter-Zeitung abgedrucktes Spirituosen-Inserat in einem redaktionellen Artikel mit der Aufforderung an den Leser wendet, die Werbeeinschaltung gar nicht erst zur Kenntnis zu nehmen. Noch kurz vor seiner Ablösung richtet Oscar Pollak einen eindringlichen Appell an die Parteiführung, fordert deren uneingeschränktes Bekenntnis zu einer sozialistischen Presse klassischen Typs:

Uns scheint, daß das Problem der Parteipresse sich lösen lassen muß, wenn die Partei eine Presse haben will, die die Gesinnung bewahrt. Nur wenn sie das nicht will, werden die Apologeten und Agenten der Geschäftspresse recht behalten, die das Ende der Parteizeitungen prophezeien. Nur dann werden die Kommerzjournalisten, die Makler der Meinung und die Wechsler des Wortes den Kampf gewinnen. Dann wird in Österreich ein weiterer Schritt getan sein zur Entchristlichung des katholischen Konservatismus und zur Entseelung des Sozialismus.

Die machtpolitische Versuchung, den Pressemarkt auf breiter Basis zu erschließen, ist letzten Endes aber größer als die von Pollak verlangte Abstinenz. Man entscheidet sich seitens der SPÖ für den Boulevard.⁹⁸ Das Engagement

hat mehrere Gesichter. Der erwähnte *Express* ist eines davon, ihm folgt unter anderem 1967 die *Neue Zeitung* der SPÖ Wien. ⁹⁹ Man beginnt, dem bürgerlichen Pressesystem ein sozialistisches Gegensystem entgegenzustellen, welches sein Pendant mit den eigenen Waffen bekämpfe. Am Ende steht eine obskur anmutende Theorie der drei Kampfsäulen, wonach die *Arbeiter-Zeitung* die sozialistische Antwort auf die *Presse*, der *Express* auf den *Kurier* und die *Neue Zeitung* auf die *Kronen Zeitung* sei. ¹⁰⁰

Die Jagd nach dem Massenpublikum bringt nicht den erwünschte Erfolg, allerdings die völlige Aufgabe ideologischer Positionen. Aus der Forderung nach einem sozialistischen Boulevardblatt wird die nach irgendeinem Boulevardblatt. Hauptsache, die Reichweite ist entsprechend groß. Die dahinter stehende Geisteshaltung kristallisiert sich

schließlich im sozialistischen ÖGB-Präsidenten Franz Olah, jenem "Verfechter dieser entideologisierten Machtpolitik" 101, wie ihn Hermann Mörth bezeichnet. Olah, der 1959 ohne Zustimmung der sozialistischen Parteileitung mit Gewerkschaftsgeldern die Kronen Zeitung mitbegründet 102 und 1960 auch den Express unter seine Kontrolle bringt, 103 scheitert letztlich bei dem Versuch, sich seine eigene Medienhausmacht zu schaffen. Ein Erfolg am Boulevard bleibt jedoch auch der Partei versagt. Einst relativ unabhängiges Blatt, geht der Express, Fritz Molden zufolge, an einer zusehends enger werdenden Parteibindung zugrunde. 104 Massenreichweite und Parteilinie vertragen sich nicht. Und auch die Versuche seitens der SPÖ, die Kronen Zeitung im Zuge der Olah-Affäre "auszuräuchern", 105 wie dies die AZ zu nennen pflegt, sie mittels Gerichtsbeschluß angesichts der bevorstehenden Wahlen

ruhigzustellen, um sie danach in ÖGB-Eigentum überzuführen, bringen keinerlei medienpolitischen Profit. Der tobende Zeitungs-

krieg, in den die Partei nun verstrickt ist, verweist eher darauf, daß sie ihr ureigenstes Terrain weit hinter sich gelassen hat. Der Fall Olah ist nur Symptom.

Die Presse sei in Gefahr,

"weniger Wissens- als

Werbeträger" zu werden

Auch das Flaggschiff der sozialistischen Presse, die *Arbeiter-Zeitung*, bleibt vom einsetzenden gesellschaftlichen Wandel natürlich nicht verschont. Die Hausse, die sie als Kampfblatt gegen Übergriffe der alliierten Besatzer erfuhr, ist mit der Besatzungszeit zu Ende gegangen, ihre sozialistische Mission wird in den folgenden Jahren zusehends in Frage gestellt. Leserschwund und finanzielle Schwierigkeiten verlangen dringend nach Reaktionen, personell wie konzeptionell. Pollak tritt als Chefredakteur ab, die Aura des Kampforgans weicht einer inhaltlichen Auflockerung. Sein Nachfolger

s. Pelinka/Scheuch: 100 Jahre AZ, S. 152.

Oscar Pollak: Zeitung, Gesinnung und Geschäft; in: Zukunft, H. 8, Jg. 1961, S. 215.

s. Venus: "Wir sind wieder da", a. a. O., S. 17.

⁹⁹ s. Feldinger: Parteien und Parteipresse, S. 118.

Pelinka/Scheuch: 100 Jahre AZ, S. 177.

Mörth: Trennung von Partei- und Staatsfunktionen, a. a. O., S. 7.

s. Pelinka/Scheuch: 100 Jahre AZ, S. 166.

s. Molden: Besetzer, Toren, Biedermänner, S. 322.

ebd., S. 323.

s. Dichand: Kronen-Zeitung, S. 255.

ist Franz Kreuzer, aus der *Arbeiter-Zeitung* wird die *AZ*. Paul Blau,

der seinerseits fünf Jahre später Kreuzer ablösen wird, attestiert seinem Vorgänger, eine Mischformel gefunden zu haben, "um einerseits gediegene Information zu vermitteln und sozialistische Standpunkte zu vertreten, andererseits aber doch auch leichtere Kost zu bieten."¹⁰⁶ ein Umstand, den Friedrich Keller in London recht besorgt zur Kenntnis nimmt, so fordert er eindringlich das "Aufgeben des grauslichen und unwürdigen Konkubinats von politischem Zentralorgan und Boulevardblättchen".¹⁰⁷ Und Pollak:

Im ganzen hat die 'Anpassung' des Inhalts zu einer Senkung des Niveaus geführt. Aus einem Blatt, das einmal Geschichte gemacht hat, ist ein Blatt geworden, das Geschichten vorzieht.¹⁰⁸

Kreuzer spekuliert aber nicht bloß mit spektakulären Boulevard-Geschichten, er versucht demgegenüber auch, mit der AZ vermehrt einer öffentlichen Aufgabe gerecht zu werden. In seinen August-Gesprächen¹⁰⁹ mit führenden So-

zialisten spiegelt sich 1966 kurzfristig ein neues journalistisches Selbstverständnis, ein Tendenzwechsel hin zu vermehrter innerparteilicher Trans-

Information gilt zunehmend als Recht der Öffentlichkeit, anstatt wie bisher, als Privileg des Informanten

parenz, ein Experiment, das nach der verlorenen Wahl zum Eklat führt. Die neue Offenheit findet wenig Gegenliebe im Parteivorstand und ist schließlich der Grund für Kreuzers Ablösung. Den alteingesessenen Parteigranden zu kritisch,

muß Kreuzer gehen; er wird, aus dem selben Grund, von Gerd Bacher, der mittlerweile als Generalintendant des Österreichischen Rundfunks den Kampf mit der großen Koalition und gegen deren autokratisches Selbstverständnis aufgenommen hat, mit offenen Armen empfangen.

Der stete Niedergang der Parteipresse mag zum einen wohl Ausdruck der Unzufriedenheit der Wähler mit der großen Koalition sein, die seit Kriegsende ununterbrochen regiert, zum anderen und vor allem aber einer vor sich gehenden Verwestlichung, die am Pressesektor nicht nur Balkenlettern und bildhafte Aufmachung bringt. sondern auch einen in Österreich bisher unterrepräsentierten Zeitungstyp entstehen läßt; einen Zeitungstyp, der sich weniger der traditionellen politischen Meinungspresse verpflichtet sieht als einer objektiven Berichterstattung. Für die Parteiblätter ergibt sich als Schlußfolgerung daraus, die unmittelbare Parteibindung an sich in Frage zu stellen. Als Alternative zur Frage Ideologie oder Boulevard? zeichnet sich eine öffentliche Aufgabenstellung im Sinne des Broda´schen Pressegesetzes ab, auch wenn der Parteivorstand nach wie vor gegen eine derartige Öffnung ankämpft. Der sozialistische Gewerkschafter Günther Nenning, der auch den Rundfunk vom Regierungseinfluß zu befreien trachtet, um ihm eine öffentliche Aufgabe zu geben, plädiert für eine solche Lockerung, stelle die

Leserschaft doch

(...) an die Unabhängigkeit einer Zeitung nicht irgendwelche utopisch weitgehende Forderungen. Unabhängigkeit heißt für sie nicht: herausgegeben und geschrieben von Leuten, die keinerlei politische Meinung haben; sie wollen nur (...) eine Zeitung, in der nicht einfach das steht, was der Parteiapparat für richtig hält.

Sie wollen eine Zeitung mit eigenem Profil, mit Meinungen, die einem selbständigen redaktionellen Prozeß entspringen, und sie wollen vor allem eine Zeitung mit möglichst viel Nachrichten und möglichst wenig vorgefertigter Meinung. 110

Im Gefolge des Einflusses der westlichen Besatzer macht sich auch im Bereich der Parteipresse ein Zeitungsverständnis bemerkbar, das strikt trennt zwischen Bericht und Kommentar, das Information als Wert an sich begreift, im Gegensatz zur bislang vorherrschenden ideologischen Weltinterpretation. Information gilt zunehmend als Recht der Öffentlichkeit, anstatt, wie bisher, als Privileg des Informanten; eine Entwicklung, mit der man in konservativen Kreisen der SPÖ Probleme zu haben scheint. Insbesondere vor dem Hintergrund des Oppositionsgangs im Jahr 1966, als man mit der Regierungsbeteiligung den Zugriff auf den Rundfunk, ja

Paul Blau: Schein und Sein der Presse; in: Zukunft, H. 23, Jg. 1969, S. 29.

¹⁰⁷ Friedrich Keller: Zum Problem der Parteipresse; in: Zukunft, H. 8/9, Jg. 1962, S. 211.

¹⁰⁸ Oscar Pollak: Die denaturierte Parteipresse; in: Karl Ausch (Hg): Pollak Oscar: Kämpfer für Freiheit und Recht, Wien 1964, S. 251.

s. Pelinka/Scheuch: 100 Jahre AZ, S. 170 ff.

Günther Nenning: Wahlschatten; in: Zukunft, H. 10, Jg. 1962, S. 272.

die medienpolitische Initiative insgesamt, verliert, zieht sich die Parteileitung hinsichtlich der sozialistischen Presse auf eine doktrinäre Position zurück. Der schwelende Konflikt zwischen ihr und ihren Journalisten läßt sich in der Folge weder lösen noch unterdrücken. Er bricht aus. Hermann Czekal. Chefredakteur des sozialistischen Linzer Tagblatts, formuliert in einem Memorandum der Journalistengewerkschaft völlig unverblümt:

Alles in allem bin ich der Meinung, daß wir uns mit aller Kraft gegen jede weitere Einschränkung der Meinungsfreiheit wehren müssen, wenn wir nicht endgültig zu Leib-Schreibsklaven der Politiker werden wollen.111

Im Jänner 1967 kritisiert Günther Nenning den sogenannten Maulkorb-Paragraphen¹¹² schärfstens, der, statuarisch im Parteiprogramm verankert, innerparteiliche Opposition verhindern soll. Nenning stellt das Meinungsdiktat im Forum an den Pranger. Mehrere sozialistische Publizisten beziehen offen Position für eine offene Presselandschaft. Das permanente Kampfklima zwischen Partei- und freier Presse müsse beendet werden, sozialistische Publizisten auch in unabhängigen Blättern Stellung beziehen dürfen, mithin auch gegen den Willen der Politiker. Eine Liberalisierungsforderung, die Bruno Kreisky unterstützt und erweitert, wenn er sogar die eigene Presse für fremde Kommentatoren zu öffnen gedenkt:

Unsere Zeitungen sollten regelmäßig auch Autoren offenstehen, die sich nicht zu unserer Partei bekennen. Das ist schon vom Standpunkt der Information nützlich und wichtig: Leser der sozialistischen Presse sollten wohl den Standpunkt der Partei kennen, aber sie sollen sich von diesem Standpunkt aus wirklich orientieren können. Das können sie nur, wenn sie auch benachbarte Standpunkte regelmäßig kennenlernen. Die Vertrauenswürdigkeit der Parteizeitung wird auf diese Weise erhöht. In unserer Zeit gibt es kaum noch einen Menschen, der politische Meinungen unbesehen, ohne kritische Würdigung übernimmt. 113

7 u Beginn des Jahres 1967 löst medien & reit 3/99 Bruno Kreisky den Wahlver-

lierer von 1966, Bruno Pittermann, als Parteivorsitzenden ab, womit sich ein Generationswechsel an der Parteispitze vollzieht, der später auch Auswirkungen auf die sozialistische Medienpolitik haben wird. Vorerst aber bleibt alles beim alten. Die Arbeiter-Zeitung untersteht auch weiterhin dem Parteivorstand statuarisch als sozialistisches Zentralorgan, ihre Reichweitentalfahrt hält an. Paul Blau, der Nachfolger Kreuzers als Chefredakteur, versucht ebenfalls, die AZ aus der verhängnisvollen Anbindung an die Parteileitung zu lösen:

Hohe Funktionäre äußern heute frei ihre persönliche Meinung zu einer Reihe von Problemen, die in der Partei noch zur Beratung stehen, sowohl in der unabhängigen Presse als auch in Rundfunk und Fernsehen, manchmal sogar gegen die bisherige offizielle Linie. Wir begrüßten diese Offenheit, doch die Arbeiter-Zeitung muß aus Gründen der Loyalität Schweigen bewahren, solange kein offizieller Beschluß vorliegt.114

Und sein Resumee:

Der Gedanke, daß einer offenen Partei nur eine offene Zeitung entspricht, die alle ihre Informationen journalistisch verwertet, die ungehemmt Kritik vom sozialistischen oder allgemein humanen Gesichtspunkten ausübt, hat sich noch nicht durchgesetzt. 115

In einem Vertraulichen Reformpapier eines AZ-Redakteurs aus diesen Tagen heißt es, die AZ sei eine "in hohem Maße eine außengelenkte Zeitung", und zwar nicht wegen der strengen politischen Ausrichtung, "sondern weil sie in zunehmendem Maße zum Amtsblatt eines Parteiapparates geworden ist,.. Die Partei fordere "die totale Liebe", den "totalen Respekt für Rathaus, ÖGB und Löwelstraße".116 1970 übergibt Paul Blau die Chefredaktion an Manfred Scheuch.

Bei den Nationalratswahlen 1970 erringt die SPÖ unter Kreiskys Führung die relative, 1971 die absolute Mehrheit. Es tut sich die Chance auf, verlorenes Terrain auch auf medienpolitischer

Hermann Czekal: Memorandum der sozialistischen Fraktion in der Gewerkschaft Kunst und Freie Berufe vom 3. November 1964; in: Forum, H. 157, Januar 1967, S. 64.

s. Forum, H. 157, Januar 1967, S. 61 ff.

Bruno Kreisky; in: AZ vom 17. August 1966.

¹¹⁴ Blau: Schein und Sein der Presse, a. a. O., S. 29.

Blau: Schein und Sein der Presse, a. a. O., S. 30.

Vertrauliches Reformpapier eines AZ-Redakteurs; zit. n.: Venus; "Wir sind wieder da", a. a. O., S. 23.

Ebene zurückzugewinnen. Kreisky hat den Österreichischen Rund-

funk im Visier, aber auch die sozialistische Parteipresse. Er markiert innenpolitisch wie innerparteilich eine Zäsur, was Hermann Czekal euphorisch kommentiert:

Auf zu einer modernen sozialdemokratischen Publizistik! - das sind Forderungen, die bisher nur teilweise und zögernd erfüllt wurden. Bei Kreisky rennt man damit natürlich offene Türen ein, aber bei vielen anderen sozialistisch-republikanischen "Würdenträgern" gibt es noch Bedenken über Bedenken. Solange man jedoch die Presse als persönliches Sprachrohr betrachtet und postuliert, Kritik habe, angeblich im Interesse der Partei, dort aufzuhören, wo der eigene Funktionsbereich beginnt, wird es keine sozialistische Presse geben, die 'bei den Lesern ankommt.¹¹⁷

Die Erkenntnis kommt spät, vielleicht zu spät für die AZ, die als Zentralorgan vom Parteivorstand - auch von Kreisky¹¹⁸ selbst - nur zögerlich aus der Umklammerung entlassen wird. Erst der Reformparteitag von 1976 wird sämtlichen sozialistischen Blättern eine weitgehende redaktionelle Freiheit einräumen:

Über die Mitglieder der SPÖ hinaus soll diesen Zeitungen ein möglichst großer Leserkreis gewonnen werden. Das bedeutet, daß sozialdemokratische Zeitungen keiner wie immer gearteten Hofberichterstattung zu dienen haben, sondern der geistigen Auseinandersetzung und der Widerspiegelung der Meinungsvielfalt. Für sozialistische Journalisten ist die Kommentarfreiheit unter Beachtung der in der SPÖ geltenden Grundsätze selbstverständlich. In die Meinungsvielfalt ist in verstärktem Maße auch die Leserschaft einzubeziehen. Auch den interessierten Lesern soll die Möglichkeit gegeben werden, ihren Standpunkt zu aktuellen Themen in den sozialdemokratischen Zeitungen zu vertreten, auch wenn diese Aussagen nicht immer mit der Meinung der Zeitungen übereinstimmen. 119

Bezeichnend ist die Anerkennung der öffentlichen Aufgabe, auch und gerade am Sektor der Parteipresse. Auch die Parteizeitung gilt nunmehr weniger als Sprachrohr der Partei, denn als Forum des öffentlichen Diskurses. Lakonisch kommentiert Hermann Czekal den eingetretenen Wandel: "Freilich, die Parteipresse alten Stils mit ihren Phrasen und Tabus, ihren "Hofberichten" und Hausmachtrücksichten ist tot!"¹²⁰ Kreisky gibt die klassischen Konzepte der Parteipublizistik auf, muß es tun, nachdem sie unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen nicht mehr zu halten sind. Analog dazu erhält auch der Rundfunk vermehrt öffentliche Verantwortung zugesprochen. Als Bundeskanzler verkündet Kreisky:

Natürlich wird die Bundesregierung die gegenwärtige Gesetzeslage streng beachten, sie wird sich aber nicht davon abhalten lassen, auch hier eventuelle Reformen zu prüfen. Da es für alle Einrichtungen des Staates eine allgemeine und eine öffentliche Kontrolle gibt, glaube ich, daß dies auch für den Rundfunk zu gelten hat. Ich bin der Meinung, daß wir nun ernstlich an eine Demokratisierung des Rundfunks herangehen sollten, an eine Demokratisierung, die den Rundfunkteilnehmern und den im Rundfunk Wirkenden ein echtes Mitbestimmungsrecht gibt. 121

Unüberhörbar ist die Herausforderung an den eigenmächtigen Rundfunk Gerd Bachers, den es wieder unter (sozial)demokratische Kontrolle zurückzuführen gelte. Die Forderung nach Staatsnähe, wie man sie lange Zeit erhob, wird von Kreisky allerdings ad acta gelegt. Das Rundfunkgesetz von 1974 verankert den Österreichischen Rundfunk schließlich als öffentlichrechtliche Anstalt, die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitarbeiter werden gesetzlich geregelt, eine Beschwerdeinstanz sowie die Hörer- und Sehervertretung eingerichtet, im Gegenzug die Stellung des Generalintendanten geschwächt und stattdessen als höchstes Organ ein von verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen, darunter den Parteien, beschicktes Kuratorium eingesetzt.

Kreisky kann es sich zwar ebensowenig wie seine Vorgänger leisten, auf die Möglichkeiten, die moderne Massenmedien bieten, zu verzichten, doch verzichtet er darauf, unmittelbar über sie verfügen zu wollen. Der Weg vom Staats-

Hermann Czekal: Von der Pressemisere zum Pressekonzept; in: Zukunft, H. 8, Jg. 1971, S. 21.

s. Pelinka/Scheuch; 100 Jahre AZ, S. 186.

¹¹⁹ Resolution des Parteitages der SPÖ 1976; zit.n.: Pelinka/Scheuch; 100 Jahre AZ, S. 188.

¹²⁰ Czekal: Von der Pressemisere zum Pressekonzept, a. a. O., S. 21.

Rede von Bruno Kreisky am Parteitag der SPÖ, 12.Juni 1970; in: *Zukunft*, H. 13, Jg. 1970, S. 1.

kanzler Karl Renner, der seinerzeit dafür plädierte, das Berufsliteratentum zu wirklicher Parteiarbeit anstatt zu hochmütiger Überheblichkeit zu erziehen, zum Medienkanzler Bruno Kreisky, der die sozialistische Presse auch Autoren öffnen will, die sich nicht zur SPÖ bekennen, spiegelt insofern einen paradigmatischen Wandel wider: während man Karl Renner nachsagen kann,

Der Autor

Mag. Wolfgang Pensold (1967)

Dissertant am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien; Mitarbeiter an verschiedenen Forschungsprojekten

er habe Medienpolitik aus der
Perspektive des Staatsmannes
betrieben, gilt für Bruno
Kreisky wohl das Gegenteil,
betreibt er doch eher Staatspolitik aus der Sicht der Medien

Publizistik-Shop

Ein Buch-Shop des WUV

Willkommen in der Welt des Wissens

Fachbücher und Skripten

- Rezeptionsforschung
- Journalismus
- Radio
- Film und Fernsehen
- Neue Medien
- Medien allgemein
- PR und Werbung
- Medienpädagogik
- Technologie und Ökologie
- Recht
- Information und Dokumentation
- Kultur und Cultural Studies
- Gender
- Theorie
- Philosophie und Semiotik
- Medienpsychologie

Publizistik-Shop

1180 Wien

Kutschkergasse 23 Tel.: 407 77 80

Öffnungszeiten Mo-Fr 9.30 bis 17 Uhr

Copycards

Mit *einer* WUV | Copycard kannst Du sämtliche Kopiergeräte am Institut sowie 200 weitere in ganz Wien (z.B. an der UB) benutzen.

26

"Zampano tritt auf"

Bruno Kreisky und die Medien: eine Spurensuche Christian Dickinger

Also ich muß Dir sagen, Du ahnst nicht, wie wenig Zeitung ich lese und wie wenig Fernsehen ich schaue, aber wie wichtig mir die Medienfrage ist.

Kreisky¹

"Kommunikationsprobleme ..." -Große Koalition und Alleinregierung Klaus

ie Niederlage der Sozialisten bei den Nationalratswahlen vom 6. März 1966, welche der ÖVP unter Josef Klaus (geb. 1910) mit 48,35% der Stimmen eine absolute Mehrheit an Mandaten brachte, führte nach einem längeren innerparteilichen Diskussionsprozeß dazu, daß Bruno Kreisky am 1. Februar 1967 entgegen den Intentionen des Parteiestablishments in einer "verdeckten Kampfabstimmung" zum SPÖ-Vorsitzenden gewählt wurde. Der überaus einflußreiche Zweite Nationalratspräsident Karl Waldbrunner (1906-1980), der selbst als Kandidat im Gespräch war, aufgrund seines Gesundheitszustandes jedoch nicht mehr zur Verfügung stand, war damals gegen Kreisky, weil dieser sich zu sehr "von Stimmungen tragen lassen würde" und sich in einzelnen Fragen "dem Einfluß der Medien allzu stark aussetzen könnte".2 Wesentlich heftiger fiel die Kritik am Kandidaten Kreisky seitens Anton Benyas (geb. 1912) aus, der sich in starken Worten über die um sich greifende Tendenz erregte, Politik über die Medien

zu machen bzw. interne Auseinandersetzungen über unabhängige Zeitungen austragen zu wollen. Auf ein Interview mit einer großen deutschen Tageszeitung, der FAZ, anspielend, die Kreisky zu seiner Einschätzung hinsichtlich seiner Kandidatur als SPÖ-Vorsitzender befragt hatte, rief der Gewerkschafter Benya den Delegierten des Parteitages zu: "Genossinnen und Genossen? Wo ist die Berechtigung,

solche Interviews zu geben?"³ Bereits zuvor führte der Umstand, daß Kreisky in den Medien mehr oder weniger deutlich die Ablöse des Parteiobmannes Bruno Pittermann (1905-1983) gefordert hatte, "zum de facto Hinauswurf aus der Parteizentrale in der Löwelstraße".⁴

Unter Kreiskys Vorgänger Pittermann, einem hochqualifizierten Parlamentarier und brillanten Redner, der 1957 dem zum Bundespräsidenten gewählten Parteivorsitzenden und Vizekanzler Adolf Schärf (1890-1965) nachgefolgt war, hatte sich die SPÖ in einem ideologischen Ghetto verloren, was zur Folge hatte, daß seitens der Parteispitze die Konsequenzen sozialistischer Politik oft falsch eingeschätzt wurden (Habsburg-Krise, Fußach-Affäre, KPÖ-Wahlempfehlung). Vor allem aber ist an die "Olah-Krise" von 1964 zu erinnern.5 Ohne auf die eskalierenden Ereignisse dieses Jahres eingehen zu können, verdient es festgehalten zu werden, daß Franz Olah (geb. 1910) offiziell wegen "Mitarbeit an nicht-sozialistischen Presseerzeugnissen ohne Einvernehmen mit dem Parteivorstand" verwarnt wurde und aufgrund dieses lächerlichen Vorwurfes als Innenminister demissionieren mußte. Sein Sturz hatte u. a. in den inkriminierten finanziellen Transaktionen insbesondere rund um die Gründung der Kronen-Zeitung zwar ihren unmittelbaren Anlaß, die Ursachen sind freilich woanders zu suchen. Für die Gegner Olahs in der SPÖ waren diese mit Gewerkschaftsgeldern finanzierten Machenschaften, die der populäre Politiker ohne Rücksprache mit der ÖGB- bzw. Parteiführung auf eigene Faust unternommen hatte, der willkommene Anlaß,

¹ Kreisky zum Journalisten Steinmayr, zit. n.: Uri Avneri/Manuel Lucbert/Jochen Steinmayr/Kurt Vorhofer: Bruno Kreisky in den in- und ausländischen Medien (Diskussion), in: Werner Gatty u. a. (Hg.): Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970-1983, Innsbruck -Wien 1997, S. 139 ff, hier S. 147.

² Heinz Fischer: *Die Kreisky-Jahre 1967-1983*, Wien 1993, S. 38.

³ Fischer, S. 40.

⁴ Oliver Rathkolb: *Die Kreisky-Ära 1970-1983*, in: Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.): Österreich im 20. *Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Bd.2*. Wien - Köln - Weimar 1997, S. 311.

s. Helmut Konrad/Manfred Lechner: "Millionenverwechslung". Franz Olah. Die Kronenzeitung, Geheimdienste, Wien - Köln - Weimar 1992, s. a.: Werner Pleschberger: Die "Olah-Krise": Politische Probleme der Modernisierung des österreichischen Parteiensystems in den sechziger Jahren, in: Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hg.): Das österreichische Parteiensystem, Wien - Köln - Graz 1988, S. 695 ff.

Während Kreisky im Jahre 1966 einen bis dahin singulären Schritt setzte, indem er den *Spiegel*

zu einer TV-Diskussion herausforderte, konnte das Hamburger Nachrichtenmagazin im Jahr darauf über den hölzernen Bundeskanzler Klaus schreiben, dieser "raucht nicht wie Raab, trinkt nicht wie Figl, witzelt

um den gefürchteten Gegner entmachten zu können. Olahs mangelnde ideologische Substanz und sein Populismus waren für seine zahlreichen Feinde eine willkommene Angriffsfläche, es dauerte nicht lange und dem mehrfach als "faschistoid" apostrophierten Olah wurde zum Vorwurf gemacht, er wolle die SPÖ in eine "Führerpartei" transformieren. Wahr ist jedoch auch, daß sich Olah der *Kronen-Zeitung* zu bedienen wußte, um zum Beispiel gegen Anton Benya Stimmung zu machen.

Hinter den vorgeschobenen Gründen verbargen sich handfeste ideologische und machtpolitische Interessen, wobei es nicht nur um den Parteivorsitz, sondern auch um die Positionierung der SPÖ ging. Sollte man auf Personalisierung oder Programmatik setzen? Wie sollte man sich

gegenüber den Massenmedien verhalten, welche Bedeutung hatten sie ...? Olah war eine schwer berechenbare, charismatische Führerfigur, ein begabter Populist, der früher als alle anderen die zukünftige Bedeutung der Massenmedien erkannte. Der ehemalige ÖGB-Präsident ist als Person gescheitert, seine

Strategien hingegen nicht. Im Gegenteil, es waren zumindest in Grundzügen diese Strategien (so auch die Annäherung an die FPÖ oder Gespräche mit der katholischen Kirche), die sich - freilich nunmehr von der strafrechtlichen Dimension befreit - im späteren Erfolg Kreiskys inkarnierten. Pittermann, dem es 1959 gelungen war, die SPÖ zur stimmenstärksten Partei zu machen, ein Erfolg, der jedoch aufgrund des damals geltenden Wahlrechts ebenso wie 1953 keine Mehrheit an Mandaten brachte, war ursprünglich als Reformer angetreten, aber er wurde auf eine beinahe tragische Weise von den Entwicklungen überholt. Seine Sache war die geschliffene Rede im Hohen Haus, er beherrschte jede Finte des beinharten Verhandlers, mit (nicht-parteigebundenen) Medien konnte er freilich nichts anfangen, Pittermann pflegte stets Distanz zu Journalisten zu halten.

Doch auch Bundeskanzler Josef Klaus, der gemeinsam mit seinem Generalsekretär und späteren Vizekanzler Hermann Withalm (geb. 1912) eine neue Politik der Sachlichkeit einleitete, eine "Verwissenschaftlichung der Politik", war in der einsetzenden Ära der Personalisierung ein Auslaufmodell. "Dabei brachte er, der braungebrannte Schifahrer und Bergsteiger - die Opposition spottete über den Supersportler der Nation - einiges an pu-

blikumswirksamer Ausstrahlung mit, das freilich durch die oberlehrerhaften Gebärden durchkreuzt wurde", analysierte der Historiker Ernst Hanisch. Klaus, der "echte Österreicher", welcher seine Regierungstätigkeit mit einer Messe im Bundeskanzleramt beginnen ließ, fühlte sich vor den Fernsehkameras gehemmt, ja regelrecht scheu, während Kreisky zur Hochform auflief, sobald sich ihm ein Kamerateam näherte. Die Alleinregierung Klaus hatte, möchte man eine "Bilanz"⁷ ziehen, neben der Tatsache, daß sie einfach über kein mit der neuen Zeit bzw. deren Herausforderungen korrespondierendes Konzept verfügte, u. a. ein exorbitantes Kommunikationsproblem, sie scheiterte nicht zuletzt an ihrem Unvermögen, sich dem Wähler "verkaufen" zu

> können. Zudem verkannte der ebenso idealistische wie pedantische Christdemokrat die im Fluß befindlichen Rahmenbedingungen,

während er mit seinem Slogan einer "Demokratisierung der Politik" warb, übersah er völlig, daß der von Kreisky erkannte soziale Wandel längst nach einer "Demokratisierung der Gesellschaft" rief. Schon 1954 (!) hatte Kreisky vor Diplomaten erklärt, man müsse "die gesamte Gesellschaft mit Demokratie durchfluten lassen".

Eine "Verwissenschaftlichung der

Politik" war in der einsetzenden

Ara der Personalisierung

ein Auslaufmodell

⁶ Ernst Hanisch: Josef Klaus, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995, S. 302. Altbundeskanzler Klaus schrieb bemerkenswert selbstkritische Memoiren, in welchen er auch auf seine mangelnde mediale Wirkung bezug nahm; vgl. Josef Klaus: Macht und Ohnmacht in Österreich. Konfrontationen und Versuche, Wien 1971. Zur ÖVP-Alleinregierung s. a. die einzelnen Beiträge bei Robert Kriechbaumer u. a. (Hg.): Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995.

Norbert Leser: Bilanz der Ära Klaus 1966-1970, in: Kriechbaumer, S. 27 ff.

nicht wie Gorbach". Die Sprache des Josef Klaus war eine "unhi-

storisch-technische", auf Journalistenfragen antwortete er direkt und nicht selten unwirsch, Kreisky hingegen "richtete" sich die Fragen "her", wich aus, schweifte ab - und die wohlbekannte Einleitung seiner sogenannten "Wortspenden", das sonore - "Ich bin der Meinung …" - hatte für manche Journalisten am Höhepunkt von Kreiskys Einfluß und Popularität beinahe den Charakter der Infallibilität. "Er ist hingetreten vor ein paar Journalisten und hat geredet - mit wunderbarer Stimme - Kreisky mit Fistelstimme wäre undenkbar gewesen", meinte

Kurt Vorhofer von der Kleinen Zeitung einmal. Vor dem Hintergrund der legendären Langsamkeit seines Wortflusses wurde folgende Anekdote über eine

Kreisky war bereit, für Journalisten "Tag und Nacht" telephonisch zur Verfügung zu stehen

Radiosendung geprägt: "Sie hören nun eine Ansprache von Bundeskanzler Bruno Kreisky. Zwischen den einzelnen Worten hören Sie Marschmusik!" Kreisky rechtfertigte seine langsame Sprechweise folgendermaßen:

Ich habe (...) immer die Ansicht vertreten, daß man sich (...) bewußt sein muß, so zu reden, daß man verstanden wird. Und das ist eine der Ursachen, warum ich so langsam rede, weil ich weiß, wie viele Leute auf das Radio angewiesen sind und wie hastig das Wort vorbeifliegt. Deshalb habe ich den Menschen Zeit lassen wollen zum Nachdenken. (...) Das gesprochene Wort ist wie eine Kugel aus dem Lauf - man kann es nicht mehr zurückholen.⁸

Kreisky war bereit, für Journalisten "Tag und Nacht" telephonisch zur Verfügung zu stehen", sein regelmäßiges "Presse-Foyer" nach den Sitzungen des Ministerrates wurde zum Ritual der Selbstinszenierung. Bald schon nannten sie ihn "Sonnenkönig", später war er nur noch "der Alte". Gerfried Sperl, der Chefredakteur des *Standard*, analysierte die Situation jener Jahre wie folgt:

Der "rote Kakadu" las jeden Dienstag nach dem Ministerrat das politische Hochamt medial vervielfältigt. Während Klaus des morgens in die Berlitz School eilte, telephonierte Kreisky im Bett. Klaus konnte sich über etwas empören, Kreisky grantelte und attackierte sprachlich (...). Begreiflich ist der Ärger Kreiskys im letzten Jahr seiner Regierung, als Oppositionschef Alois Mock im Belvedere und in einem City-Palais quasi-staatliche Erklärungen abgab. Ein Rivale pfuschte in den Habsburg-Mythos, in die Licht-Metaphysik."¹⁰

Eine der bedeutendsten Reformen der ÖVP-Alleinregierung war die Rundfunkreform von 1967,

welche erstmals die Voraussetzungen für eine unabhängige Berichterstattung im Fernsehen und im Rundfunk schuf. Der ORF galt zuvor "als der Inbegriff und Ausdruck des Proporzsystems, wie es sich durch die große Koalition zwischen ÖVP und SPÖ herausgebildet hatte"¹¹. Für beide

Großparteien galt ein Satz des SPÖ-Abgeordneten Kratky aus dem Jahre 1963: "Für uns sind Rundfunk und Fernsehen Machtfragen!"12 Während nach der Reform der sogenannte "News-Wert" als primäres Selektionskriterium fungierte, wurde zuvor die den Großparteien gewidmete Sendezeit mit der Stoppuhr gemessen, eine regelrechte "Informationsexplosion" war die unmittelbare Folge. Nutznießer des Rundfunkgesetzes war aber nicht die ÖVP, sondern die oppositionelle SPÖ, der es gelang, "besser zu artikulieren, mehr News zu setzten, echte politische Ereignisse zu präsentieren"¹³. Durch die Domestizierung des Proporzes im Rundfunk, der nun relativ unabhängig war, nahm der öffentliche Diskurs eine neue Qualität an. Wenngleich zunächst noch verhalten, so entwickelte sich im ORF doch ein gewisses Maß an antiau-

Bruno Kreisky: Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, (hrsg. von Oliver Rathkolb, Johannes Kunz und Margit Schmidt), Wien 1996, S. 81.

⁹ Ein Auszug aus dem öffentlichen Telephonbuch des Jahres 1973 - "*Kreisky Bruno, Dr 19 Armbrustergasse 15 (371236)*" - wurde abgedruckt in: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.): *Bruno Kreisky. Seine Zeit und mehr,* Wien 1998, S. 228.

Gerfried Sperl: Die Sprache der Zweiten Republik, in: Wolfgang Mantl (Hg.): Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien - Köln -Graz 1992, S. 289.

Hans Heinz Fabris: Das österreichische Mediensystem, in: Heinz Fischer (Hg.): Das politische System Österreichs, Wien 1982, S. 518, s. a. Hermann Stöger: Schwarze Welle - Roter Schirm. Der Proporz am Beispiel Rundfunk, Wien - Melk 1965.

zit. n.: Ludwig Reichhold: *Geschichte der ÖVP*, Graz - Wien - Köln 1975, S. 391.

Franz Kreuzer, zit. n.: Wolfgang C. Müller: Parteien zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Medienzwängen, in: Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): Politische Kommunikation. Grundlagen. Strukturen. Prozesse, Wien 1986, S. 108.

toritärer Kritikfähigkeit, was naturgemäß vor allem der regierenden ÖVP schadete. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die SPÖ im Bereich der Printmedien gegenüber der ÖVP stets im Nachteil war, da die parteipolitisch nicht gebundenen Medien eindeutig bürgerlicher Provenienz bzw. Ausrichtung waren. ¹⁴ Kreisky hatte bereits als Oppositionsführer begonnen, ein neues Kapitel im Verhältnis seiner Gesinnungsgemeinschaft zu den bürgerlichen Medien aufzuschlagen, indem er dem Prinzip der "Lager-Öffentlichkeit", dessen historisches Scheitern Kreisky stets im Hinterkopf hatte, ein Ende bereitete und die SPÖ nach allen Seiten hin öffnete.

Exkurs

ei den Nationalratswahlen vom 1. März B 1970 konnte die SPÖ mit dem Slogan "Wählen Sie das moderne Österreich", hinter welchem sich eine Reihe von Modernisierungsprogrammen verbarg, erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik die relative Mehrheit an Mandaten gewinnen und somit den Anspruch auf das Amt des Bundeskanzlers stellen. Nachdem die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP erfolglos abgebrochen werden mußten, entschied sich Kreisky für das Experiment einer Minderheitsregierung, die von Bundespräsident Franz Jonas am 21. April 1970 angelobt wurde. Das sozialistische Minderheitskabinett wurde von der FPÖ unterstützt, welche die Duldung des Kabinetts Kreisky I von einer ohnehin längst fälligen Wahlrechtsreform abhängig gemacht hatte.¹⁵ Da die Freiheitlichen sich vom neuen, gerechteren Wahlrecht Vorteile erhofften, stimmten sie im Juli 1971 mit der SPÖ für Neuwahlen, die für den 10. Oktober 1971 angesetzt wurden. Entgegen den Erwartungen der ÖVP, deren Funktionäre überzeugt waren, daß die Minderheitsregierung und damit die Mehrheit der SPÖ bald "auf dem Misthaufen der Geschichte" landen

würde, erreichten "Kreisky und sein Team" bei den Nationalrats-

wahlen vom 10. Oktober 1971 mit 50,04 % der Stimmen bzw. 93 Mandaten die absolute Mehrheit. Wie dominant Kreisky in den Köpfen der Menschen bereits damals war, dokumentiert folgende Episode: Karl Blecha, der spätere Zentralsekretär, ließ nach dieser Wahl eine Umfrage durchführen, bei welcher nach dem am besten in Erinnerung gebliebenen Plakat gefragt wurde. Die Majorität antwortete: "Das mit dem Kreisky!" Alleine - die SPÖ hatte 1971 kein einziges Plakat mit Kreisky affichiert... Bei den Wahlen vom 5. Oktober 1975, welche die SPÖ mit dem Slogan "Kreisky, wer sonst?" bestritt, konnte der Mandatsstand gehalten werden, am 6. Mai 1979 gelang den Sozialdemokraten, die ihren Wahlkampf erneut ganz auf ihren Spitzenkandidaten Kreisky zugeschnitten hatten, sogar der Ausbau ihrer absoluten Mehrheit (51 % bzw. 95 Mandate). Am Tag nach der Wahl notierte Thomas Chorherr in der *Presse* resigniert:

Dieser Bruno Kreisky ist schuld am größten Wahlsieg, den die SPÖ in der Zweiten Republik erringen konnte. Er kalkulierte Sicherheit und Vaterfigur. Was heißt Vaterfigur? Er wollte Autorität, ein Kaiserimage. Daß am Vorabend des Wahltages mehrere tausend Besucher einer Operettengala in der Wiener Stadthalle jubelten, als in einer Kutsche Fred Liewehr in der Maske des alten Kaisers auf die Bühne fuhr, paßt haargenau in dieses Bild. Die SPÖ siegte vor allem deshalb, weil sie einen Ersatzkaiser präsentierte: den seit Leopold Figl und Julius Raab populärsten Regierungschef - und den seit 1945 international angesehendsten Politiker.¹⁶

Die oppositionelle ÖVP, die seit 1945 den Bundeskanzler gestellt hatte, konnte während der gesamten Ära Kreisky keinen Parteiobmann bzw. Spitzenkandidaten finden, der in die Rolle einer ernsthaften Alternative zu Kreisky einzurücken vermocht hätte. Withalm, der dem überstürzt zurückgetretenen Klaus nachfolgte, verstand sich selbst nur als "Übergangskandidat" und wurde im Juni 1971 von Generalsekretär Schleinzer (geb. 1924) abgelöst, der am 19. Juli 1975, knapp vor den Nationalratswahlen, bei einem Autounfall ums Leben kam. Zu seinem Nachfolger wurde der Banker Josef Taus (geb. 1933) gewählt, der nach den Niederlagen von

¹⁴ vgl. Alexander Vodopivec: Der verspielte Ballhausplatz. Vom schwarzen zum roten Österreich, Wien 1970, S. 216 ff; zur Auffassung der SPÖ vgl. den "Problemkatalog" für das neue Parteiprogramm, in welchem 1977 von der Notwendigkeit einer "Transformation der bürgerlichen Medienlandschaft in Österreich" die Rede war (S. 15); vgl. dazu auch Kapitel 3. 1. 4 des Parteiprogrammes von 1978.

¹⁵ Friedhelm Frischenschlager: *Die Ära Klaus aus der Perspektive der FPÖ*, in: Kriechbaumer, S. 211 ff; gegenüber FPÖ-Chef Friedrich Peter erklärte Kreisky noch in der Wahlnacht, daß er unabhängig von der Entscheidung der FPÖ zu einer Wahlrechtsänderung entschlossen sei.

vgl. Die Presse, 7. Mai 1979.

1975 und 1979 Alois Mock (geb. 1934) Platz machen mußte, der die

ÖVP stärker marktwirtschaftlich positionierte. 1983 trat Kreisky nach dem Verlust der absoluten Mehrheit zwar zurück, aber er führte noch die Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ, in deren Folge die ÖVP für weitere vier Jahre von der Regierung fern gehalten wurde.¹⁷

Zusammen mit Bundespräsident Kirchschläger (geb. 1915), dem sakralisierten "Staatsprediger", und Erzbischof König, dem politischen Kardinal von Wien, hypostasierte Kreisky die "drei K's" der 1970er und frühen 1980er Jahre. welche sich sommers mit dem "Goleador" Hans Krankl und winters mit dem "Schikaiser" Franz Klammer pentagonal verschränkten. Mit ihnen vollzogen die Österreicher jahrelang ihren identitären Koitus. Und Kreisky war der personalplebiszitär geweihte König, der republikanische Kaiser dieses prosperierenden Schrebergartens der Hyperboreer. 18 Kreisky vollendete als "Erfinder und Erhalter" eines sozialliberalen Konsenses die notwendige Transformation der österreichischen Gesellschaft, wobei er nicht nur einen seit Mitte der 1960er Jahre zu konstatierenden Veränderungsprozeß fortführte, sondern auch neue Wege ging. Ein "Wählerbündnis, eine Wählerkoalition (...) zwischen Sozialdemokraten und fortschrittlichen, liberalen Kräften"¹⁹ gewährleisteten die "sozialliberalen Reformen" der 1970er Jahre. Kreisky erkannte früh die politischen "Marktchancen" und nutzte sie. Gleichzeitig wirkte er wie kein anderer "leader" auf den Markt und machte dem Bürger Angebote, die unmittelbar und unverwechselbar mit seiner Person zu tun hatten.20

Die mittlerweile legendären Schlagworte "Öffnung" und "Transparenz" fanden auch im Bereich der Medien ihren Niederschlag. Gleichzeitig setzte jedoch ein Prozeß der "Ame-

¹⁷ Zu den Ursachen des Verlustes der absoluten Mehrheit vgl. Franz Birk/Kurt Traar: *Das Ende einer Ära, in: ÖJP '83*, München - Wien 1984, S. 45 ff; zu den Koalitionsverhandlungen vgl. Anton Pelinka: *Die Kleine*

Koalition: SPÖ-FPÖ 1983-1986, Wien 1993, S. 30 f.

rikanisierung" ein, welcher das Verhältnis zwischen Politik und Medien auf eine völlig neue Grundlage stellte. Es wurde die Politik in einem Prozeß der Ritualisierung, welcher der Konstruktion einer "neuen politischen Wirklichkeit" gleichkam, vermehrt auf eine Auseinandersetzung zwischen einzelnen Personen reduziert, sie wurde aufgrund des Zwangs, immer mehr auch unterhalten zu müssen, geradezu "entpolitisiert".²¹ Parallel dazu nahm die Berichterstattung über das Privatleben der führenden Politiker zu. Gerade über Kreisky wurde viel "Unpolitisches" berichtet. Seine Nadelstreifanzüge, Urlaubsorte oder der illustre Freundeskreis des Bundeskanzlers aus großbürgerlich-jüdischem Milieu waren für diese Art von Journalismus attraktiv. Bereits 1970 konnten die interessierten Leser in einer deutschen Illustrierten "Alles über das Privatleben von Bruno Kreisky" nachlesen. U. a. hieß es hier neben einem einschlägigen Foto:

Österreichs Bundeskanzler (...) ist immer aktiv: An seinem Schreibtisch am Ballhausplatz und - wie hier - zu Hause, wo er sich auf einem Heimtrainer fit hält. Der zehnjährige Boxer Titus ist daran gewöhnt. Der Kanzler hält sich außerdem durch häufiges Tennisspielen (...) und durch Schwimmen im eigenen Pool in Form.²²

Der Weg zur medialen "Hausmacht"

Schon während seiner Tätigkeit als Staatsse-kretär (1953-1959) und Außenminister (1959-1966) pflegte Kreisky vielfältige Kontakte mit Journalisten. Der Publizist Ernst Trost berichtete von einer Reise nach Moskau im Zuge der Staatsvertragsverhandlungen, anläßlich derer es Kreisky erstmals gelungen sein soll, Journalisten emotional an sich zu binden. Anders als andere Politiker, die sich Medienvertretern gegenüber oftmals recht überheblich verhielten, verbrachte Kreisky seine Abende nicht mit seinen Berufskollegen, sondern mit Journalisten, ein Umstand, der, so Trost, "die Beziehung zwischen ihm und den Journalisten natürlich ungemein gefördert" hat.²³ An den Versuchen Olahs,

¹⁸ Christian Dickinger: König der Hyperboreer. Über Bruno Kreisky, der vor 15 Jahren seinen Abschied nahm, in: Die Zukunft, Heft 7/8/1998, S. 39 ff.

So Bruno Kreiskys Definition in einem Interview mit dem ORF vom 8. April 1975.

Thomas Nowotny: Aber was macht der Dumme schon mit dem Glück? Politische Leadership durch Bruno Kreisky, in: ÖZP, Heft 4/1997, S. 393 ff.

²¹ Kurt Luger/Hans Heinz Fabris: Das politische Starsystem Österreichs, in: ÖZP, Heft 4/1981; s. a. Müller: Parteien zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Medienzwängen, a. a. O. S. 109; s. a. Roger-Gerard Schwartzenberg: Politik als Showgeschäft, Düsseldorf - Wien 1980.

²² abgedruckt in: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), S. 234.

²³ zit. n.: Elisabeth Horvath: Ära oder Episode. Das Phänomen Bruno Kreisky, Wien 1989, S. 20.

31

die Kronen-Zeitung zu instrumentalisieren, beteiligte sich Kreisky ebensowenig wie an den Kontakten, die Justizminister Christian Broda (1916-1987), Kreiskys großer Gegner seit den Tagen der Olah-Krise, mit Medienvertretem wie etwa Fritz Molden pflegte, der damals Herausgeber der Presse war. Der Journalist Viktor Reimann, einer der Mitbegründer des "Verbandes der Unabhängigen", erklärte dazu, daß Kreisky zwar Brodas Konzept unterstützt hätte, sich jedoch bewußt im Hintergrund gehalten habe.²⁴ Er unterhielt stattdessen gute persönliche Kontakte zu ausgewählten Journalisten, deren er sich in späteren Jahren geschickt zu bedienen wußte. Bereits als Staatssekretär führte Kreisky mit ausgewählten Journalisten "Hintergrundgespräche", welche er dazu nutzte, seine Position ausführlich zu erläutern und zudem echte "News" weiterzugeben, was ihn für seine österreichischen und internationalen Gesprächspartner besonders in-

teressant machte. Bereits im Jahre 1960 wurde der noch nicht einmal ein Jahr als Außenminister amtierende Kreisky gemeinsam mit Richard Nixon, Dag Hammarskjöld und seinem Freund Willy Brandt vom britischen *Observer* in die Kategorie "great men" gereiht, während zu diesem Zeitpunkt noch keine einzige

österreichische Zeitung ein Porträt von ihm gebracht hatte.

Einschlägige Erfahrungen mit dem Journalismus konnte Kreisky während seiner schwedischen Emigration sammeln. Kreiskys spätere Rolle als "Journalistenkanzler" ist wesentlich auf seine journalistische Tätigkeit in den Jahren des Exils zurückzuführen. Obwohl Kreisky selbst einmal bemerkte "ich will nicht sagen, daß ich Journalist gewesen bin", war seine publizistische Tätigkeit äußerst vielseitig, er arbeitete zwischen 1943 und 1946 als Korrespondent für die *Tribune*, "dem radikalen Parteiorgan der Britischen Labour Party", für die schwedischen Blätter *Friheten* und *Vī*, für die Schweizer Zeitschrift *Tat* und er war schließ-

lich auch Kriegsberichterstatter in Finnland. Eine Episode, die sich

unmittelbar nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden abspielte, ist hinsichtlich des Verhältnisses Kreiskys zum geschriebenen Wort besonders signifikant. Noch am Abend des Parteitages fuhr der neue Vorsitzende in das "Vorwärts"-Gebäude, durchschritt eilig, nur kurz grüßend, das Zimmer des AZ-Chefredakteurs Franz Kreuzer, der noch an seinem Leitartikel feilte, um einen kleinen Nebenraum zu betreten. In diesem Raum hatte Kreiskys Vorbild Otto Bauer seine großen Kommentare geschrieben, auch ein Bild des wortmächtigen Austromarxisten hing an einer Wand. Kreisky verweilte ungefähr fünf Minuten vor diesem Bild -

er, der immer Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung und Parteiführer werden wollte, aber nie daran dachte, Bundeskanzler zu werden, fühlte sich als Weiterführer

Kreisky erkannte früh

die politischen "Marktchancen"

und nutzte sie

von Bauers Werk und erwies ihm seine Referenz,

erklärte Kreuzer einmal.²⁶ In seiner Funktion als Bundeskanzler hatte

Kreisky oftmals damit kokettiert, daß er am liebsten Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung geworden wäre, und tatsächlich hatte er sich nach dem Abgang des legendären Oscar Pollak um diese Funktion beworben, doch Schärf hatte sich für Kreuzer entschieden, den Schwiegersohn des Zentralsekretärs Alois Piperger.27 Abschließend ist vielleicht noch der Hinweis interessant, daß Gerd Bucerius, der mittlerweile verstorbene Verleger der Zeit, den österreichischen Altbundeskanzler, welcher zu diesem Zeitpunkt allerdings noch viel zu beschäftigt war, gerne als Mit-Herausgeber seines Wochenblatts gesehen hätte, erst danach wurde für diese Funktion der deutsche Altbundeskanzler Helmut Schmidt verpflichtet. Im dritten Band seiner Erinnerungen schrieb Kreisky:

Ich wollte auch nicht Abgeordneter oder so etwas werden, sondern Journalist. Jeden Tag gedruckt seine

²⁴ Viktor Reimann: Bruno Kreisky: Das Porträt eines Staatsmannes, Wien - München - Zürich 1972, S. 242.

²⁵ Zu Kreiskys Zeit in Schweden vgl. Werner Gatty: Bruno Kreisky im schwedischen Exil, in: Gatty u. a. (Hg.), S. 17 ff; vgl. a. Bruno Kreisky: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Berlin/Zürich/Wien 1986; vgl. a. Oliver Rathkolb, Irene Etzersdorfer (Hg.): Der junge Kreisky: Schriften. Reden. Dokumente 1931-1945, Wien 1986.

²⁶ Peter Pelinka/Manfred Scheuch: 100 Jahre AZ. Die Geschichte der Arbeiter-Zeitung, Wien 1989, S. 175.

²⁷ Paul Lendvai/Karl Heinz Ritschel: *Kreisky. Porträt eines Staatsmannes*, Wien 1972, S. 41.

Meinung sagen zu können, das ist ja sehr faszinierend.²⁸

Dieser Wunsch sollte ihm schließlich in Erfüllung gehen.

"(...) ein rund um die Uhr wirkender und allwissender Leitartikler"²⁹ -Einige Bemerkungen zu Kreiskys Sprache

Kurz vor den entscheidenden Nationalratswahlen des Jahres 1970 erklärte ein ungefähr 50jähriger sozialistischer Eisenbahner gegenüber der SPÖ-Abgeordneten Stella Klein-Löw:

So um 1950 herum kam er (Kreisky, Anm. C. D.) Monat für Monat, manchmal auch öfter zu uns, um zu kassieren. Wir waren alle Mitglieder (...). Wir freuten uns auf seinen Besuch und warteten auf ihn. Kreisky diskutierte gern mit uns und blieb oft lange. Er erzählte von der alten Partei (...). So wie jetzt hat er immer gesprochen. Jeder kann ihn verstehen.³⁰

Kreisky pflegte seine Reden so abzufassen, daß "ein Voest-Arbeiter sie versteht, und ein Universitätsprofessor nicht beleidigt ist", wie er sich einmal ausdrückte. Fachjargon liebte Kreisky nicht. Er selbst bezeichnete sich als "terrible simplificateur", als einen schrecklichen Vereinfacher. "Ja, ich formuliere gern trivial, nicht?", sagte er kokett.

Kreiskys Sprache war im wesentlichen die der Demokratie, und die Sprache der Demokratie ist die Umgangssprache, die ganz normale Umgangssprache. Ich glaube, er war direkt von Ekel erfüllt, wenn

er komplizierte Sprache, also Fachjargon, gehört hat. (...) er hat sicher die Stilanweisung von Schopenhauer nicht gebraucht, ich sage es aber trotzdem, weil sie sehr gut ist: "Man brauche gewöhnliche Worte und sage ungewöhnliche Dinge'.31

Nicht immer hielt sich Kreisky an einen korrekten Satzbau, die Grammatik kümmerte ihn kaum, er flog vielmehr von einem Gedanken zu

einem anderen, ließ Zeitwörter aus, assoziierte, mäanderte. "Er ist so reich an Worten und Gedanken", notierte Peter Michael Lingens,

daß er nicht gleich jedem von ihnen seine ganze Aufmerksamkeit schenken kann. Kreiskys Sätze quellen aus dem Überfluß. Taus oder Mock kratzen zusammen, was sie haben, und hoffen, daß jemand da ist, der es nimmt.³²

Tatsächlich war es keinem Politiker vor oder nach ihm gegeben, aus einem derartig überreichen Fundus sprachlicher Möglichkeiten zu schöpfen.³³ Walter Jens, ein prominenter deutscher Professor für Rhetorik, fahndete einmal mit deutscher Gründlichkeit nach den "Fehlern" in Kreiskys Sprache, und natürlich wurde er mehr als fündig. Doch bei aller Kritik mußte Jens schließlich eingestehen: "Na ja, er wirkt auf Menschen, er wirkt eben!"

Kreisky war ein durch und durch dialektischer Mensch, er konnte an einem Tag das Gegenteil dessen sagen, was er noch am Vortag verkündet hatte. Niemand nahm ihm das übel, das Publikum war berauscht von Kreiskys Fähigkeiten, sich aus dem scheinbar unentrinnbaren Dilemma herauszuwinden, herauszureden. "Selbst Kreiskys Irrtümer enthielten im allgemeinen mehr Substanz als die Gewißheiten seiner Gegner", ätzte Lingens. 34 Günther Nenning, der ehemalige Präsident der Journalistengewerkschaft, meinte hierzu einmal:

Der Kreisky hat eine wahre Titanengestalt, jemand, der außer daß er Politiker ist, auch - wie soll man sagen - also, eine Menschlichkeit ausgestrahlt hat, die aus altösterreichischen Wurzeln kommt - das Jüdische, das Liberale, also das nicht nur Sozialdemokratische - und das hat er sich alles geleistet. (...) Die Journalisten haben doch immer geglaubt, sie können Kreisky auf die Schliche kommen. Sie haben gesagt - Herr Bundeskanzler, jetzt sagen Sie das, aber vorgestern haben Sie das gesagt - die sind gar nicht mehr nachgekommen. Das heißt, der hat mit solch einer schönen Freiheit die Dinge gesagt, die er gerade

²⁸ Kreisky: Der Mensch im Mittelpunkt, S. 60.

Andreas Unterberger: Die Mythologisierung der österreichischen Außenpolitik, in: Europäische Rundschau, Heft 1/1981.

Stella Klein-Löw: Bruno Kreisky. Ein Porträt in Worten, Wien - München 1983, S. 23.

Vorhofer, Diskussion, a. a. O., S. 152 f

Peter Michael Lingens: Auf der Suche nach den verlorenen Werten in Politik, Kunst, Moral und Gesellschaft. Kommentare zum Zustand Österreichs, Wien 1986, S. 160.

Unverzichtbar dazu: *Bruno Kreisky. Reden* (2 Bände, hrsg. von Heinz Fischer), Wien 1981.

³⁴ Lingens.

33

im Augenblick für richtig gehalten hat. (...) das war meine Attraktion ihm gegenüber, das war, würde ich fast sagen, die Liebe.35

Der Historiker Alfred Ableitinger schrieb von Kreiskys "einzigartigem Talent, seinen immer wieder inkonsistenten Kurs via Medien als kohärent und optimal zu verdolmetschen ("Inszenierungen')". 36 Kreisky war Visionär und Pragmatiker in Personalunion. Es hatte stets den Anschein, als ob sich in der Person des Bundeskanzlers die Gegensätze und Widersprüche mühelos auflösen würden. Für Kreisky scheint ein Satz Eric Hoffers wie maßgeschneidert zu sein: "Wer Menschen führen will, muß ein Praktiker und ein Realist sein. Aber er muß die Sprache sprechen des Idealisten und des Sehers."

Nicht wenige Leitartikler österreichischer Zeitungen erinnern sich in ihren Kommentaren seit einigen Jahren geradezu mit Wehmut an die wohlbekannte, sonore Einleitung so vieler Kreisky-Sätze, die eine Vision zu vermitteln

versuchten, die Vision einer besseren Zukunft. Wenn der Kanzler die Wendung - "Ich bin der Meinung (...)"³⁷ - in die Mikrophone brummte, war es einerseits schon nicht mehr der Inhalt dessen. was er zu sagen hatte, was zählte, sondern vielmehr der Umstand, daß er es war, er, "der Alte", der etwas zu verkünden sich

anschickte, andererseits aber lag die Betonung nicht auf "Ich", sondern auf "Meinung", und Kreisky hatte bei aller Subjektivität tatsächlich fast immer etwas Interessantes zu sagen, er verstand zu überraschen, er "fütterte" die Medien mit Neuigkeiten. Ein Widerspruch? Und wenn schon! "Bruno Kreisky zu verstehen heißt", erklärte seine Schwiegertochter einmal, "sich auf das komplexe Ensemble seiner Ambivalenzen einzulassen".38 ... "Die Trickkiste des Redners Kreisky ist reich bestückt", hielt Georg Nowotny, der den Bundeskanzler "hundert Stunden" begleitet hatte, 1976 fest.

Immer geht es ihm darum, Aufmerksamkeit zu erregen oder zu erhalten, beginnende Langeweile zu überwinden und die Zuhörer für sich einzunehmen oder angenehm zu überraschen. Das schafft er nicht nur mit witzigen Vergleichen oder dem bewußt eingesetzten Anund Abschwellen seiner Stimme über ganze Passagen, sondern auch mit leicht hingeworfenen, meist kokett untertreibenden Redewendungen, die er gerne auch im persönlichen Gespräch verwendet.39

Kreisky erweckte die journalistische Neugierde seines Gesprächspartners, indem er sich anfangs demonstrativ zurücknahm, - "ich möchte Sie nicht langweilen" - "von dieser Sache verstehe ich eigentlich gar nichts, aber" - "es entzieht sich meiner Kenntnis, ob Sie das überhaupt interessiert" etc., - um jedoch unmittelbar darauf Omnikompetenz zu suggerieren. Einer der gelungensten rhetorischen "Tricks" Kreiskys ma-

Kreisky war Visionär

und Pragmatiker

in Personalunion

nifestierte sich

darin, daß er mit den verschwörerischen Worten -"Ich darf Ihnen das eigentlich gar nicht sagen" - mit dem einzelnen

Journalisten eine Art "Komplizenschaft" einging und damit ein besonderes Vertrauensverhältnis respektive den Anschein eines solchen aufzubauen vermochte. Zu diesem Behufe bediente sich Kreisky mit Vorliebe der vielen älteren Journalisten noch wohlbekannten Redewendung: "Sie wissen doch, wie sehr ich Sie schätze." Gegenüber einer größeren Zuhörerschaft wiederum verstand Kreisky es meisterhaft, Gemeinsamkeit zu stiften, Solidarität, indem er beispielsweise einräumte: "Mir ist das alles viel zu kompliziert".

Seinem Nachfolger Fred Sinowatz, dessen Regierungstätigkeit oftmals auf die Bemerkung "alles ist sehr kompliziert"40 reduziert wird, wur-

zit. n.: Johannes Kunz: Erinnerungen (3. Bd). Johannes Kunz im Gespräch mit Prominenten, Wien 1994, S. 156 f.

Alfred Ableitinger: Die innenpolitische Entwicklung, in: Mantl (Hg.), S. 183.

vgl. Johannes Kunz (Hg.): Ich bin der Meinung, Wien - München - Zürich 1974.

Eva Kreisky: "Man hält die Demokratie nur am Leben, indem man sie in Bewegung hält". Bruno Kreisky und die neuen sozialen Bewegungen, in: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), S. 15.

Georg Nowotny: Hundert Stunden Kreisky. Kritische Analyse eines Regierungsstils, Wien - München - Zürich 1976, S. 126.

Fred Sinowatz: Die Regierungserklärung der Koalitionsregierung Sinowatz-Steger. Vier weitere Jahre auf dem österreichischen Weg, Wien o. J., S. 45.

den ähnliche Sätze zum Verhängnis. Sinowatz war der erste öster-

reichische Bundeskanzler, der von Sekretären und Beratern wie Gerhard Zeiler oder Hans Pusch medial professionell in Szene gesetzt wurde, wenngleich die Persönlichkeit des Burgenländers ganz einfach nicht mit diesen neuen Methoden in Einklang zu bringen war. Unvergessen bleibt das Bild des Spitzenpolitikers aus 1975 im olympischen Eiskanal von Innsbrucklgls. Seitens der Medien wurde sogar das von Pusch scherzhaft ausgestreute Gerücht geglaubt,

daß Sinowatz an einem ganz bestimmten Tag über die Berg-Isel-Schanze springen werde: Dutzende von Journalisten fanden sich am Stichtag in Inns-

Der "Sonnenkönig" verkörperte als eine Art Wahlmonarch die Sehnsucht nach einem politischen Führer

bruck ein. Als Kreisky zu seinem Unterrichtsminister einmal sagte, "so, jetzt mußt Du ins Fernsehen gehen", antwortete ihm Sinowatz: "Du schau' mich amoil an, bin i was fürs Fernsehen?" Kreisky darauf: "Paß auf, Politik is' ka Schönheitskonkurrenz!" Kreisky war ursprünglich der Auffassung gewesen, der prominente und erfolgreiche Unterrichtsminister könnte als volkstümlicher Kanzler ebenso beliebt werden wie Leopold Figl oder Julius Raab, doch in dieser Einschätzung irrte er. Beliebt war und ist Sinowatz, der "Hamlet vom Land" (so profil), vor allem bei den Funktionären der SPÖ. Außerhalb der Partei waren die Urteile von allem Anfang an differenzierter, nicht selten auch ungerecht. 1983 schrieb Hubertus Czernin in der Wochenpresse:

Fredi ratlos, ein Bild, an das sich Politiker, Journalisten und Fernsehzuschauer in Sinowatz' ersten fünf Amtsmonaten gewöhnt haben. Mit Dackelfalten verbreitet das Kanzlergesicht Untergangsstimmung, daß selbst hartgesottene Sozialisten wie Austromarxist Josef Hindels Mitleid überkommt. 42

Sinowatz' Mentor Kreisky hingegen erwies sich auf allen kommunikativen Ebenen als Meister der Vereinnahmung, etwa indem er absichtlich in den Dialekt eintauchte und anschauliche Beispiele aus dem Alltag brachte. Gegenüber einem ORF-Journalisten beispielsweise gestand Kreisky am 10. Februar 1972 auf dem Opernball

ein, daß er nicht gerne tanze. "Und was machen Sie bei Damenwahl", fragte der Redakteur. Darauf erwiderte Kreisky belustigt:

Einmal ist mir sowas in einer niederösterreichischen Stadt passiert. Als die Damenwahl über eine Stunde verlängert wurde, bin ich dann an jenen Ort geflohen, den man hierzulande "Häusel" nennt (...). Es ist eine Rache der Geschichte, daß die einst jungen Revolutionäre nun auf ihre alten Tage befrackt und mit Orden behangen auf Bälle gehen müssen, um dort zu repräsentieren. 43

Das Wort "Häusel" intonierte der Bundeskanzler jedoch fast vornehm, distanziert, dem Zuhörer wurden keinerlei Konnotationen aufgedrängt. Kreiskys Sprache war an sein bewegtes Leben, seine Biographie, die aus der Absorbtion aller Brüche des

Jahrhunderts schöpfte, gekoppelt und demzufolge kausal auf jene "altösterreichischen Wurzeln" zurückzuführen, auf welche im Zitat von Nenning hingewiesen wurde, Worte wie "barock" oder "Paraplui" hoben sich von der (politischen) Alltagssprache ab und bildeten einen interessanten Kontrast zu jovialen Bemerkungen wie "(...) die Meir (die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir, Anm. C. D.) hat mich heruntergeputzt", - "es wurmt mich" - "daherregieren" - "Leute, die sich ein Jaukerl geben" etc. Wenn Kreisky, um noch ein Beispiel zu geben, in gewohnter Bedächtigkeit die Frage formulierte - "Ham's die Sesseln für'n Sadat schon bestellt?"44 - hob er sich damit von allen anderen Politikern ab. Manche Wendungen Kreiskys erlangten eine derart große Popularität, daß sie zum allgemeinen Sprachgut wurden, denn "in Zeiten wie diesen" hatte vor ihm niemand gesagt. Später konnte man diese Wendung im Parlament regelmäßig auch aus den Reihen der Opposition hören. Andere sogenannte "Wortspenden" sind mittlerweile legendär: "Kärnten ist mir viel zu teuer" - oder Kreiskys Empfehlung am Höhepunkt der Energiekrise, sich zum Zwecke der Stromersparnis "halt naß zu rasieren". Ein knapper Blick auf Kreiskys Sprache wäre jedoch nicht vollständig, würde nicht festgehalten werden, daß bei dieser komplexen Per-

zit. n.: Kreisky: Der Mensch im Mittelpunkt, S. 82.

vgl. Wochenpresse, Heft 43/1983.

⁴³ Hier zit. n.: Johannes Kunz (Hg.): Am Anfang war die Reblaus. Die Zweite Republik in Andekdoten, Wien o. J., S. 62.

Vgl. Zeit-Magazin, Heft 41/1975.

sönlichkeit auch verbale Entgleisungen keine Seltenheit waren. Am 20. Jänner 1983 zum Beispiel antwortete Kreisky auf den Vorwurf eines ÖVP-Abgeordneten, der Bundeskanzler würde zur Finanzierung des umstrittenen Konferenzzentrums die "Scheichs anpumpen", die ÖVP-Wirtschaftstreibenden würden ihrerseits die Ausländer wegen der Holz- und Fleischpreise unnötiger Weise hofieren und - so Kreisky wörtlich -"da gibt es keinen Körperteil, in den sie den Herren nicht hineinkriechen wollen". Zu den heftigen Protesten der ÖVP replizierte er, daß seine Äußerungen nicht weit von dem entfernt seien, was zur klassischen Literatur gehöre. 45 Über die Bankdirektoren Taus und Flöttl echauffierte sich Kreisky einmal in folgender Diktion: "Begrüßen können sie mich, nur des können's, und sonst dürfen's nix!"

"Das sage ich aber nur Ihnen (...)!" - Der "große Kommunikator" und der österreichische Journalismus

ei den Nationalratswahlen am 6. Mai 1979 hatte die SPÖ mit einem zusätzlichen Stimmen- und Mandatszuwachs zum dritten Mal hintereinander den politischen Olymp der absoluten Mehrheit erklommen. Keiner anderen Partei in Europa war dies jemals gelungen. Politik wurde in diesen Jahren mit der Person Kreiskys identifiziert, die Österreicher hatten sich in hohem Maße an ihn gewöhnt. Der personalplebiszitär gesalbte "Sonnenkönig", als welcher er auf der von ihm geliebten Bühne der Medien seit Jahren brillierte, verkörperte als eine Art Wahlmonarch die Sehnsucht nach einem politischen Führer, der gleichermaßen gütig und streng zu sein vermochte, der in situationsbedingter Dosierung sowohl die Rolle des scheinbar über den Parteien stehenden Landesvaters, des Schiedsrichters, als auch jene des Zuchtmeisters zu besetzen wußte. Der Stimmenmaximierer Kreisky war mit beträchtlicher Sensibilität für das politisch Machbare und Mögliche ausgestattet, er war ein Visionär, der für seine Mitstreiter Rahmenbedingungen zu schaffen und Freiräume zu gewähren verstand. Die Spiegel-Korrespondentin Inge Cyrus schrieb nach seiner Demission:

Nur einem Kreisky war es gegeben, 13 Jahre ununterbrochener Bildschirmpräsenz unabgenützt zu verkraften (...). Nie hat er den Eindruck erweckt, gut ankommen zu müssen (...). Wir standen im Genuß einer Politik mit Unterhaltungscharakter auf hohem Niveau.⁴⁶

Unbestritten war Kreisky ein begnadeter Kommunikator⁴⁷, ja "der politische Kommunikator seiner Zeit"⁴⁸. Er war ein großartiger Redner, beherrschte den "small talk" ebenso hervorragend wie das "Geschichtenerzählen" und verstand es, pointiert zu formulieren. Die verstorbene Politikwissenschafterin Charlotte Teuber-Weckersdorf, die viele Jahre in den USA lehrte, erklärte noch vor einigen Jahren:

Ich weiß nicht, warum in Österreich immer noch der lächerliche Ronald Reagan als der große Kommunikator bezeichnet wird. Ich habe sehr selten gehört, daß Bruno Kreisky, der wirklich größte Kommunikator, den Österreich hervorgebracht hat, als solcher bezeichnet wird.⁴⁹

Eine derart ausgeprägte kommunikative Begabung wie Kreisky, dem man "beim Denken zuhören" konnte, vermochte eine große Zahl inund ausländischer Journalisten zu hypnotisieren, nicht selten auch zu manipulieren: "Hypnose", "Narkose", "Opium" und "Magie" waren geläufige Zuordnungen von erklärten Gegnern wie bekennenden Bewunderern. Reinhard Tramontana schrieb dazu pointiert:

Er hat uns Journalisten fraglos korrumpiert: Er ist mit uns verfahren, wie es ihm gerade beliebte; er hat uns jovial aufblicken lassen oder mokant übersehen, er hat uns animiert oder abgefotzt, er war uns gegenüber Grandseigneur oder Grantscherben - aber kann Haßliebe Sünde sein?⁵⁰

⁴⁵ zit. n.: Walter Kleindel: Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien 1995, S. 487.

⁴⁶ zit. n.: Rupert Hartl: Österreich oder der schwierige Weg zum Sozialismus, Wien 1986, S. 156.

⁴⁷ vgl. Hans Heinz Fabris: *Der Politiker als Kommunikator*, in: Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): *Zur Theorie der politischen Kommunikation*, München 1974, S. 110 ff.

⁴⁸ Wolfgang C. Müller: *Bruno Kreisky*, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hg.): *Die Politiker*, S. 357.

⁴⁹ Charlotte Teuber-Weckersdorf: *Politikwissenschaftliche Analyse der Kreisky-Jahre*, in: Gatty u. a. (Hg.), S. 123.

vgl. *profil*, Heft 32/1990.

Kreisky zelebrierte beinahe vom ersten Tag seiner Kanzlerschaft an

Omnipräsenz, er kultivierte seine Allgegenwart. Während andere charismatische Politiker sich durch "Distanz" zu den Medien interessant zu machen wußten, man denke nur an Charles de Gaulle, erzielte Kreisky denselben Effekt durch "Nähe".51 Auf Kreiskys Bereitschaft, für Journalisten - "selbst abenteuerlich kleiner Zeitungen" (so ein Mitarbeiter Kreiskys) - Tag und Nacht telephonisch erreichbar zu sein, wurde bereits hingewiesen. Er stand freilich auch für telephonisch vorgetragene Anliegen beliebiger Anrufer bereitwillig zur Verfügung, eine Stunde pro Tag soll sich Kreisky für diese "fernmündlichen Audienzen" Zeit genommen haben. Auf diese Weise gelang es ihm geschickt, eine Phantasmagorie von Unmittelbarkeit und Vertrautheit zu erzeugen. 1975 schrieb der Playboy über diese Vorgangsweise Kreiskys:

(...) Der rote Habsburger, der dem Volk genau aufs Maul schaut, antwortet stets ohne Groll. Wenn er den Hörer auflegt, hat er meist einen Wähler mehr.⁵²

Tur fünf Monate nach Kreiskys Angelobung wurde von Oscar Bronner das kritische Nachrichtenmagazin profil gegründet, mit dem der Bundeskanzler eine recht ambivalente Beziehung pflegte.⁵³ Nicht weniger als 30mal wurde ihm in den Jahren von 1970 bis 1983 ein Cover gewidmet, bis zu seinem Tod sieben Jahre später kamen noch weitere sechs dazu. "Was ist so faszinierend an Bruno Kreisky?"54 wurde etwa 1979 gefragt, und zwei Jahre davor war von "Lieber Gott Kreisky"55 die Rede. Bei anderen Gelegenheiten waren die Titel freilich weit weniger freundlich. Für den profil-Redakteur Tra-

montana photographierte Kreisky eines Tages aus einer Laune heraus auf Mallorca ein Straßenschild mit der Aufschrift "Calle Tramontana". Welchem anderen Spitzenpolitiker wäre wohl dieser Einfall gekommen?

Für Medienvertreter nahm Kreisky sich immer viel Zeit.

Oft hat die Regierung auf ihn gewartet, und er hat immer so gesagt: ,Ja, ja, i komm' schon', und ist noch eine halbe Stunde sitzen geblieben, weil ihn das Gespräch interessiert hat,

erinnerte sich Kreiskys langjährige Sekretärin Margit Schmidt. Und weiter:

Ich glaube, es gab eine Wechselwirkung zwischen Bruno Kreisky und dem Journalismus, es war eine Liebe, die erwidert wurde,56

Zeit nahm sich Kreisky jedoch nicht nur für die Chefredakteure und Herausgeber der großen Zeitungen, sondern auch für den jungen Redakteur einer kleinen Provinzzeitung. Kreisky war der einzige Politiker, der auch ganz junge Journalisten ernst nahm, der zumindest die Illusion vermittelte, sie ernst zu nehmen. Er nahm sich vor allem jener Nachwuchsjournalisten an, die ihm kritisch gegenüberstanden, diese bat er zu sich, setzte ihnen mit großer Geduld und viel Charme seine Meinung auseinander und zumeist verließen sie den Bundeskanzler als "begeisterte Kreisky-Propagandisten". Wenn Kreisky Journalisten verklausulierte Neuigkeiten zutrug, Vorhofer sprach von "Goldkörnern",

hat er (...) einige Tage gewartet, weil er gewußt hat, das muß ja geschrieben werden, um denen das nicht wegzunehmen. (...) Er hat sich nie etwas vorlegen lassen, dafür war auch nicht Zeit. Er hat höchstens gesagt: Die ordinären Sachen streicht's weg '.57

Kreiskys (nicht nur) auf dem Prinzip Nützlichkeit fußendes Verhältnis zu Journalisten sah der Bundeskanzler selbst äußerst differenziert:

Ich habe zu Journalisten ein zwar gutes, aber ein distanziertes Verhältnis, soweit es sich um den Durchschnittsjournalismus handelt. Zu den Journalisten, die kenntnisreich sind, die was verstehen, habe ich ein sehr kameradschaftliches Verhältnis, weil ich sie als in höchstem Maße gleichberechtigte Partner ansehe.58

vgl. dazu Hans Heinz Fabris: Charles de Gaulle und Bruno Kreisky. Zwei "Medien-Stars" im Vergleich, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1990/91, Wien 1991, S. 141 ff.

zit. n.: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), S. 235.

Herwig Danzinger: Bruno Kreisky und die Zeitschrift "profil" (Dipl.-Arbeit), Wien 1994.

vgl. profil, Heft 20/1979.

vgl. profil, Heft 7/1977.

Uri Avneri/Manuel Lucbert/Jochen Steinmayr/Kurt Vorhofer: Bruno Kreisky in den in- und ausländischen Medien (Diskussion), a. a. O., S. 161.

Uri Avneri/Manuel Lucbert/Jochen Steinmayr/Kurt Vorhofer: Bruno Kreisky in den in- und ausländischen Medien (Diskussion), a. a. O., S. 157.

Kreisky in einem Gespräch mit Paul Lendvai (ohne Datumsangabe), zit. n.: Lendvai: Der "Kreisky-Effekt"

der über dieses doch recht merkwürdige Kompliment

.Schauen S'. Herr

Redakteur Nowak.

in Ihrem Blatt kann

man ja nur mit Ih-

nen reden', hat Alt-

Kreisky - Gott hab'

Bruno

meister

keineswegs erzürnt war. 66

Kreisky verstand es brillant "den Leuten das Gefühl einer persönlichen Beziehung zwischen dem großen Meister und ihnen selbst"67 zu vermitteln. Mittels direkter Telephongespräche, die nicht, wie ansonsten üblich, von ei-

ihn selig - seinerzeit wiederholt dem jungen Wiener Kor-

respondenten der 'Tiroler Tageszeitung' versichert,

Insbesondere aber das von Kreisky 1972 eingeführte Pressefoyer nach dem Ministerrat jeden Dienstag entwickelte sich zum Forum genialer Selbstinszenierung. Im "Steinernen Saal" des Bundeskanzleramtes konnten die Repräsentanten der Medien den Regierungschef, der stets genau an der Kante des Teppichs stand, um eine exakte Postion zur Kamera einzunehmen, zu aktuellen Themen befragen. Obwohl auch alle anderen Mitglieder der Bundesregierung auf Wunsch Kreiskys den Journalistenfragen zur Verfügung standen, konzentrierte sich das Interesse beinahe ausschließlich auf den Kanzler. 1973 schrieb Gerhard Neureiter in den Salzburger Nachrichten:

Zampano tritt auf, meinen die Wiener Kollegen, wenn Bundeskanzler Kreisky in der Concordia eine Pressekonferenz gibt, und tatsächlich ist das ganze ein Volksfest für Journalisten (...). 59

Jahre nach Kreiskys Abgang notierte eine Journalistin:

Die Leute waren Kreiskysüchtig und bekamen Entzugserscheinungen, wenn der Kanzler einen Tag lang nicht auf dem Fernsehschirm auftauchte.60

Am Höhepunkt von Kreiskys Popularität war ein regelrechter "Kreisky-Kult" auszumachen, der solche Ausmaße erreichte, daß selbst der Bundeskanzler

während des Nationalratswahlkampfes von 1975, in welchem die SPÖ voll auf die Person ihres Spitzenkandidaten setzte, mit Sorge bemerkte: "Entsetzlich, wenn einem sogar Männer die Hände küssen (...)".61 Es ist festzuhalten, daß in diesem Jahr vor allem die Person Kreiskys für den Wahlsieg verantwortlich war⁶², "die Österreicher", schrieb damals Hermann Polz, "wählten

mit absoluter Mehrheit (...) k. u. k.: Konservativ und Kreisky".63

Kreisky vermochte dem Elektorat ein Gefühl von Sicherheit und Stabilität zu geben, er kommunizierte, daß nur er in der Lage sei, die "Insel der Seligen"64 vor störenden Einflüssen abzuschirmen. "Die Gesamtwirkung seiner Reden in öffentlichen Versammlungen wurde aber gekrönt durch ein Charisma, dessen Wirkung man erlebt haben muß, um es zu erfassen", erinnerte sich der gegenüber Kreisky durchaus kritisch eingestellte Rupert Hartl, ein ehemaliger Spitzenfunktionär der oberösterreichischen SPÖ, um dann fortzufahren:

Ich (...) konnte beobachten, mit welcher an Andacht erinnernder Aufmerksamkeit die Menschen auf seine Worte lauschten. Selbst auf großen Plätzen wurde es mäuschenstill, wenn er zu reden begann, und viele Anhänger und Sympathisanten betrachteten ihn mit einem geradezu verklärten Blick.65

Der langjährige Chefredakteur der APA, Josef A. Nowak, faßte seine Erinnerungen an den "Medienkanzler" folgendermaßen zusammen:

Kreisky zelebrierte beinahe vom ersten Tag seiner Kanzlerschaft an Omnipräsenz

und die internationalen Medien, in: Erich Bielka/Peter Jankowitsch/Hans Thalberg (Hg.): Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, Wien 1983, S. 331; zu Kreiskys Einschätzung seines Verhältnisses zu Journalisten vgl. weiters Kreisky: Der Mensch im Mittelpunkt, S. 65 f.

vgl. Salzburger Nachrichten, 13. April 1973.

Horvath, S. 50.

vgl. "Kleine Zeitung", 4. Oktober 1975.

Das Meinungsforschungsinstitut IFES führte am Wahltag eine Umfrage unter Wechselwählern durch, die ergab, daß 65 % der zu SPÖ gewanderten Wechselwähler diese Entscheidung aufgrund der Persönlichkeit Kreiskys getroffen hatten; vgl. Kurier, 9. Oktober 1975.

vgl. Kreiskys Triumph, in: Oberösterreichische Nachrichten, 6. Oktober 1975.

Papst Paul VI. hatte die Republik 1971 als "Insel der Glücklichen" (also nicht der "Seligen") bezeichnet und damit das hyperboreische Image von "Kreisky-Österreich" mitgeprägt.

Josef A. Nowak: Quastenträger der Macht? Die Verhaberung zwischen Politik und Journalisten ist Folge neuer Verunsicherung, in: profil, Heft 28/1997, S. 24.

Horvath, S. 68.

ner Sekretärin vermittelt wurden, vermochte er vor allem junge Re-

dakteure zu beeindrucken, die durch Bemerkungen Kreiskys wie - "Sie sind der einzige, der verstanden hat, was ich meine!" - sicher nicht in ihrer Kritikfähigkeit gefördert wurden. Des morgens pflegte Kreisky im übrigen von seinem Bett aus zu telephonieren. Mit Redewendungen wie "das sage ich aber nur Ihnen" oder "das ist aber eigentlich vertraulich" waren die meisten innenpolitischen Journalisten vertraut. Nach Lendvai konnte der gelegentliche Zusatz "das

dürfen Sie aber nicht schreiben" nur von "geübten "Kreiskologen""68 dechiffriert werden, womit gemeint ist, daß diese suggestive Aufforderung auch das ge-

Kreisky zahlreiche Meinungsverschiedenheiten

Auch mit Gerd Bacher hatte

naue Gegenteil bedeuten konnte. Kreisky verstand es, bemerkte sein früherer Pressesekretär Johannes Kunz,

mit einer hingeworfenen Vertraulichkeit den Journalisten X für einen Artikel, der ihm gerade politisch gelegen gekommen war, zu belohnen. Ebenso verstand er es aber auch, durch Vorenthalten von Informationen oder auch durch bloßes Ignorieren den Journalisten Y für einen kritischen Artikel, den Kreisky als persönlichen Angriff aufgefaßt haben mag, zu strafen. War ein Journalist in seiner Gunst, dann kam er mit heißen Stories zu seinem Chefredakteur, war er in Kreiskys Mißgunst, dann mußte er sich vom Chefredakteur fragen lassen, wieso das Konkurrenzblatt mit einer Exklusivgeschichte schon wieder publizistisch die Nase vorn hatte.⁶⁹

War Kreisky verärgert, reagierte er mit "Liebesentzug". Es kam vor, daß er vorübergehend eine sogenannte "Eiszeit" über einzelne Journalisten oder sogar ganze Redaktionen ausrief und öffentlich erklärte, mit gewissen ORF-Reportern nicht mehr reden zu wollen. Da Kreiskys in der politischen Landschaft Österreichs singuläres Charisma die Entwicklung zu einer (demokratiepolitisch kritisch zu hinterfragenden) Personalisierung der Politik merklich gefördert hatte, zu einer bisher nicht gekannten Konzentration der öffentlichen Aufmerksamkeit auf eine

⁶⁸ Lendvai: Der "Kreisky-Effekt" und die internationalen Medien, a. a. O., S. 329.

Einzelperson, konnte sich ein solcher "Liebesentzug", der freilich nur selten über einen längeren Zeitraum währte, regelrecht geschäftsschädigend auswirken. Vielleicht hat auch in diesem Umstand folgende Feststellung eines ehemaligen Kreisky-Sekretärs eine Ursache: "Gegenüber Kreisky hatten fast alle Journalisten eine gewisse Beißhemmung"⁷⁰

Beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit riefen andererseits diverse Konflikte hervor, die Kreisky mit einzelnen Medienvertretern hatte. Seine ehr-

liche Meinung über die Chefs der *Kronen-Zeitung*, Hans Dichand und Kurt Falk, vertraute Kreisky jedoch erst seinen Memoiren an, denn selbst der "Sonnenkönig" konnte "gegen die Katholische Kirche, gegen den Gewerkschaftsbund und gegen die Kronen Zeitung nicht regieren".⁷¹

Die (Dichand und Falk, Anm. C. D.) habe ich eigentlich immer für die extremsten Feinde der sozialdemokratischen Bewegung gehalten, auch wenn sie hie und da den Anschein erwecken, daß sie es nicht wären.⁷²

- Oder: "Zum Glück sind die Leser der "Kronen Zeitung" nicht ganz im Banne der Dichandschen und Staberlschen Mentalität (...)".⁷³ - Oder:

Zilk, Dichand und Bacher, das ist ein Triumvirat, das die Medien beherrscht. Dazu kommen einige sie umgebende Krokodilvögel, die Mißbrauch mit den ihnen anvertrauten Millionen für Öffentlichkeitsarbeit treiben.⁷⁴

Doch auch wenn Kreiskys Verhältnis zur "größten Tageszeitung der Welt" nicht unkompliziert war, so ist doch bekannt, "daß er immer wieder den "Rat' von Hans Dichand gesucht hat".⁷⁵ Der "Sonnenkönig" genoß über einen langen Zeitraum das Wohlwollen der *Neuen Kronen Zeitung*, wohl auch deshalb, weil er keine ernsthaften Schritte in Richtung Dekonzentration der Medienlandschaft setzte. Ob die Opposition Dichands gegen Kreiskys sogenannte "Sparbüchlsteuer",

⁶⁹ Johannes Kunz (Hg.): Bruno Kreisky. Ansichten eines Sozialdemokratischen Staatsmannes, Wien 1993, S. 7.

Wolfgang Petritsch, zit. n.: Herbert Lackner: *Haberer und Totschreiber*, in: *profil*, Heft 28/1997, S. 21.

Ernst Hanisch: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994, S. 466.

Kreisky: Der Mensch im Mittelpunkt, S. 63.

⁷³ Kreisky: Der Mensch im Mittelpunkt, S. 315 f.

Kreisky: Der Mensch im Mittelpunkt, S. 314.

also gegen die geplante Zinsertragssteuer, 1983 das Ende dessen Kanzlerschaft (mit)herbeigeführt hatte, gilt als nicht gesichert, Kreisky war jedenfalls dieser Auffassung. 76 Sicher hingegen ist, daß die einzigartige Erfolgsgeschichte der *Neuen Kronen Zeitung* nicht unwesentlich zur Erosion der erwähnten "Lager-Öffentlichkeit", auf die Bruno Kreisky stets hinzuarbeiten wußte, beigetragen hatte.

Andere Journalisten ging Kreisky wesentlich heftiger an, den Ende Juli 1999 verstorbenen Alfons Dalma etwa nannte er einen "Faschisten", einen Mitarbeiter des ORF kanzelte er mit der legendären, freilich vor Paternalismus triefenden Bemerkung - "Lernen Sie Geschichte, Herr Reporter!" - ab und auch mit dem langjährigen Generalintendanten des ORF, dem rechtsliberalen Gerd Bacher⁷⁷, der schon früh mit dem bekannten Epitheton "Tiger" ausgestattet wurde, hatte Kreisky zahlreiche Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Als im Jahre 1972 der bei den XI. Olympischen Spielen im Abfahrtslauf favorisierte Schirennfahrer Karl Schranz aufgrund einer umstrittenen Entscheidung des "Internationalen Olympischen Komitees" nicht antreten durfte und nach Österreich zurückreisen mußte, demonstrierte Bacher, der 1967 Generalintendant wurde, erstmals die Macht des Fernsehens. Am 8. Februar mußte ein merklich indignierter Kreisky den von einer fanatisierten Menschenmenge Richtung Heldenplatz (!) begleitenden Schranz im Bundeskanzleramt empfangen und sich mit ihm auf einem Balkon zeigen. 78 Zu Schranz soll Kreisky gesagt haben: "Es ist gut, daß das nur einem Sportler gilt und nicht einem Politiker." Und ein anderes Mal bemerkte er zur damaligen Situation: "Mir hat die Schranz-Geschichte den kalten Schauer über den Rücken gejagt".79 Zwar ist diese Einschätzung nicht wirklich zu verifizieren, aber es wurde mehrfach festgehalten, daß dieser Vorfall Kreisky zur "Gegenreform" des ORF bzw. zur Beschneidung von Bachers Macht bewogen haben soll. Zwischen Ba-

cher und der SPÖ bzw. dem Gewerkschaftsbund gab es freilich bereits seit 1970 verschiedene Differenzen.80 Zentralsekretär Blecha erklärte 1978, daß die "Gegenreform" der SPÖ nicht zuletzt mit dem Führungsstil Bachers zu tun gehabt hätte, der, so Blecha, die "größte Medienorgel der Republik" zu einer "vierten Gewalt" entwickeln wollte.81 Die endlose Diskussion rund um eine Reform des Rundfunks hatte bereits im Oktober 1964 einen ersten Höhepunkt erreicht, als das von den unabhängigen Zeitungen initiierte "Rundfunkvolksbegehren" über 800.000 Stimmen erhielt.82 Hans Magenschab, der gegenwärtig in der Präsidentschaftskanzlei als Pressesprecher tätig ist, führte die Wahlniederlage der SPÖ von 1966 u. a. auch auf die Konfrontation mit den Massenmedien zurück.83

Mit seinem Parteifreund und intellektuellen Wegbereiter Günther Nenning, dem langjährigen Präsidenten der Journalistengewerkschaft und FORVM-Herausgeber, geriet Kreisky 1968 in einen ernsten Gegensatz, der als Beispiel dafür angeführt werden kann, wie unfair sich der Machtmensch Kreisky, der er natürlich auch war, gegenüber im Grunde loyalen Gesinnungsfreunden verhalten konnte. Er bezeichnete Nenning zuerst im Fernsehen und später nochmals am Parteitag - als "Wurstel" und diskreditierte ihn in mehreren Aussendungen der Sozialistischen Korrespondenz, u. a. unterstellte der Parteivorsitzende, sein Genosse Nenning würde von der KPÖ Italiens und der Industriellen-

⁷⁵ Hans Heinz Fabris: Medienpolitik und mediale Hegemonie, in: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), S. 119.

Kreisky: Der Mensch im Mittelpunkt, S. 313.

Armin Thurnher: Boulevard Abendland, in: profil, Heft 4/1999. Es handelt sich hierbei um ein Porträt Bachers im Rahmen der Serie "Österreicher des 20. Jahrhunderts".

⁷⁸ Hugo Portisch: Österreich II. Jahre des Aufbruchs - Jahre des Umbruchs (3. Bd.), Wien 1996, S. 351 ff.

⁷⁹ zit. n.: Portisch: S. 356.

vgl. z. B. Salzburger Nachrichten, 16. Mai 1970.

Kriechbaumer: Innenpolitik, a. a. O., S. 339, Anm. 1.

⁸² Das Endergebnis (832.353 gültige Eintragungen) wurde am 29. Oktober 1964 in der Wiener Zeitung verlautbart; vgl. dazu und auch zum Text des am 8. Juli 1966 gegen die Stimmen der SPÖ beschlossenen und am 1. Jänner 1967 in Kraft getretenen, Rundfunkgesetzes" Josef Rauchenberger (Hg.): Stichwort Demokratie. 50 Jahre Zeitgeschehen, Wien 1994, S. 837 ff. Der ÖVP schien diese Materie so wichtig, daß sie noch vor Ende der Koalitionsverhandlungen einen Initiativantrag einbrachte; vgl. dazu Fischer, S. 17f u. S. 30.

⁸³ Hans Magenschab: Demokratie und Rundfunk. Rundfunk und Fernsehen im politischen Prozeβ Österreichs, Wien - München 1973, S. 271.

⁸⁴ vgl. Norbert Leser: Salz der Gesellschaft. Wesen und Wandel des österreichischen Sozialismus, Wien 1988, S. 198 ff.

⁸⁵ Protokoll des 19. Parteitages der SPÖ (2. bis 4. Oktober), Wien 1968, S. 127.

medien & eit 3/99

vereinigung finanziert werden. Beinahe wäre es zum Prozeß gekommen, doch auf Vermittlung Benyas versöhnten

sich Kreisky und Nenning rasch wieder.

Und es war ein gewisser Anton Benya", erinnerte sich Nenning, "der eines Tages anrief, sowohl bei ihm als auch bei mir, und gesagt hat, ich glaube, nicht viel feiner als ich's jetzt sag!; Kommt's her, ihr zwei Trotteln zu mir, jetzt müßt ihr euch einigen - das schadet doch der Partei' - da war es bereinigt, in 10 Minuten mit irgendeiner Erklärung, die dann im Par-

teitagsprotokoll publiziert wurde, und von da weg, d, h, nein, die ganz Zeit haben wir uns gemocht.86

Nicht alle Mitglieder des Parteivorstandes und des Präsidiums liebten Kreisky

Unfair und kühl kalkulierend verhielt

sich Kreisky schließlich gegenüber Franz Kreuzer, der im Sommer 1966 durch seine "August-Gespräche" in der Arbeiter-Zeitung, deren Publikation beträchtlichen Mut erforderten, da sie den Interessen der mächtigen Wiener Partei zuwider liefen, nicht unwesentlich zur Wahl Kreiskys am Bundesparteitag des nächsten Jahres beigetragen hatte.87 Nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden mußte Kreisky, "um das Mißtrauen auf der Gegenseite zu bekämpfen"88, u. a. Kreuzer "opfern", um die Wiener Partei und den ÖGB zu befrieden, was mit dem Wechsel zu Paul Blau, der als Mann der Gewerkschaft galt, auch geschah. Diese Entscheidung wurde nicht nur von Norbert Leser kritisiert, der zwei Jahrzehnte später erklärte:

diese Kunst geradezu virtuos beherrscht und angewender, 89

Es gehört zum Wesen der Macht und der Politik, Menschen als Mittel zum Zweck zu benützen, nach Bedarf zu heben und fallenzulassen. Kreisky hat Andererseits gibt es eine ganze Reihe von Beispielen dafür, daß Kreisky, dessen Biographie ein überzeugendes Bild von Mitgefühl als authentischen Bestandteil seiner Persönlichkeit zeichnet, gegenüber Medienvertretern große Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft an den Tag legen konnte. Eines Tages rief er beispielsweise spontan beim langjährigen *profil*-Herausgeber Peter Michael Lingens an, um diesen zu fragen, ob er in den Vereinigten Staaten nach einem Spezialisten suchen soll, der eine Wirbelsäulenerkrankung seiner Tochter behandelt. Eine andere Epi-

> sode, die zu erwähnen lohnt, liest sich beinahe rührend. Der Karrikaturist Manfred Deix, dessen Cartoons mehr als einmal Kreiskys Unmut erregt hatten, trat Mitte der 1980er Jahre an Lingens mit einer ungewöhnlichen Bitte heran. Er benötige aufgrund der raschen Vermehrung seiner geliebten

Katzen ein neues Wohnhaus, habe jedoch finanzielle Schwierigkeiten. Lingens, der an die Lebens-Freundschaft Kreiskys mit Karl Kahane dachte, wandte sich an den Alt-Bundeskanzler, welcher tatsächlich einen Kontakt zu dem Milliardär herstellte. Dessen Sekretär entwarf in der Folge ein Finanzierungsmodell, das den damaligen Möglichkeiten von Deix jedoch nicht entsprach. Herbert Lackner schilderte Kreiskys Engagement wie folgt:

Eines späten Vormittags danach (...) läutete (bei Deix, Anm. C. D.) das Telefon: Bruno Kreisky aus Mallorca. Er habe gehört, daß das mit dem Kahane nicht ganz geklappt hat, aber da er ja jetzt seinen ersten Memoirenband fertig habe und etwas Geld vom Verleger bekomme, könne er Deix ja etwas borgen (...) In tiefer Ergriffenheit lehnte der Künstler ab und weiß noch heute: 'Diese Stunde war der Beginn einer unverbrüchlichen Liebe auf Lebenszeiten'.90

Nicht alle Mitglieder des Parteivorstandes und des Präsidiums der SPÖ liebten Kreisky. Sie waren mit ihm in einer Koalition der Vernunft verbunden, sie waren an ihn gekettet und er an sie. Es ist weithin bekannt, daß die überwältigenden Erfolge der sozialistischen Alleinregierung seit etwa der zweiten Hälfte der 1970er Jahre von einem harten und zudem über weite Strecken öffentlich ausgetragenen innerparteilichen Zwist

Günther Nenning, in: Johannes Kunz (Hg.): Erinnerungen. Johannes Kunz im Gespräch mit Prominenten. Band 3, Wien 1994, S. 154 ff, hier S. 157.

vgl. Horvath, S. 27 ff. Die Autorin schrieb, daß Kreisky anläßlich vieler Gespräche nicht bereit gewesen sei, über diese personalpolitische Entscheidung verbindlich Auskunft zu geben. Hinsichtlich der Details vgl. Pelinka/Scheuch: 100 Jahre AZ, S. 170 ff.

Bruno Kreisky: Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil, Wien 1988, S. 391.

Leser: Salz der Gesellschaft, S. 199.

zit. n.: Herbert Lackner: Hiebe und Liebe. Kreisky und profil, in: 25 Jahre "profil "/Die Profil-Story, Sonderheft vom 14. September 1995, S. 28.

überlagert waren. Eine enge politische Freundschaft mutierte zu inniger Feindschaft. Die Kontrahenten waren Kreisky und Hannes Androsch, Bundeskanzler und Vizekanzler, "politischer Vater" und "Ziehsohn", "Sonnenkönig" und "Kronprinz". Um beide scharten sich im Laufe des Konfliktes Anhänger und Verteidiger auf allen Ebenen der Partei, und manchmal hatte es den Anschein, als würde die SPÖ tatsächlich einer Zerreißprobe ausgesetzt sein. Es sollte bis Anfang 1981 dauern, bis ein verbitterter und enttäuschter Kreisky seinen schillernden Finanzminister endlich "entfernen" konnte. Neben Broda und Firnberg, den Landeshauptmännern Theodor Kerv und Leopold Wagner war u. a. auch der mächtige ÖGB-Präsident Benya immer wieder für den Verbleib Androschs in der Bundesregierung eingetreten. Diese Solidarität trug maßgeblich dazu bei, daß sich Kreisky führenden Mitgliedern des Parteivorstandes immer mehr entfremdete.⁹¹ Wenn er sich innerparteilich nicht durchzusetzen vermochte, suchte Kreisky die Allianz mit den Medien und damit mit der Öffentlichkeit, was innerhalb der SPÖ nicht selten zu Irritationen führte. Im Zuge seiner Auseinandersetzung mit Androsch "bediente" sich Kreisky bevorzugt und mit großem Geschick bürgerlicher Journalisten. Peter Rabl schrieb kurz nach Kreiskys Tod 1990 im *profil*:

In der Kritik an der privaten Geschäftstüchtigkeit seines Vizekanzlers und Finanzministers trafen sich Unbehagen des Kanzlers und Rechercheergebnisse des Magazins. Helmut Voska - wie Kreisky sehr wohl wußte, kein Parteigänger der SPÖ - wurde zum intimsten journalistischen Gesprächspartner des Kanzlers in seiner Androsch-Schlacht. Und folgerichtig verpaßte Kreisky seinem verstoßenen Lieblingssohn in einem Interview mit dem profil-Mann den politischen Fangschuß. Gerade während Androsch damals, im Sommer 1980, mit Freunden in Alpbach voreilig sein politisches Überleben in der Regierung feierte, brummte Kreisky auf Mallorca dessen politisches Todesurteil aufs Tonband. 92

Seitens des sogenannten "Androsch-Clans" wurde wiederholt behauptet, Kreisky habe im Zusammenhang mit den inkriminierten Finanzgebarungen Androschs dem *profil* einschlägige

was Alfred Worm jedoch ausdrücklich verneinte: "Er hat eher angerufen, um sich nach dem Stand der Dinge zu erkundigen als um Informationen zu geben".⁹³ Damals wurde lanciert, daß eines Nachts der spätere Finanzmini-

Informationen zukommen lassen,

ster Ferdinand Lacina, der von 1980 bis 1982 Kabinettschef des Bundeskanzlers war, das Haustor der SPÖ-Parteizentrale in der Löwelstraße aufgesperrt hätte, um Chefredakteur Voska zu einem konspirativen Gespräch zu Kreisky zu führen. 94 Nach Androsch beruht diese Geschichte

jedoch auf Fakten, und er schilderte sie wie folgt:

Verbürgt ist auch die Begebenheit, daß "profil"-Redakteur Helmut Voska, ehemals Mitarbeiter des ÖVP-Pressedienstes und Pressereferent von Finanzminister Prof. Dr. Stephan Koren, am 20. August 1980 während einer abendlichen Tarock-Partie im Cafe Grünwald mit Hans-Paul Strobl, Erwin Rauscher, Helmut Donner und Ernst Wolfram Marboe spätabends telefonisch zu einem Gespräch mit dem SPÖ-Vorsitzenden in die Löwelstraße gebeten wurde, wo ihm von Dkfm. Ferdinand Lacina die Tür geöffnet wurde, der ihn auch durch das dunkle, leere Haus in das im zweiten Stock gelegene Zimmer des Parteivorsitzenden führte. Das Gespräch von Kreisky mit Voska diente dazu, diesen mit vermeitlichem Material auszustatten, das gegen mich Verwendung finden sollte. Nach ungefähr einer Stunde kehrte Voska mehr als verwundert zur Tarock-Runde zurück.95

Einige Bemerkungen zum Medium Fernsehen

In den 1960er Jahren begann das Fernsehen, sich als die wichtigste Form audiovisueller Medienrealität zu positionieren. Zu Beginn des Jahres 1958, drei Jahre nach dem Anfang des Versuchsbetriebs des Fernsehens in Österreich, hatte die Post lediglich 26.800 Bewilligungen ausgegeben. Auch 1965, im letzten Jahr der Großen Koalition, waren erst 27 % der Haushalte mit TV-Geräten (584.549 Bewil-

⁹¹ Christian Dickinger: Der Konflikt zwischen Bundeskanzler Kreisky und Finanzminister Androsch. Versuch einer Rekonstruktion, in: SWS-Rundschau, Heft 1/1998, S. 73 ff.

⁹² vgl. *profil*. Heft 32/1990.

zit. n.: Lackner: Hiebe und Liebe, a. a. O., S. 28.

⁹⁴ vgl. Lackner: *Hiebe und Liebe*, a. a. O., s. a. Beppo Mauhart: *Anmerkungen*, in: Herbert Cordt/Beppo Mauhart (Hg.): *Zurück in die Zukunft*, Wien 1988, S. 254 f.

Hannes Androsch: Konsens und Konflikt als Januskopf (Replik zu meinem Aufsatz "Der Konflikt zwischen Bundeskanzler Kreisky und Finanzminister Androsch", a. a. O.), in: SWS-Rundschau, Heft 4/1998, S. 510.

s. Siegfried Zielinski: Audiovisionen. Kino und Fernsehen als Zwischenspiele in der Geschichte, Reinbek bei Hamburg 1989.

medien & zeit 3/99

ligungen) ausgestattet, 1969 konnte die Millionengrenze überschritten

werden. Der private Besitz von TV-Geräten stieg zwischen 1965 und 1970 von 30 % auf 67 % und ermöglichte eine neue "Qualität" der individuellen Meinungsbildung. Das Fernsehen bzw. das Fernsehgerät figurierte nicht nur als Symbol und Leitmotiv des sozialen Aufstiegs, es funktionierte ebenso als

Effekt des Glaubens an ein Ganzes (den österreichischen Staat), das sich als sozialer Sinn des 'Dazugehörens' vermittelte".⁹⁷

Ebenfalls 1969 wurde im übrigen erstmals eine Sitzung des Parlaments direkt vom ORF übertragen.

In den 1970er Jahren kam hinsichtlich der relevanten Kriterien "Glaubwürdigkeit" und "Reichweite" unter allen Massenmedien dem Fernsehen unbestritten die mit Abstand größte Be-

deutung zu. Der Staatsrechtslehrer und Politikwissenschafter Manfried Welan etwa ortete bereits 1976 "massenmediale, insbesondere televisionäre

Der private Besitz von TV-Geräten ermöglichte eine neue "Qualität" der individuellen Meinungsbildung

Transformationen des Regierungssystems". 98 Eineinhalb Jahrzehnte später konstatierte eben dieser Autor:

Der Erfolg der plebiszitären Kanzlerdemokratie beruhte auf seiner (Kreiskys, Anm. C. D.) persönlichen Autorität, seiner Regierungstechnik und seinem Re-

gierungsstil. Typisch dabei war ein durch Demoskopie und Massenmedien bewirkter Informationskreislauf zwischen Wählerschaft und Regierungschef. Kreisky befriedigte mit seinem sehr persönlichen Regierungsstil das Bedürfnis nach Per-

persönlichen Regierungsstil das Bedürfnis nach Personalisierung der Politik. Ihm lag das "show biz" und der "sound bite". Durch seine Persönlichkeit und Publicity wurde Politik spannend und unterhaltend. Er sprach Theatertraditionen an. Und wenn auch nicht

mehr, so wie früher, der von Egon Friedell so genannte 'atavistische Kult' des Schauspielers in Blüte steht, so sind es doch immer noch die Schauspieler, welche die Österreicher, speziell die Wiener, im Theater und vor dem Bildschirm faszinieren. Vom Stück weiß man oft nicht einmal den Verfasser und von der Inszenierung nicht den Regisseur. In der Politik ist es nicht viel anders. Kreisky war allerdings fast immer auch Regisseur (...).99

Auch wenn speziell während der Reagan-Administration (1981-1988) Kreisky aufgrund seiner unkonventionellen Politik immer mehr in den Ruf des "Antiamerikanismus" geriet, verstand er sich selbst

als pro-amerikanischer Politiker - mit kulturellen anglophilen Neigungen -, der vor allem während der Kennedy-Administration (1961-1963, Anm. C. D.) viel vom politischen Stil der USA der frühen sechziger Jahre rezipierte. Während langer USA-Reisen in den sechziger Jahren studierte er intensiv wesentliche

Faktoren moderner US-amerikanischer politischer Kultur und begann sie auf die österreichischen Verhältnisse hin zu adaptieren (z. B. im Zusammenhang mit TV-Konfrontationen ...). 100

Während die Fernseh-Diskussion zwischen Kreisky und Klaus 1970¹⁰¹ so-

wie das Streitgespräch zwischen dem Bundeskanzler und seinem wenig später verunglückten Herausforderer Karl Schleinzer, der selbst einbekannte, "aus einem anderen Holz geschnitzt" zu sein als Kreisky, im Vorfeld der Wahl von 1975 keine wirklichen Höhepunkte aufwies, sollte sich dies in den nächsten Jahren ändern. Ein Lehrstück für die Prägekraft medialer Dominanz eines Politikers über einen anderen bot der Wahlkampf 1975 bzw. die vielbeachtete Fernseh-Diskussion zwischen Kreisky und dem neuen ÖVP-Obmann Josef Taus, der, obzwar ein angesehener Wirtschaftsfachmann und zudem kein schlechter Rhetoriker, an der Telegenität des Bundeskanzlers scheitern mußte. Taus war zu kühl, zu distanziert, um subtile Ge-

Monika Bernold: Austrovision und Telefamilie. Von den Anfängen einer "historischen Sendung", in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.): Österreich 1945-1995. Gesellschaft. Politik. Kultur; Wien 1995, S. 233.

Manfried Welan: Die Kanzlerdemokratie in Österreich, in: Andreas Khol u. a. (Hg.): Um Parlament und Partei, Graz 1976, S. 175.

⁹⁹ Manfried Welan: *Der Bundespräsident. Kein Kaiser in der Republik*, Wien - Köln - Graz 1992, S. 20.

Oliver Rathkolb: "Europa mit der Seele suchen ...". Bruno Kreiskys andere Europa-Visionen, in: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), S. 99.

Norbert Hölzl: Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 - 1971, Wien 1974, S. 156 ff.

fühle transportieren zu können, zu wenig routiniert, um seine Rolle sicher und glaubhaft zu spielen. 102 Kreiskys virtuoses Spiel mit der Brille, seine Körperhaltung, die Pausen zwischen den demonstrativ Bedeutungsschwere suggerierenden Sätzen, all dem hatte Taus, "der bis dahin von einer Welle der Euphorie getragen worden war"103, nur wenig entgegenzusetzen. Eine Passage der TV-Diskussion blieb besonders nachdrücklich in Erinnerung: Taus wirft Kreisky die zu hohe Staatsverschuldung vor und offeriert seine "Hilfe", was Kreisky indigniert zurückweist. Er hält fest, daß man sich die Höhe der Staatsschulden durchaus leisten könne und zitiert zur Unterstützung dieser Auffassung aus einer Broschüre, welche der ÖVP-Chef selber verfaßt hatte. Unvermittelt erhebt Josef Taus den Zeigefinger und fordert: "Genau zitieren, genau zitieren!" Darauf unterbricht Kreisky, lehnt sich zurück und spielt instinktiv seine ganze Überlegenheit aus: "Herr Dr. Taus, keine versteckten Insinuationen. Wenn ich also zitiere, zitiere ich genau. Nicht mich schulmeistern!" Hugo Portisch ist zuzustimmen, wenn er meint, daß sich die Wählerinnen und Wähler diesen Eklat "länger und besser gemerkt haben als alle Wahlparolen". 104 (Kommunikationswissenschaftlich näher untersucht wurde allerdings nur die Fernseh-Diskussion zwischen Kreisky und ÖVP-Obmann Alois Mock im Jahre 1983.)105

"(…) im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit immer wieder präsent zu sein" - Kreisky und die internationalen Medien

Nach der Wahlniederlage der SPÖ im Jahre 1966 verließ Kreisky am 21. April "schweren Herzens"106 das Gebäude des Außenministeriums am Ballhausplatz, von wo aus er 13 Jahre die österreichische Außenpolitik zuerst mitgeprägt und später bestimmt hatte. Die näch-

außenpolitischen Fragen beinahe nie Stellung, da er sich ganz der Innenpolitik und der Konsolidierung seiner Stellung in der SPÖ widmete. Das Interesse der Bevölkerung an außenpolitischen Fragen wurde erstmals von

sten eineinhalb Jahre nahm er zu

takte zur internationalen Presse.

Kreisky wachgerufen, er war es, der diesen Bereich "nachvollziehbar" machte. Da Kreisky früher als alle anderen den Zusammenhang zwischen Außenpolitik und öffentlicher Meinung zu durchschauen verstand, wobei insbesondere auch auf seine Demokratisierungsambitionen zu verweisen ist¹⁰⁷, legte er während seiner gesamten Tätigkeit größten Wert auf gute Kon-

Die Kritik und der Rat der Presse sind unverzichtbare Bestandteile des demokratischen Entscheidungsprozesses. Am allerwichtigsten für die Außenpolitik ist eine im allgemeinen aufgeklärte öffentliche Meinung - ganz gleichgültig, ob sie pro oder kontra eingestellt ist, weil nur sie in der Lage ist, kompliziene Zusammenhänge zu begreifen.

Und weiter:

Was immer wir von uns aus tun können, es ist begrenzt. Aber eines liegt auf der Hand, nämlich im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit immer wieder präsent zu sein. 108

Diese Feststellungen exemplifizieren nicht nur, daß Kreisky unabhängig von der Person des einzelnen Journalisten die Funktion der Medien in der Demokratie ernst nahm, sie machen auch einmal mehr deutlich, wie sehr der 1911 geborene von einer "historischen Dimension" geprägt war, wie unauslöschlich sich die bekannten Ereignisse der 1930er Jahre in Kreiskys Denken eingebrannt hatten.

Kurt Vorhofer, von dem die geläufigen Zuschreibungen "Journalistenkanzler" und "Opium Kreisky" stammen, schrieb einmal, daß es Auslandsjournalisten oft schwer hatten, "von Kreisky nicht gefesselt zu werden".¹⁰⁹ In dieser wechsel-

¹⁰² vgl. die interessante Analyse von Fritz Plasser: Josef Taus, in: Herbert Dachs, u.a. (Hg.): Die Politiker. S. 566f, sowie allgemein Alexander Vodopivec: Taus & Busek. Persönlichkeit, Konzept und Stil des neuen Führungsteams der ÖVP, Wien 1975.

Müller: Bruno Kreisky, a. a. O., S. 357.

¹⁰⁴ Portisch, S. 407.

Roland Burkart: Politikerdiskussion im Fernsehen. Eine Rezeptionsanalyse der TV-Diskussion zwischen Bruno Kreisky und Alois Mock aus Anlaß der Nationalratswahlen 1983, Wien 1983.

Bruno Kreisky: Im Strom der Politik, Berlin 1988, S. 384.

vgl. dazu den Aufsatz von Helmut Kramer: Zur Rolle der öffentlichen Meinung in der Auβenpolitik, in: ÖZP 13/1984, S. 156 ff.

¹⁰⁸ Bruno Kreisky: *Die Zeit, in der wir leben* (hrsg. von Manuel Lucbert), Wien 1978, S. 76.

Kurt Vorhofer: Die Problematik eines Journalistenkanzlers - Opium Kreisky, in: Kleine Zeitung, 15. Oktober 1971.

medien & eif 3/99

seitigen Faszination lag ohne Zweifel einer der Knackpunkte des außenpolitischen Erfolges des ehemaligen Bundeskanzlers. Der Publizist Paul Lendvai, selbst Co-Autor eines frühen Buches über Kreisky¹¹⁰, stellte dazu fest:

Auch abgebrühte Kommentatoren der großen internationalen Fernsehgesellschaften und Zeitungen können sich nur selten der Wirkung dieses facettenreichen, freilich auch wandelbaren Staatsmannes entziehen. 111

n dieser Stelle ist noch einmal auf das Jahr 1966 zurückzukommen. Kreiskys Nachfolger im Außenamt, Lujo Toncic-Sorini, war ein gebildeter, integrer Politiker, der anläßlich einer Regierungsumbildung im Jänner 1968 von Kurt Waldheim abgelöst wurde. Von Medienarbeit verstand Toncic allerdings nichts, gleich zu Anfang seiner Amtszeit beging er eine gravierende Fehlleistung, die "verheerende Folgen" (Lendvai) nach sich zog. Toncic selbst berichtete in seinen Erinnerungen davon. 112 Die in Österreich akkreditierten Auslandsjournalisten hatten ihm zu Ehren einen großen Empfang im Wiener Hotel "Imperial" gegeben, doch der neue Außenminister ließ die verärgerte Presse stundenlang warten, weil er einer Sitzung des Nationalrates beiwohnte. Eine derartige politische Ungeschicklichkeit, angesichts derer weniger der Respekt vor dem Hohen Haus, als vielmehr eine grobe Fehleinschätzung der Bedeutung der Medien zum Tragen gekommen sein dürfte, wäre Kreisky, dessen Verhältnis zum Parlament im übrigen nie ganz ungetrübt war, einmal gebrauchte er sogar das Wort "Zeitvernichtungsmaschine", niemals unterlaufen.

Natürlich ist es im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich, die Außenpolitik Kreiskys auch nur in groben Zügen zu charakterisieren, einige grundsätzliche Anmerkungen müssen deshalb ausreichen. 113 Die Alleinregierung Kreisky

praktizierte eine - bereits von Waldheim vorbereitete - globale Außen- und Neutralitätspolitik¹¹⁴, deren Entfaltung vor dem Hintergrund einer tendenziellen Entspannung des Ost-West-Konfliktes seit Ende der 1960er Jahre und den damit verbundenen (Vermittlungs-)Spielraum für neutrale (Klein)Staaten zu sehen ist. Beträchtliche Verdienste kamen Österreich beispielsweise bei der Verabschiedung der KSZE-Schlußakte im Sommer 1975 (Helsinki Konferenz) sowie bei den Folgekonferenzen zu. 115 Neben der Neutralitätspolitik, deren Forcierung Hand in Hand mit einer nicht unbeträchtlichen Relativierung der militärischen Landesverteidigung ging, war die Nachbarschaftspolitik eine zweite Grundsäule der Kreiskyschen Außenpolitik, die für alle Gesprächspartner den unschätzbaren Vorteil hatte, berechenbar zu sein. Das außenpolitische Engagement der SPÖ-Alleinregierung konzentrierte sich in den ersten Jahren noch vor allem auf Europa. So wurde ein Freihandelsabkommen mit der EG abgeschlossen, 116 eine Einigung mit Italien in der Südtirolfrage¹¹⁷ erzielt und ein tragfähiges Gesprächsklima zu den kommunistischen Nachbarstaaten aufgebaut. 118 Im Rahmen der Vereinten Nationen bewährte sich Österreich, das 1973/74 Mitglied des Sicherheitsrates war, in weltpolitischen Krisensituationen und konnte sich auf diese Weise große internationale Reputation erarbeiten. 119

Staatsmannes.

Lendvai/Ritschel: Kreisky. Porträt eines

Lendvai: Der "Kreisky-Effekt" und die internationalen Medien, a. a. O., S. 345.

Lujo Toncic-Sorinj: Erfüllte Träume, Wien/München 1982, S. 322 f.

Zur Außenpolitik der Ära Kreisky vgl. die Beiträge in Bielka u. a. (Hg.): Ära Kreisky; Otmar Höll: The Foreign Policy of the Kreisky Era, in: Günter Bischof/ Anton Pelinka (Hg.): The Kreisky Era in Austria (= Contem-

porary Austrian Studies 2), New Brunswick 1994, S. 32 ff; Helmut Kramer: Aspekte der österreichischen Außenpolitik (1970-1985), in: Erich Fröschl/Helge Zoitl (Hg.): Der österreichische Weg 1970 bis 1985, Wien 1986, S. 187 ff. Einen guten Überblick bietet ebenfalls Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-1996), in: Herbert Dachs u. a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 723 ff.

Kurt Waldheim: Der österreichische Weg. Aus der Isolation zur Neutralität, Wien - München - Zürich 1971.

vgl. z. B. Laxenburg Papers Nr. O: CSCE: N + N Perspektives. The Process of the Conference on Security an Cooperation in Europe from the Viewpoint of the Neutral and Non-Aligned States, Wien 1987.

Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.): Österreich und die Europäische Integration 1945-1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung, Wien - Köln - Weimar 1993

¹¹⁷ Rolf Steininger: Südtirol 1918-1999, Innsbruck -Wien 1999.

Erich Bielka: Österreich und seine volksdemokratischen Nachbarn, in: Bielka. u. a. (Hg.), S. 195 ff.

Peter Jankowitsch: Österreich im Sicherheitsrat, in: ÖZA 15/1975, S. 67 ff und ders.: Die Neutralitätspolitik Österreichs und die Vereinten Nationen, in: ÖZP 1979, S. 327 ff.

1971 wurde Waldheim zum UN-Generalsekretär gewählt, fünf Jahre später wurde der ehemalige Außenminister in dieser Funktion bestätigt. In diesen Bereichen gab es einen weitreichenden Konsens mit der ÖVP. Als nächste Grundsäule von Kreiskys Außenpolitik, die von den Christdemokraten heftig beanstandet wurde, fungierte die Nahost-Politik, welche Kreisky in der sogenannten "Dritten Welt" großes Ansehen, in Israel und den USA jedoch viel Kritik einbrachte. Im November 1974 erklärte Kreisky vor der UN-Generalversammlung, daß eine Friedenslösung nur dann möglich sei, wenn "die legitimen Ansprüche des palästinensischen Volkes" zufrieden gestellt und die PLO bzw. Arafat als Ge-

sprächspartner anerkannt werden würden. Die weltweit kritisierte Umarmung zwischen Kreisky und Yassir Arafat im Jahre 1979 kommentierte Kreisky wie folgt:

Ich pflege normalerweise Männer nicht zu umarmen, habe aber Arafats Umarmung als Akt der in diesen Ländern üblichen Höflichkeit betrachtet. 120

Die Anerkennung der PLO im März 1981 sowie die Einladung des libyschen Staatschefs Ghaddafi, der in Wien ungeniert gegen die Vereinigten Staaten polemisierte, führten neben einigen anderen Aspekten zu einer Verschlechterung der Beziehungen Österreichs zu den USA.¹²¹ Kreiskys Verdienst war es, auf die globale Relevanz der Nord-Süd-Problematik aufmerksam gemacht zu haben, wenngleich seine Vision, einen Marshall-Plan für die "Dritte Welt" auf die Beine zu stellen, erfolglos blieb. 122 Als Kreisky 1983 als Bundeskanzler zurücktrat, schied ein weltweit anerkannter Staatsmann aus dem Amt, ein Vordenker der internationalen Politik, ein hochangesehener Gesprächspartner führender Spitzenpolitiker aus aller Welt. Die französische Zeitung Liberation schrieb nach seiner Demission:

Es ist sicher, daß der neue Kanzler, wer auch immer es sein mag, ein 'net-

ter Provinzieller' (...) sein wird, ohne internationale Erfahrungen wie des "Kaisers' Erfahrungen, von denen die Österreicher weiter profitieren werden und all diejenigen, die in Bruno Kreisky nicht den antizionistischen Juden sehen, sondern den aufgeklärten Politiker, der oft zu sagen wagte, was sich andere, auf wichtigeren Sesseln, nicht getrauten.

Und US-Präsident George Bush erklärte nach seinem Tod: "Kreisky war ein wahrer Staatsmann, dessen Dynamik und Einfluß weit über Österreich und Europa hinauswirkten." Natürlich machte Kreisky auch eine Reihe von Fehlern,

Die Alleinregierung Kreisky praktizierte eine globale Außen- und Neutralitätspolitik doch eines seiner unbestreitbaren Verdienste war es, durch seine Überzeugungskraft im Dialog die österreichische Öffentlichkeit für Fragen

der Außenpolitik interessiert und sensibilisiert zu haben.

Daß Kreiskys außenpolitische Erfolge auch auf seinen virtuosen Umgang mit in- und ausländischen Journalisten zurückzuführen sind, kann nicht ernsthaft bestritten werden. Manche Kritiker wie Andreas Unterberger schießen jedoch weit über das Ziel hinaus, wenn sie den "Kreisky-Effekt" a priori auf die (damalige?) Unzulänglichkeit des österreichischen Journalismus zurückführen:

Das Weltgeschehen findet in Österreich, wo es einen kritischen außenpolitischen Journalismus nicht, sondern bloß einen in weltpolitischen Dingen sehr halb gebildeten innenpolitischen Journalismus gibt, überwiegend nur mittelbar in Form von Kreisky-Kommentaren und - Erklärungen statt. 123

Doch ungeachtet seines Vorwurfs hinsichtlich der "internationalen Profilierungssucht des Regierungschefs" konnte der gegenwärtige Chefredakteur der *Presse* folgende Tatsache nicht verdrängen:

¹²⁰ vgl. *Der Spiegel*, 16. Juli 1979.

s. John Bunzl: Israel und Palästinenser. Die Entwicklung eines Gegensatzes, Wien 1983; s.a. Bunzl.: Zur Nahostpolitik der Sozialistischen Internationale und Österreichs unter Bruno Kreisky, in: ÖJIP 1988, Wien - Köln 1988, S. 25 ff; s.a. Bunzl: Between Vienna and Jerusalem, Frankfurt am Main u. a. 1997; Hans Thalberg: Die Nahostpolitik, in: Bielka u. a. (Hg.), S. 293 ff.

¹²² Helmut Ornauer: Ein Marshall-Plan für die Dritte Welt?, in: ÖJP '82, Wien - München 1983, S. 207 ff; vgl. dazu auch die frühe Publikation von Bruno Kreisky: Die Herausforderung, Düsseldorf - Wien 1963, S. 66 ff.

Unterberger: Die Mythologisierung der österreichischen Außenpolitik, a. a. O.; vgl. dazu auch Unterberger: Die außenpolitische Entwicklung, in: Mantl (Hg.), S. 204 ff.

Für die internationalen Medien haben zweifellos die Intelligenz, Brillanz und

Härte, mit der Kreisky zu - einigen - internationalen Fragen immer wieder Stellung nimmt, seine zeitliche Investition, die er seit Jahrzehnten für die Kontakte mit Auslandsjournalisten übrig hat, seine Erfahrung und auch die Zeitdauer seiner Amtsausübung ihre Bedeutung. 124

Kreisky, dem der Kontakt mit der einflußreichen Auslandenresse noch wicke flußreichen Auslandspresse noch wichtiger war als jener mit innenpolitischen Journalisten, fand während seiner Tätigkeit als Außenminister in den großen ausländischen Zeitungen zunächst auch ein größeres Maß an Zustimmung als in der österreichischen Presselandschaft. Er suchte den Kontakt zu den Spitzenjournalisten, Chefredakteuren und Herausgebern ganz bewußt, um seine Politik, um die österreichische Politik, plausibel und nachvollziehbar zu machen, was angesichts massiver Kritik, die an der angeblichen "Ostanfälligkeit" oder an der angeblich "unmoralischen" Neutralitätspolitik geübt wurde, tatsächlich geboten schien. Hintergrundgespräche mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Süddeutschen Zeitung, der Zeit, mit Le Monde, der New York Times, der Washington Post u. a. m. trugen wesentlich zur Klarstellung der österreichischen Position bei. Eine wichtige Rolle nahmen die Medien in Kreiskys Ostpolitik ein. Im Oktober 1967 erklärte er in einer Rede zum Thema "Österreich und seine Außenpolitik":

Wir sind also jedesmal versucht, mit Hilfe der Presse zu zeigen, daß, wenn wir schon nach Warschau und nach Sofia und nach Bukarest gehen, daß wir das als

Exponenten eines durch und durch demokratischen Staates tun, der keinen Zweifel über seine Neutralität und über die Grundlinien seiner Politik zuläßt.¹²⁵

Der oben erwähnte Vorwurf der "Profilierungssucht" Kreiskys tauchte zumeist im Kontext mit der Nahostpolitik des ehemaligen Bundeskanzlers auf, weshalb zum Abschluß noch auf dieses Thema bezug zu nehmen geboten scheint. In wohl keinem anderen Bereich der Außenpolitik zeigte Kreisky in einem vergleichbaren Ausmaß Engagement und Emotion, gleichzeitig

ratiseine

r Po
r Po
t mit
anzteses
t. In
poliAuseitig

wurde auch keine seiner Aktivitäten derart mißverstanden. 126 Obwohl aus heutiger Sicht nicht mehr angezweifelt werden kann, daß Kreiskys Annäherung an das Nahostproblem völlig richtig und er darin seiner Zeit um zwei Jahrzehnte voraus war, ließ er es speziell in diesem sensiblen Bereich zuweilen an Vernunft, Augenmaß und Besonnenheit fehlen. Auch die Perzeption der internationalen Medien schätzte Kreisky in diesem Zusammenhang oft falsch ein. Einmal abgesehen von der höchst umstrittenen Reaktion der Bundesregierung auf die Geiselnahme zweier arabischer Terroristen in Marchegg vom 28./29. September 1973, die schließlich mit Erfolg - die Schließung des Transitlagers Schönau, das jüdische Emigranten aus der UdSSR beherbergte, gefordert hatten, und Kreiskys als "zu nachgiebig" verurteilter Haltung infolge des blutigen Überfalls eines Terrorkommandos auf den Sitz der OPEC in Wien vom 21. Dezember 1975, waren es in erster Linie seine Kommentare zur israelischen Politik, die dem Juden Kreisky verübelt wurden. Seine Wortgefechte mit Ministerpräsidentin Golda Meir, die 1973 nach einem Wien-Besuch - kontrafaktisch - klagte, man habe ihr "nicht einmal ein Glas Wasser"127 angeboten, und deren Nachfolger Menachem Begin, den Kreisky als "kleinen politischen Krämer" und "kleinen polnischen Advokaten"128 apostrophierte, machten häufig Schlagzeilen. Die amerikanische "Jewish Defense League" erklärte, daß Kreisky nach Schönau von vielen Juden als "beschnittener Nazi betrachtet" wird¹²⁹, und die "Maariv" bezeichnete den österreichischen Regierungschef als "ehrlosen Hofjuden". 130 Eine publizistische Bombe zündete Mitte November 1975 der Spiegel mit der Artikelüberschrift "Kreisky: "Die Juden - ein mieses Volk".131 Das Hamburger Nachrichtenmagazin bezog sich auf eine nicht zur Veröffentlichung bestimmte Bemerkung Kreiskys, welche dieser in einem Gespräch mit dem

¹²⁴ Unterberger: Die Mythologisierung der österreichischen Auβenpolitik, a. a. O.

¹²⁵ Kreisky: Reden, Band 1, S. 740.

¹²⁶ Zusätzlich zur oben angeführten Literatur vgl. hier vor allem Bruno Kreisky: Das Nahostproblem. Reden. Kommentare. Interviews, Wien 1985.

¹²⁷ Golda Meir, *Mein Leben*, o. O. 1975, S. 437 ff. Zur Widerlegung vgl. Margit Schmidt, in: Gatty u. a. (Hg.), S. 142 f.

¹²⁸ vgl. *Die Furche*, 15. September 1978. Ursprünglich machte Kreisky diese Aussagen gegenüber James Dorsey von der holländischen Zeitung *Trouw*.

vgl. Westdeutsche Zeitung, 15. November 1975.

¹³⁰ vgl. *Maariv*, 14. November 1975.

vgl. Der Spiegel, 17. November 1975.

israelischen Journalisten Zeev Barth, in dessen Verlauf Kreisky die Nerven durchgegangen waren, gemacht hatte. Nachdem er Barth mit der lautstark vorgebrachten Begründung, er wolle sich nicht verhören lassen, beinahe rausgeworfen hätte, wollte er einen "versöhnlichen Spaß" machen, indem er erklärte: "Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk". Dieser Satz wurde vom *Spiegel* völlig aus dem Kontext gerissen, weshalb sich Herausgeber Rudolf Augstein etwas später brieflich entschuldigte. Kreisky empörte sich allerdings in einem Leserbrief über "unkorrekten Journalismus".

Trotz dem einen oder anderen Eklat, der einen oder anderen Fehleinschätzung, ist festzuhalten, daß sich Kreiskys Außenpolitik langfristig als visionär und durchaus erfolgreich herausstellte. Er war einer der wenigen Staatsmänner, dem auch in Zeiten des "Kalten Krieges", in politischen Konstellationen einer scheinbar unversöhnlichen Gegnerschaft zweier oder mehrerer Parteien, das Prinzip "Versöhnung", welches er zudem im Bereich der Innenpolitik (Katholische Kirche, Habsburger, "Drittes Lager") zur Geltung gebracht hatte, die Richtschnur seines Denkens und Handelns war. Das letzte Wort soll die Zürcher *Weltwoche* haben, welche indizierte, daß schon

etliche seiner (Kreiskys, Anm. C. D.) staatsmännischen Extravaganzen im Rückblick an Logik gewonnen haben. Als Außenminister war Kreisky der erste, der ungeniert ins kommunistische Lager reiste. Heute gehören die West/Ost-Kontakte zum täglichen Brot sämtlicher europäischer Regierungen. Als Bundes-

kanzler war er der erste, der Sadat international aufwertete. Heute ist der Ägypter die größte Friedenshoffnung der westlichen Welt. 132

Schlußwort

Während Kreiskys Zeit als Bundeskanzler konnte die SPÖ mit Hilfe einer "stillen Koalition" von sympathisierenden Der Autor

Mag. **Christian Dickinger** (1970)

politischer Schriftsteller, diverse Veröffentlichungen, darunter: Der Bundespräsident im politischen System Österreichs, Innsbruck - Wien 1999.

Intellektuellen und Medienmitarbeitern eine Art "massenkulturelle

Hegemonie" erringen, welche die Umsetzung der Kreiskyschen Reformpolitik vorantrieb und das Kunststück dreier absoluter Mehrheiten bei Parlamentswahlen hintereinander erleichterte. 133 Dieser "stillen Koalition" sind wichtige Veränderungen im Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit, im Selbstverständnis der Journalisten und in weiten Bereichen des österreichischen Kulturschaffens zu verdanken. Mit der Kanzlerschaft Kreiskys ging eine Entwicklung einher, die sicher auch ohne ihn eingesetzt hätte, wenngleich nicht in einer vergleichbaren Geschwindigkeit und wohl auch nicht

von jener grundsätzlich optimistisch-positiven Einstellung zu den neuen Aufgaben der Medien (begleitet), die zumindest als Zielsetzung und Ideal auch unter den minderwertigen Medien Österreichs fortwirkt. 134

Politik wurde von Kreisky als öffentlicher, demokratischer Dialog verstanden, in welchem er Journalisten - zumeist - als respektierte Partner betrachtete. Wie kein anderer österreichischer Politiker vor oder nach ihm verstand Kreisky es aber auch meisterhaft, Journalisten in seinen Bann zu ziehen und zu manipulieren. Der "Medienkanzler" Bruno Kreisky symbolisierte und kommunizierte den "sozialliberalen Konsens" der 1970er und frühen 1980er Jahre derart glaubhaft, daß Peter Michael Lingens, einer der bedeutendsten Journalisten des Landes, dessen eigene Karriere durch grobe "Kommunikations-

fehler" einen tiefen Einbruch erlitt, die "Ära Kreisky" als das "beste Österreich, das es jemals gegeben hat" bezeichnen konnte.¹³⁵

¹³³ Christian Dickinger: Intellektuelle und Sozialdemokratie, in: Die Zukunft, Heft 4/1998, S. 16 ff.

¹³⁴ Nowotny: Was bleibt von der Ära Kreisky, S. 46.

³⁵ zit. n.: Hanisch, S. 470.

vgl. Welnvoche, 11. Juli 1979.

Hugo Portisch

über das "Rundfunk-Volksbegehren"

(protokolliert von Sylvia Patzer)

... 1963 waren die beiden Koalitionsparteien schon fast im 20. Jahr ihrer Regentschaft und haben ein neues Koalitionsabkommen geschlossen. Bei diesem Koalitionsabkommen haben sie auch einen Geheimpakt vereinbart. In diesem Geheimpakt stand: "Und jetzt hören wir auf zu streiten um Rundfunk und um Fernsehen", - denn 1963 war das Fernsehen natürlich schon ein erkanntes meinungsbildendes Medium - "Wir werden uns einfach die Kontrollen über diesen Rundfunk teilen". Denn damals war es so: Der Hörfunk war schwarz, das Fernsehen war rot. Das Fernsehen bekam mit der Zeit Übergewicht und die beiden Parteien haben sich da gegenseitig blockiert. Die haben das Geld nicht hergegeben, weder für das eine noch für das andere Instrument. Jetzt wollten sie das also bereinigen: "Wir machen ein Kontrollabkommen über den Rundfunk und zwar als Sideletter sozusagen zu dem Koalitionspakt und das wird nicht veröffentlicht". Also ein geheimes Abkommen, das besagte, alle Positionen im Hörfunk und im Fernsehen werden in jeder Abteilung parteipolitisch besetzt, das heißt, wenn ,rot 'der Chef ist, dann ist ,schwarz 'der Stellvertreter, wo ,schwarz 'der Chef ist, ist ,rot 'der Stellvertreter und so können wir uns gegenseitig kontrollieren.

Abgesehen davon, daß man schon damals die Praxis hatte, im Hörfunk, wie im Femsehen Parteipolitisches nur dann zuzulassen, wenn es die Parteisekretariate genehmigten und daß man dann praktisch in Minuten abgemessen hat, wieviele werden gesendet für die eine Partei, diese Minutenanzahl muß auch die andere bekommen. Entweder in der gleichen Sendung oder gleich danach. Also es war ein totales Proporzabkommen, meiner Ansicht nach eine Knebelung der Meinungsfreiheit im Hörfunk und im Fernsehen, also totale Kontrolle.

Als wir diese Zeit rekonstruiert haben für unsere Fernsehsendung "Österreich II" sind wir draufgekommen, daß die Parteien auch noch vereinbart haben, daß möglichst gar nichts gesendet wird, was nicht parteioffiziell zur Sendung freigegeben wird. Das war eine zusätzliche Vereinbarung. Dadurch haben wir bei "Österreich II" keine Materialien auffinden können. Wir haben gesagt: "In der Innenpolitik muß doch irgend etwas los gewesen sein. In der Wirtschaftspolitik muß was los gewesen sein." Aber es gab keine Materialien. Der ORF besaß keine, weil auch keine gesendet worden sind. Als wir geschaut haben, was überhaupt gebracht worden ist, zum Beispiel in der Austria Wochenschau, da waren boxkämpfende Känguruhs in Australien, die sowjetische Fischereiflotte vor Kamtschatka, die dänische Prinzessin auf Staatsbesuch in Argentinien, dressierte Affen in Saint Louis und dann war die Eröffnung des Autobahnstücks irgendwo bei Amstetten. Also wenigstens ein Stück Amstetten. Der Herr Minister hat gesprochen, ungefähr eine Minute. Sein Stellvertreter, also sein Aufpasser, hat gesprochen, auch eine Minute. Dann war 30 Sekunden ein Zusammenschnitt von 15 Bildern oder mehr von der Autobahn; nichts zum Verwenden. Also das war's, was man durchgelassen hat in der Zensur.

Kurz, das war also die Vereinbarung. Und ich war zu der Zeit Chefredakteur des Kurier, damals die größte Zeitung Österreichs, auch wahrscheinlich die politisch einflußreichste und es kam mein Innenpolitiker zu mir und sagte: "Ich habe das aufgetrieben, da ist das Geheimabkommen in Kopie." Man hat es ihm ,gesteckt'. Wir haben gefragt: "Ist das echt?" Haben sofort herumtelefoniert und festgestellt: "Ja, das ist echt, das haben die wirklich abgeschlossen, das gibt's doch nicht!" Große, große Erzürnung. Und ich habe gesagt: "Da schimpfen wir über den Ostblock, über Zensur in den Diktaturen und da machen die hier solches! Das geht nicht, das ist demokratiegefährdend, echt demokratiegefährdend und infolgedessen werden wir etwas dagegen tun."

Ich habe einen Leitartikel geschrieben, einen ungeheuer aufgebrachten und habe sozusagen gewütet in diesem Leitartikel: "Das geht nicht, das ist nicht zulässig, sie ruinieren die Demokratie, etc. etc.". Und laß das wie immer - alle Artikel, die bei uns geschrieben worden sind, hat

Dieser Vortrag wurde von Hugo Portisch anläßlich der Jahrestagung der Österreichsektion des deutschen Studienkreises für Rundfunk und Geschichte am 14. November 1998 im ORF-Zentrum Wien gehalten.

allem auch der Chefredakteur der Wochenpresse, die damals ein sehr

gewichtiges Organ war, auch ein politisch gewichtiges, der Bruno Flajnik. Und die beiden haben gesagt: "Wir machen sofort mit", und haben den selben Kupon mit großen Aufmachern: "Protest, Protest!" dann einen Tag später auch in ihren Zeitungen abgedruckt, und innerhalb von ,ich glaube fünf Tagen' waren hunderttausende Stimmen da. Und das war deshalb so erstaunlich, weil fast jeder in diesem Land koalitionsabhängig war. 60% der Wirtschaft waren mehr oder weniger verstaatlicht, jedenfalls unter der Einflußsphäre der Parteien. Selbst die Privatwirtschaft war von der Koalition in einem großen Maße abhängig, man konnte ja fast keine Position in dem Land bekommen, ohne nicht bei einer Partei zu sein oder die Protektion einer der großen Parteien zu genießen. Und daß hier die Leute mit Namen und Adresse aufstehen, ganz gewiß 90% von denen waren von Parteien abhängig, da war auch den Parteiführungen in dem Moment klar: "Hier geht etwas vor." Ich will das jetzt nicht vergleichen mit der DDR: "Wir sind

Das war die Geburtsstunde

aller Volksbegehren,

die nachher gekommen sind

das Volk", aber ein Miniaturaufstand dieser Art war es. Es war für die Politiker jedenfalls ein Aufstand, groß genug, um sich

dann zu melden. Mich hat angerufen der Bundeskanzler Gorbach und zehn Minuten später der Vizekanzler Pittermann (Gorbach: ÖVP, Pittermann: SPÖ): "Kommen Sie bitte ins Parlament, ich möchte mit Ihnen sprechen." Ich rufe daraufhin Csoklich und Flajnik an und sage: "Die wollen sprechen und sicher über unsere Aktion. Seid Ihr einverstanden, wenn ich das mache?" "Ja, ja, voll, tu nur!" Und natürlich hätte ich gerne gewollt, daß die auch mitgehen, aber das war so schnell nicht organisierbar. Im Parlament haben sie mich einzeln empfangen, nicht gemeinsam, zuerst der Bundeskanzler Gorbach, aber beide haben die selbe Frage gestellt: "Was müssen wir tun, damit Ihr aufhört mit der Kampagne?" Das war die Geburtsstunde aller Volksbegehren, die nachher gekommen sind.

Die Antwort hatten wir vorher koordiniert, Csoklich, Flajnik und ich. Wenn die fragen, dann stellen wir folgende Bedingungen: Erstens, dieses

ein anderer gegengelesen - vom Chef vom Dienst, dem Hermann Stöger gegenlesen und der kommt herein und sagt: "Ja, ja, das ist unsere Stimmung, das ist so, aber geschehen wird nichts!" Sage ich: "Na ja, was sollen wir denn sonst machen?" Darauf Stöger: "Wir müßten etwas machen. Die Leute müßte man aufrufen oder so." Darauf sage ich: "Ja, das wollen wir eh schon seit langem." Schon als sie den "Watschenmann" eingestellt haben - der wurde auch abgewürgt vom Proporz, also der Regierungskoalition. Der "Watschenmann" war eine satirische Sendung im Rot-Weiß-Rot, damals ein amerikanischer Besatzungssender. Die alten Kabarettisten mit dem Helmut Qualtinger an der Spitze, Gerhard Bronner, Kreisler, Wehle und Mauthe, allesamt ganz große Leute, die haben diesen "Watschenmann" gemacht. Kaum waren die Amerikaner weg, wurde der Sender Rot-Weiß-Rot sofort von der RAVAG vereinnahmt und die hat den "Watschenmann" abgedreht. Damals wollten wir schon ein Volksbegehren durchsetzen, daß der "Watschenmann" bleibt und sind draufgekommen: "Ja, in der Verfassung sind Volks-

begehren und Volksabstimmung vorgesehen, aber kein österreichisches Parlament hatte bis dahin die Durchführungsbestimmungen verabschiedet. Infolgedessen, wo keine Durchführungsbestimmungen sind, kann das auch nicht stattfinden." Also, haben wir gesagt: "Das kennen wir schon vom "Watschenmann",

wir können kein Volksbegehren starten, weil es keine Durchführungsbestimmungen gibt." Ich habe nachgedacht und gemeint: "Wenn wir den Druck von der Öffentlichkeit her, von der öffentlichen Meinung her auf die Koalitionsparteien erhöhen, vielleicht kriegen wir das durch, daß sie endlich die Durchführungsbestimmungen machen". Und habe dann gemeint: "Wie erhöht man Druck? Schalten wir morgen einen Kupon ein, auf der ersten Seite, wo wir sagen: "Leser unterschreibe diesen Kupon'. ,Ich heiße so und so, wohne dort und bin geboren dann und dann, also ganz identifizierbar, protestiere und wünsche und fordere'..." Und haben einen solchen Protestkupon in die Zeitung eingeschaltet. Das Echo war ungeheuer. Am ersten Tag sind bereits Expressbriefe und Postkarten gekommen. Von überall wurden wir angerufen und das war nicht nur ein großes Echo unter der Leserschaft und unter den Menschen, sondern es haben mich auch Kollegen angerufen. Der Chefredakteur der Kleinen Zeitung in Graz, Fritz Csoklich, und vor

Geheimabkommen muß sofort annulliert werden, das darf nicht in

Kraft treten, das ist das Um und Auf. Das zweite ist, der Rundfunk muß entparteipolitisiert werden, nicht entpolitisiert, aber entparteipolitisiert. Auch jetzt schon war der Hörfunk und das Fernsehen natürlich völlig unter Parteikontrolle. Es hätte dieses Abkommens gar nicht bedurft, sie wollten nur diesen Istzustand fixieren mit diesem Abkommen. Und drittens, da muß eine Reform rein, die auch das freie Wort gewährleistet. Das gibt es nicht, daß Nachrichtensendungen tagelang

ohne ein Wort über die Innenpolitik verlaufen. Man stelle sich das vor: Tagelang Meldungen, alles übers Ausland, nichts über Österreich. Also das geht

Die wichtigsten Organe in den Bundesländern und in Wien sind hinter dem Volksbegehren gestanden

nicht, das sind ganze große, meinungsbildende Instrumente und da muß einfach Demokratie rein und das können sich die Parteien nicht unter den Nagel reißen. Sie können vor allem nicht die Berichterstattung verhindern.

Ich darf daran erinnern, daß zum damaligen Zeitpunkt die Beamten Auskunftsverbot gehabt haben. Also, wenn sie einen Beamten einmal angerufen haben, egal wo, dann hat er gesagt: Ich darf nichts sagen. In allen Ministerien. Die Politiker hingegen waren entweder nicht erreichbar, oder sie haben gesagt: "Da sagen wir nichts!" Also das ist heute alles undenkbar, aber so war es. Wir mußten warten, vier oder sechs Wochen auf irgend eine kleine Pressekonferenz. Wenn der Bundeskanzler interviewt worden ist, sind vor-

her die Fragen und die Antworten ausgearbeitet worden. Dann hat das Sekretariat im Rundfunk und im Fernsehen angerufen und hat gesagt: "Schickt einen her, der soll das fragen." Und dann ist der gekommen, hat das vorher studiert und vor der Kamera haben sie die Zetteln gehalten.

Ja, der Reporter hat gefragt, der Bundeskanzler oder irgendein Minister hat daraufhin das andere Papierl genommen und hat geantwortet. Ein vorbereitetes Spiel. Und das bitte fast 20 Jahre nach dem Krieg, 20 Jahre nach der NS-Diktatur. Das war unfaßbar! Also daher: Entparteipolitisierung des Hörfunks und des Fernsehens. "Aber natürlich, wir brauchen Zeiträume. Die können uns das nicht nur so versprechen

und dann nichts machen, sondern das muß innerhalb der Jahresfrist geschehen. Innerhalb eines Jahres muß diese Reform über die Bühne gehen." Darauf haben die Politiker gleich gesagt: "Ja, so haben wir es uns eh gedacht, ein Ministerkomitee wird eingesetzt, unter der Führung des Justizministers Broda und des Unterrichtsministers Drimmel und zwei andere kommen noch dazu und die sollen diese Rundfunkreform innerhalb eines Jahres machen." War schon verdächtig: vier Minister: zwei rot, zwei schwarz, was werden sie also groß reformieren?

Aber damit haben wir ja gerechnet, daß sie unter Umständen nichts machen werden und in der Zwischenzeit, in dieser Jahresfrist, muß das Parlament die Durchführungsbestimmungen für Volksbegehren und Volksabstimmung beschließen, damit wir, wenn sie diese Reform innerhalb eines Jahres nicht ma-

chen, damit wir das Instrument haben, sie zu zwingen zu der Reform. Das war natürlich unsere schärfste Waffe, die Durchführungsbestimmungen für Volksbegehren und Volksabstimmung. Das haben sie also zugesagt. Wir haben das groß gewürdigt, die *Kleine Zeitung*, die *Wochenpresse* und der *Kurier* haben gesagt: "Gut, die haben reagiert auf Volkes Wille." Das war 1963, gleich zu Beginn der Regierung Gorbach, Pittermann und im Jahr 64 lief diese Frist ab.

Wie gesagt, nachdem die Sache schon ganz reif war, mußten wir ein Ventil öffnen. Diese große Koalition war ja total verkrustet, fast schon 20 Jahre am Ruder, alles unterdrückt und unterstellt, die späteren Prozesse haben das ja erwiesen, die großen Skandale, die da während der Koalition stattgefunden haben. Man hatte schon den Eindruck, daß da ungeheuer viel zugedeckt worden ist.

Sie haben jedenfalls diese Durchführungsbestimmungen für Volksbegehren und Volksbefragung gemacht und wir hatten das Instrument. Der Aufruf zur Reform des Rundfunks war damit auch die Geburtsstunde aller nachfolgenden Volksbegehren und Volksbefragungen bis zum heutigen Tag.

Dann war es so weit. Diese Frist war abgelaufen, sie hatten nichts getan und da haben wir noch einen letzten Versuch gemacht. Es galt natürlich das erste Volksbegehren der Republik durchzuführen,

ohne Geld dafür zu haben und ohne die geringste Unterstützung von Seiten des Staates. So dachten wir, es wäre ganz gut, wenn der Kelch an uns vorüberginge, denn wir waren unerfahren auf dem Gebiet. "Wenn sie uns jetzt in die Hand hinein versprechen, morgen machen sie die Sitzung und morgen geht es, dann schauen wir noch zu." Eine Wochenfrist hatten sie noch, oder 14 Tage. Ich ging also zu den Ministern. Der Drimmel hat uns gnädig empfangen, der Broda hat uns fast hinausgeschmissen. Das muß ich leider sagen, obwohl ich ihn sehr geschätzt habe und möchte gleich hinzu sagen, er war ein großartiger Justizminister der ganz große Reformen gemacht hat, wie die Familienreform, etc. Ich will da objektiv bleiben, aber in dieser Sache hat er kein Einsehen gekannt.

In dem Moment, wo die Frist abgelaufen war und die haben nichts gemacht, haben wir gesagt, "Wir erfüllen das, was wir unserer Leserschaft versprochen haben. Wir machen jetzt das Volksbegehren." Da gingen unendlich viele an Bord. Also einer, dem ich das ganz hoch anrechne bis zum heutigen Tag, war der Günther Nenning, der damals Präsident der Journalistengewerkschaft war, ein Sozialdemokrat, damals hießen sie noch Sozialisten, ein Mann des ÖGB, der sofort gegen diesen Stachel gelöckt hat.

Die SPÖ und die ÖVP haben geschäumt, daß wir das machen wollen. Wir haben schreckliche feindselige Angriffe bekommen, in der Arbeiter Zeitung (SPO), im Kleinen Volksblatt (ÖVP), alles nachzulesen. Es war unglaublich, wie sie uns angegriffen haben: wir sind eine Kommerzpartei, wir sind die Faschisten, wir wollen den Staat, ... und so weiter, also alles mögliche wurden wir da genannt. Der Günther Nenning hat gesagt: "Nein, das ist richtig! Als Präsident der Journalistengewerkschaft bin ich absolut dafür." Er ist dann auch innerhalb der Gewerkschaft von Pontius zu Pilatus gelaufen, um dort Support zu mobilisieren. Hat dort und da ein bißchen was gekriegt, auch von anderen Gewerkschaften, aber da die SPÖ eine viel strengere Parteidisziplin hatte damals, hat sich dort fast niemand rausgetraut. Bei der ÖVP ja auch fast niemand, nur war es halt so, daß bei den Zeitungen mehr Bürgerliche darunter waren. Die AZ hat natürlich nicht mitgemacht, das Volksblatt auch nicht. Aber nach und nach haben fast alle Parteiunabhängigen mitgemacht: 52 Zeitungen und Zeitschriften haben sich der Sache angeschlossen. Wofür wir wahnsinnig dankbar waren, war die *Presse*.

Wofür wir auch sehr dankbar waren, war die Kronen Zeitung und dann natürlich die Salzburger Nachrichten, die Oberösterreichischen Nachrichten, beide Tiroler Zeitungen. Also alles, was nicht parteipolitisch war, hat mitgezogen. Die Parteizeitungen durch die Bank nicht. Ebenso der Express nicht, der war zu stark sozialdemokratisch. Express war eine gemeinsame Gründung Molden, Bacher, nur hatten sie das Geld dazu nicht und haben am Anfang 50 % der Anteile an die SPÖ verkauft plus 1 % Option. Die SPÖ hat von dieser Option dann später Gebrauch gemacht, ich glaube irgendwann im Jahr 1962/63.

In dem Moment, wo es heikel geworden ist, haben sie das eine Prozent beansprucht. Damit war die Unabhängigkeit verloren. Obwohl der Express auch davor schon zu 50 % im Besitz der SPÖ war, hatten Molden und Bacher sich lediglich verpflichtet, generelle Prinzipien einzuhalten, mit denen man durchaus einverstanden sein konnte. Sie sind dann ausgestiegen und danach waren durchwegs von der SPÖ bestellte Chefredakteure dort und es war eine die SPÖ ziemlich offen unterstützende Boulevardzeitung. Gut gemacht, am Anfang, dann immer schlechter. Aber so war es halt. Überall, wo die Parteien reingegangen sind, haben sie eigentlich die Zeitungen ruiniert. Selbst die Besatzungsmächte haben ihre Zeitungen übergeben. Mit Ausnahme des Kurier wurden alle parteimäßig übergeben, so z.B. Weltpresse und Welt am Abend an die Sozialdemokraten, aber wo immer sie rein sind, haben sie es ruiniert.

Zurück zum Volksbegehren: Wir hatten zum Schluß 52 Verbündete, wobei wahrscheinlich ein Dutzend Tageszeitungen waren, der Rest waren Wochen- und Monatszeitschriften, jedenfalls war es eine geballte Ladung. Die wichtigsten Organe in den Bundesländern und die wichtigsten Organe in Wien sind da hinter dem Volksbegehren gestanden. Wir haben ein Volksbegehrenskomitee gegründet. Wir haben dort eine große Resolution gefaßt, wo wir genau gesagt haben, was wir wollen, genau unsere demokratische Zielsetzung niedergelegt haben. Beim Volksbegehren war es notwendig, ich weiß nicht wieviel hunderttausend Stimmen damals, es war jedenfalls sehr hoch - 100.000 Stimmen einzuholen, damit es überhaupt durchgeführt werden kann. Auch heute müssen sie Stimmen

medien 8 z.e. 17 3/99 einholen, damit es durchgeführt werden kann, aber bedeutend we-

niger. Damals war die Latte ganz hoch gelegt, aber es war für so viele Zeitungen natürlich auch keine Affäre. Wir hatten die Unterschriften im Nu beisammen gehabt.

Eine weitere Schwierigkeit war natürlich, daß die Herausgeber - wir waren ja die Chefredakteure, die Eigentümer der Zeitungen waren die Herausgeber - und die Eigentümer jetzt erkannt haben: "Was wollen die Chefredakteure? Die wollen uns da eine Mordskonkurrenz anzüchten, einen guten Rundfunk, einen guten Hörfunk, ein gutes Fernsehen. Das wird für die Zeitungen schlecht ausgehen. Jetzt ist der Rundfunk so fad, man muß Zeitung lesen, weil man kommt mit Hörfunk und Fernsehen nachrichtenmäßig überhaupt nicht durch und natürlich haben wir dadurch auch die Werbung." Die Herausgeber haben Bedenken bekommen. Aber es war zu spät. Wir, die Chefredakteure, hatten eine solche Dampfwalze in Gang gesetzt. Überall waren die Chefredakteure Widerstandskämpfer in ihren eigenen Häusern. Es war nun Widerstand gegen die eigenen Herausgeber, die man erst alle überzeugen mußte. Wenn es gut gegangen ist, konnte man sie überzeugen, wenn es schlecht gegangen ist, mußte man fast gegen ihren Willen die Dinge durchsetzen, wobei wir notfalls sogar an Streiks gedacht haben, um das durchzusetzen. Wir waren besessen von der Idee: "Wir müssen dieses Land demokratisieren und dazu braucht es diese Instrumente Hörfunk und Fernsehen, es braucht eine freie Meinungsbildung." Ja, da muß ich sagen, da haben wir unseren Herausgebern wirklich die Daumen-

schrauben angesetzt. Der Herausgeber des Kurier, der Dr. Ludwig Polsterer, der das Ganze auch nicht so jubelnd gesehen hat, der es auch mit größter Skepsis betrachtet hat, der öfters gesagt hat: "Also das möchte ich mir jetzt anschauen, das wird sicher kein Erfolg." Hat sich aber dann doch - breitschlagen möchte ich nicht sagen - bereit erklärt, uns alles zur Verfügung zu stellen, was wir gebraucht haben. Und das haben wir. Der Kurier hatte damals das beste PR-Lokal in der Stadt, das sog. Kurier-Eck, Ecke Kärntnerstraße beim Hotel Sacher, dort, wo jetzt das Reisebüro Intropa drinnen ist, das war das sog. Kurier-Eck als Zentrale.

Noch eine Erschwernis war - das muß man heute auch nicht mehr - man mußte für das Volksbe-

gehren einen genauen Gesetzestext haben, also ein total ausgearbeitetes Gesetz. Dieser vollständige Text lag dann zur Unterschrift vor, mit dem Zusatz: "Ich begehre, daß der Nationalrat im Parlament dieses Gesetz berät und ich begehre, daß der Nationalrat dieses Gesetz auch zum Gesetz erhebt." Darunter die Unterschrift. Das war natürlich sehr kompliziert, das Gesetz. Wir haben einige der besten Anwälte dieses Landes herangezogen. Wir haben ausländische Expertisen herangezogen, insbesondere von der BBC in London und haben, wie ich glaube, ein ganz sauberes Gesetz gemacht, weil es sich auch an die BBC-Linie gehalten hat. Das haben wir eingebracht und jetzt war die Frage: "Wer wird sich trauen, da wirklich hinzugehen und zu unterschreiben?"

Da hatten wir jetzt eine ganze Reihe von Schwierigkeiten. In vielen Bürgermeisterämtern in den Ländern draußen haben es die Bürgermeister einfach in den Papierkorb geworfen, was sie an Unterlagen vom Innenministerium bekommen haben. "Da soll man was aushängen und da soll noch was unterschrieben werden, und ein Abstimmungslokal - das ist ja keine Wahl!" Also in vielen, vielen Ortschaften wurde das Volksbegehren einfach nicht zur Kenntnis genommen. In Wien war es besonders arg für uns, weil die haben gesagt: "Ja, das müssen wir ja wohl, weil Gesetz ist Gesetz, aber unterschrieben kann nur auf den Magistratischen Bezirksämtern werden." Das heißt, wir hatten in ganz Wien 23 Lokale zum Unterschreiben und nicht eines mehr. Das muß man sich nur vorstellen. Wir dachten: "Gesetzt den Fall, es gehen 20.000 zum Unterschreiben in Wien, stehen sie zwei Stunden Schlange bei 23 Lokalen. Das wird nicht gut gehen." Aber wir konnten nichts mehr machen. Eintragungsfrist eine Woche, 23 Lokale, noch dazu nur in der Arbeitszeit geöffnet - denn die Leute wollten ja gehen, wenn sie nicht arbeiteten. Also es war fast nicht zu erwarten, daß wir da durchkommen werden.

Darüber hinaus kam der nächste Schlag. Hörfunk und Fernsehen bekamen von ihren Direktoren den strikten Auftrag: "Volksbegehren wird nicht erwähnt!" Das erste Volksbegehren dieser Republik wurde im Hörfunk und im Fernsehen mit keinem einzigen Wort erwähnt. Das muß man sich auch vorstellen. Heute muß das regierungsfeindlichste Volksbegehren natürlich nach allen Regeln der Kunst von Hörfunk und vom

Fernsehen behandelt werden, aber es ist schon eine Folge dessen, was damals geschehen ist. Also es wurde nicht erwähnt.

Wir hatten in dieser Zeit auch eine Diskussionsrunde laufen, beim Hörfunk, noch nicht beim Fernsehen, aber beim Hörfunk: Chefredakteure diskutieren. Ich weiß nicht, welchen Titel diese Sendung hatte damals, aber es war eine Diskussionsrunde von Chefredakteuren. Und da war auch der Herr Molden, damals noch Chefredakteur der Presse, der Oscar Pollak von der Arbeiter Zeitung, der Grössl vom Volksblatt, ich vom Kurier - ich glaube, wir waren nur zu viert. Und der Herr Polly hat das geleitet. Er war einer meiner Lehrer, ich habe beim Polly begonnen in der Außenpolitik. Also ich hatte großen Respekt für ihn und wir kommen dort hin und er sagt: "Also, was ist das Thema dieser Woche?" Und wir sagen: "An und für sich müßte das Thema das Volksbegehren sein." "Aber bitteschön, das kommt ja nicht in Frage." Da haben wir gesagt: "Das haben wir uns eh so vorgestellt." "Und ich bitte die Herren, wenn nur einer das Thema , Volksbegehren' sagt, dann breche ich

Da muß ich leider sagen: Erstens einmal, ich möchte die journalistische und professionelle Qualität dieser Leute im Rundfunk nicht bezweifeln. Obwohl sie parteipolitisch abhängig waren und parteipolitisch

die Sendung ab." Also das ist so weit ge-

gangen, so war es halt.

eingesetzt waren, waren sie als Journalisten hervorragende Leute, das möchte ich gleich dazusagen. Auch der Fernsehdirektor, der Freund, war ein ungeheuer begabter Mann und die beiden Chefredakteure im Fernsehen und im Hörfunk waren auch sehr begabte und gute Leute. Sie waren aber natürlich parteiabhängig. Sie waren von den Parteien eingesetzt mit parteilichen Aufträgen und sie haben diese Aufträge durchgeführt.

Einer hat's gewagt: Max Eisler, der war Reporter im Hörfunk, ist am nächsten Tag auf der Straße gelegen, kaltblütig geschmissen. Eine Stunde später war er Angestellter des Kurier, kann ich gleich dazusagen. In der Sendung "Reporter unterwegs" hat er gesagt: "Es findet ein Volksbegehren statt"- und schon war er draußen.

Und nun gab es noch einmal eine Hürde zu nehmen. Es durfte ja nicht so ausschauen, als ob

nimmt. Es waren ja alles gleichberechtigte Zeitungen, logischerweise, die auch

der Kurier da die Führung über-

alle gleich viel zu sagen hatten bei der Geschichte und mitzubestimmen hatten. Wir wollten nicht und sollten nicht mehr federführend sein. In dem Moment, wo es 52 waren und in dem Moment. in dem die Journalistengewerkschaft dabei war, mußten alle völlig gleichberechtigt im Konsens und kollegial sein. Die einzigen, die die materiellen Möglichkeiten hatten, war der Kurier, weil die anderen hatten nichts dazuzugeben, oder wenig. Und daher haben wir dann gesagt, "Bitte, wer in der ganzen Kurier-Mannschaft verdient das Vertrauen aller 52 und wird nicht im Sinne des Kurier handeln?" EU-Präsidentschaft sozusagen. Es war also auch so eine Konstruktion. Und da haben sich alle an Hermann Stöger erinnert, der ein ungeheuer integrierender Mann war und an den Franz Traintinger, der wußte wie man alles und jedes organisiert, er war der erfahrene Organisationsleiter des Kurier.

Dann sind wir draufgekommen, also die Bür-

germeister funktionieren nicht in Ländern den draußen, oder großteils nicht, und manche gehen sogar als Bürgermeister und

Die Herausgeber haben Bedenken bekommen. Aber es war zu spät. Wir, die Chefredakteure, hatten eine solche Dampfwalze in Gang gesetzt

> als Beamte gegen das Volksbegehren vor. Die Koalition, beide Großparteien, haben das wirklich als einen tödlichen Angriff gegen sich aufgefaßt. Daraufhin haben wir große Werbefeldzüge gemacht, mit unseren Privatautos sind wir rausgefahren, durch Niederösterreich, durch die Steiermark. Ich glaube, sämtliche Chefredakteure haben über Lautsprecher auf den Dorfplätzen gesprochen, der Schulmeister, der Flajnik und der Csoklich, der Nenning und ich. Also wer halt gerade Zeit gehabt hat, ist rausgefahren und wir haben die Gemeindeämter kontrolliert und haben Dutzende Anzeigen erstattet. Wo die das in den Papierkorb geschmissen haben, die waren schon angezeigt. Wir haben einstweilige Verfügungen durchgesetzt, daß es halbwegs noch geht und dann haben wir uns gesagt: "Jetzt können wir nur mehr Daumen halten." Haben jeden Tag getrommelt in den Zeitungen. Die Herausgeber sind schon Kopf gestanden, in der Zeitung steht schon nichts mehr anderes. Dann haben wir natürlich versucht. Prominenz

herbeizuziehen, um uns zu unterstützen. Ein paar haben uns unter-

stützt, ich glaube der Antel und ein paar andere, aber nicht allzu viele haben wir bekommen. Und das war ja auch noch eine furchtbare Periode, weil das Volksbegehren war zwar abgeschlossen mit dem letzten Sonntag aber danach war die Zählung ganz, ganz langsam und am Dienstag hatten wir erst 159.000 Unterschriften. Ich glaube, 250.000 hätten wir gebraucht, das war auch viel mehr als heute. Und kaum waren die ersten Zählungen herinnen und sie waren weit unter dem Ziel, da hätten sie die Leitartikel lesen sollen. Das Kleine Volksblatt hat geschrieben: "Also zwischen dem, was die da bei dem Volksbegehren zusammengebracht haben und den Stimmen, die wir für unsere Partei kriegen, da ist der Unterschied so groß, wie zwischen dem Stephansdom und einer Schrebergartenhütten." Wörtlich im Volksblatt zu lesen! Die AZ hat überhaupt nur "Riesige Blamage, usw." geschrieben. Aber nach und nach kamen alle Zahlen herein und zum Schluß hatten wir 832.000 Stimmen und das war für lange, lange Jahre das höchste Ergebnis, das ein Volksbegehren überhaupt gehabt hatte. Man muß sich vorstellen, unter welchen Umständen: Hörfunk und Fernsehen hatten nicht berichtet, beide Großparteien waren energisch dagegen, haben gedroht, haben ihren Anhängern gedroht. Jeder, der dort hingegangen ist, mußte mit einem Ausweis hingehen und mußte sagen. "Ich bin der und der, ich wohne dort und dort, und ich unterschreibe hier etwas, womit die beiden Regierungsparteien nicht einverstanden sind." Das war auch ein großer Akt der Zivilcourage für sehr, sehr viele Leute. Also unter solchen Umständen, in einer solchen At-

mosphäre ein solches Resultat zustande zu bringen, war kolossal. Und es war die gemeinschaftliche Anstrengung von 52 Zeitungen und Zeitschriften und der Journalistengewerkschaft.

Das weitere Schicksal des Volksbegehrens war kein so gutes, wie man meinen mag. Also das Volksbegehren wurde eingebracht im Parlament und wurde auch behandelt im Parlament und wurde natürlich abschlägig behandelt. Die Volkspartei hatte zwar eingeschwenkt mittlerweile. Also die hat erkannt, da ist was los. Da dürfen wir uns nicht auf die Dauer dagegen stellen, hat sich hinübergehantelt auf eine unterstützende Linie. Die Freiheitliche Partei, damals unter Peter glaube ich - war es schon Peter? - hat sich prin-

zipiell dafür ausgesprochen, hatte aber nur 4 Abgeordnete oder 6, weil die natürlich alles, was gegen die Koalition war, unterstützten. Aber ihre Unterstützung haben wir nicht gebraucht. Aber die SPÖ war ganz strikt dagegen, und nachdem ja noch die große Koalition bestanden hat, ging es nicht durch, weil auch die Volkspartei konnte innerhalb der Koalition natürlich nichts machen. sie war an den Koalitionspakt gebunden. Also das Volksbegehren wurde abschlägig behandelt, wie so manche Volksbegehren seither auch. Und damit war es in der Schublade und aus. Und dann kam das Jahr 1966. Also das Volksbegehren haben wir 64 durchgeführt, ja 2 Jahre zuvor, es wurde dann 65 behandelt und in die Schublade gelegt, also negativ. Daß die Zeitungen sich darüber sehr empört haben, können Sie sich vorstellen, daß wir da sehr getrommelt haben. Und dann kam der Wahlkampf 1966 und da haben alle Zeitungen wiederum die Sache aufgegriffen und haben gesagt: "Wir werden für jene Partei sein, die sich voll hinter dieses Volksbegehren stellt. Und da war die ÖVP unter dem neuen Generalsekretär Withalm und unter ihrem neuen Parteiobmann Klaus klug genug, was uns nicht so angenehm war, denn vorher waren sie die ganze Zeit gegen uns, und dann haben sie sich sozusagen auf unsere Linie gesetzt. Wir haben uns parteipolitisch zwar distanziert von denen, aber Tatsache war, daß sie dann ganz voll hineingegangen sind: "Wenn wir die Mehrheit kriegen, setzen wir das Volksbegehren um." Sie haben dann die absolute Mehrheit bekommen 1966, aus mehreren Gründen. Faktor Nummer eins war die Olah-Krise, wo die SPÖ also innerparteilich ganz zerstritten war.

Eine andere Krise löste Fussach aus, wo die Sozialisten ein Schiff auf den Namen Karl Renner taufen wollten, aber die Bevölkerung von Vorarlberg ist aufgestanden und hat den Verkehrsminister verjagt. Also da gab es eine Krise nach der anderen. Die SPÖ war total von Krisen geschüttelt. Aber das Volksbegehren war ganz sicherlich auch ein Faktor. Wie groß der war, ist nicht bestimmbar. Dann kam die Volkspartei also mit einer Mehrheit, hat die erste monokolore Regierung überhaupt in der Zweiten Republik 1966 gebildet - denn bis dahin gab es ja nur die große Koalition - hat allein regiert, als schwarze Regierung und mußte jetzt also auch, und wurde von den Zeitungen ungeheuerlich gepreßt, das Volksbegehren durchzuführen.

Und das hat Kreisky nachher mit einigem Recht immer wieder halt vorgebracht, und hat das benützt, um seine Antirundfunkreform dann durchzusetzen, möchte ich gleich sagen, im Jahr 74: Die ÖVP hatte unseren Text geändert. Sie haben zwar weitgehend unseren Volksbegehrenstext genommen, haben aber doch das Kuratorium und die zuständigen Gremien verändert. Wir hatten die Gremien so besetzt in unserem Gesetz, daß keine der Parteien den Rundfunk nachher hätte beherrschen können. Es wäre wahrscheinlich auf österreichische Art und Weise durch Osmose doch wieder so geworden. Aber im Prinzip haben wir versucht, eine Barriere aufzubauen.

Es war dann so, daß eine schwarze Mehrheit für die Bestellung der Rundfunkorgane zuständig wurde: eine monokolore Regierung, die eine schwarze Mehrheit auch in den Bestellungsorganen hat. Das hat uns natürlich sehr betrübt und dagegen haben wir dann nur ein Mittel gesehen. Nämlich ihnen einen Generalintendanten aufzuzwingen geradezu, von dem wir wuß-

ten, der wird sich nicht drum scheren. Und wenn es uns gelingt, den durchzusetzen, dann wird er auch den ganzen Rundfunk aus diesem parteipolitischen Mief herausnehmen und da gab's von allen, die wir weit und breit gesehen haben, nur den Gerd Bacher, der energisch genug war, der auch viel Zivilcourage

gezeigt hat, der auch aufgestanden ist gegen die politischen Granden. Aber es war auch sehr schwer, ihn durchzusetzen, sehr schwer. Der Bundeskanzler Klaus hat uns einzeln vergattern wollen, hat uns zu sich gebeten: "Trinken wir einen schwarzen Kaffee, muß es der Bacher sein?" Und wir haben immer gesagt: "Das muß er sein." Obwohl auch viele dagegen waren. Unter den Journalisten hatte Bacher natürlich auch eine Menge Feinde gehabt, wie jeder von uns, und trotzdem haben wir gesagt: "Kinder, da müssen wir uns einig bleiben, weil sonst geht's nicht." Erneut eine Solidarisierung der Printmedien in einer Weise, wie wir es kaum für möglich gehalten hätten vorher, und vielleicht auch nachher. Aber der Bacher ist durchgesetzt worden und der Bacher hat ja dann als allererstes die gesamte Rundfunkleitung vor die Tür gesetzt, was ein Schock war für viele, ehrlich gesagt auch für mich, denn ich habe gesagt: "Na schön gut, schauen wir dazu, daß wir die Parteisekretariate ausschalten." Aber ich habe nicht gedacht, daß man die

Menschen ausschalten wird und der Bacher kam herein, hat am glei-

chen Tag, 24 Stunden nachdem er gewählt war, als Generalintendant alle Direktoren im Hörfunk und im Rundfunk entlassen. Die waren über Nacht auf der Straße. Das war der Fernsehdirektor, das war der Hörfunkdirektor, das war der Technische Direktor, es war der Kaufmännische Direktor, es waren die Chefredakteure, die waren weg. Und da habe ich, glaube ich, sogar einen Leitartikel geschrieben: "Also, hallo, hallo, so arg haben wir es nicht gedacht." Und wirklich, es war eine Verstimmung da, auch unter den Leuten, die das Volksbegehren machten. Und nachher haben wir Abbitte geleistet, aber ehrlich, weil Bacher hat dann doch bewiesen, daß er nur durch diese Maßnahme die tausend Loyalitäten in den Häusern Hörfunk und Fernsehen, die gegenüber den Parteisekretariaten da waren, abbauen konnte. Bacher hat gesagt: "Wenn ich das nicht gemacht hätte, wenn ich nicht die Köpfe weggeschnitten hätte, wenn ich die gelassen hätte, alles wäre geblieben innerhalb des Hauses, das ganze Netz wäre verfestigt ge-

Der Bacher hat ja dann als allererstes die gesamte Rundfunkleitung vor die Tür gesetzt, was ein Schock war für viele blieben. Ich wäre da oben im luftleeren Raum gestanden." Und ich glaube, er hat recht. Es war so. Aber dadurch, daß er über Nacht

die Köpfe abgeschnitten hat, hat das eine ungeheure Wirkung gehabt. Es haben sich 90% der Belegschaft zum Generalintendanten bekannt und sind auf seine Linie gegangen. Bacher sagte: "Kinder, ihr müßt begreifen, jetzt seid ihr alle frei. Ich habe euch befreit, sozusagen, von allen Bindungen." Und es hat dann geklappt, obwohl ich lange gebraucht habe, das einzusehen. Es war aber doch so.

Die Chefredakteure, die das Volksbegehren unterstützten, hatten alle eine Resolution unterschrieben, daß sie keinerlei Führungspositionen im ORF annehmen würden und das ist bitte von allen Chefredakteuren gehalten worden. Es hat nie jemand eine angenommen. Der Bacher war nicht Mitglied des Volksbegehrenskomitees, das waren nur die Chefredakteure, und soweit ich mich erinnern kann, ist dann keiner hereingeholt worden. Die Leute die hereingeholt wurden, waren Gegner des Volksbegehrens. Franz Kreuzer war Chefredakteur der *Arbeiter Zei-*

medien 8 zeit 3/99

tung und hat Leitartikel gegen das Volksbegehren geschrieben gehabt.

Dalma war Chefredakteur beim Münchner Merkur, wurde also aus München hereingeholt. Die anderen waren Rundfunkleute. Der Dr. Bock war einer, der dann Chefredakteur im Hörfunk wurde, war schon im Hörfunk. Vor allem aber Helmut Zilk, er kam aus dem Rundfunk und er wurde der erste (und einzige) Fernsehdirektor. Einen großen Teil der dann erfolgten Reformen hat er durchgezogen.

Ich habe dann den Kurier 1967 verlassen, aber nicht in der Absicht zum Rundfunk zu gehen. Ich hatte mich nicht gerade bei meinem Herausgeber sehr beliebt gemacht durch diese Dinge und es war dieses Verhältnis zwischen dem Herausgeber des Kurier und mir auch noch durch ganz andere Dinge belastet. Ich bin also weg. Die Süddeutsche Zeitung hatte mir ein Angebot gestellt und im bayrischen Fernsehen war ich bereits 8 Jahre Kommentator. Ich habe also dort weltpolitische Samstagkommentare, abwechselnd mit den Chefredakteuren von der Süddeutschen und vom Merkur gemacht und da kam eben der Gerd Bacher und hat gesagt: "Das ist unsinnig, du machst dort Kommentare, mach

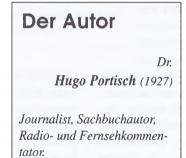
sie für uns!" Und da habe ich aber alle Chefredakteure angerufen: "Ich gehe dort in keine Position," - ich war nie beim Rundfunk angestellt, nicht eine Stunde seither, nicht bis zum heutigen Tag, war immer freier Mitarbeiter, von damals bis heute - "aber immerhin wollen sie mich haben als Chefkommentator und seht Ihr das als einen Bruch an, wenn ich das

mache?" Da haben sie gesagt: "Na selbstverständlich", es waren alle dafür. Muß schon sagen, alle haben sich sehr kollegial verhalten und es hat niemand einen Bruch unseres Abkommens darin gesehen.

Und ich glaube auch sonst haben alle, das ist schon wahr, letztlich das ganze Land, das gesamte Printmedium davon profitiert. Das war eine falsche Annahme der Herausgeber, daß der neue Hörfunk und das Fernsehen, daß sie Gegner oder wirkliche Konkurrenten der Zeitungen sein werden. Das waren sie vom ersten Moment bis heute nicht. Im Gegenteil, das Inseratenaufkommen für alle Printmedien ist gestiegen. Das Interesse der Menschen an Nachrichten, an Information ist gestiegen. Wir können uns dann ein andermal darüber unterhalten in welcher Form und wofür, was da wirklich gestiegen ist und nicht gestiegen ist, aber im Prinzip gibt es heute, glaube ich, doppelt, wenn nicht dreimal so viele Leser in diesem Land als damals, und die Zeitungen haben mindestens doppelt soviel, wenn nicht dreimal soviel Werbeaufkommen als damals. Also das alles hat zu einer gewaltigen Belebung der ganzen Informationsgesellschaft geführt. Der Bacher hat das eine "Infor-

mationsexplosion" genannt und das war's auch.

Außerdem, glaube ich, daß infolge des Rundfunk-Volksbegehrens die innere Bewegungsfreiheit der Chefredakteure und damit der Redaktionen größer geworden ist und sie damit ihr Selbstbewußtsein auch sehr gestärkt haben.





Schau... interessante Verdienstmöglichkeiten für Verkaufstalente!!



Wir haben...

... ein gutes Produkt.

- Kostenlose Urlaubsnachsendung auf Wunsch innerhalb Österreichs!
- Täglich aktuelle Informationen über das Tagesgeschehen!
- 30% Preisersparnis gegenüber dem Einzelverkaufspreis!
- Interessante Angebote nur für Abonnenten!
- Hauszustellung bis spätestens 6 Uhr früh!*
- Das Abo-Zustellservice ist gratis!
 - * an Sonn- und Feiertagen bis 7 Uhr früh, wo Hauszustellung möglich

Wir suchen...

... Verkaufstalente zur Ergänzung unseres Werbeteams.

Wenn Sie kontaktfreudig sind, Ihre Zeit flexibel einteilen wollen und ein lukrativer Nebenjob Ihre Wünsche verwirklichen soll, dann rufen Sie uns an:

MEDIAPrint

Frau Alexandra Haller Richard-Strauss Str. 16, 1232 Wien Tel. (01) 610 10/1724

NEUERSCHEINUNG



Thomas Steinmaurer

Tele-Visionen

Zur Theorie und Geschichte des Fernsehempfangs

Tele-Visionen stehen sowohl am Anfang als auch am Ende der Fernsehgeschichte. Sie beginnen mit den ersten Vorahnungen und Spekulationen zu einem neuen Medium und enden mit jenen Visionen, die das Ende des klassischen Massenmediums Fernsehen voraussagen. Dazwischen liegen über 100 Jahre Fernsehgeschichte, die in dieser Publikation unter dem Aspekt des Empfangs, also der Situatiuon des Zuschauens, betrachtet wird. In Anlehnung an die Arbeiten Siegfried Zielinskis ("Audiovisionen") wird die Geschichte des Zuschauens als Entwicklung des Fernsehens unter den Einflußgrößen von gesellschaftlichen Aspekten (Ökonomie, Kultur, Politik) rekonstruiert.

Aus dem Inhalt:

- Zur Theorie des Fernsehempfangs
- Entstehungsbedingungen des Fernsehens im Geflecht der Nachbarmedien
- Von den Visionen zu den ersten technischen Artefakten und Modellen des Fernsehens
- Neubeginn und Kontinuität. Der unaufhaltsame Aufstieg der Television
- Vom Massenmedium Fernsehen zu seiner Integration ins digitale Netz.

Das Ende eines Massenmediums?

Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:

medien & zeit

A-1014 Wien, Postfach 208

P.b.b., Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1090 Wien, 2. Aufgabepostamt 1010 Wien ZN: 44668W87E